

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



13. Jahrgang

1994

22. Heft

IM BLICKPUNKT:

Politik für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz *)

Staatsminister Karl Schneider, Mainz

Zur diesjährigen Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft heiße ich Sie herzlich in Rheinland-Pfalz willkommen. Ich begrüße es, daß die Frühjahrstagung hier in der Westpfalz stattfindet, da in dieser Region die vielfältigen Probleme der ländlichen Räume besonders sichtbar werden.

Einen ersten Eindruck über die Anforderungen an ländliche Räume, aber auch über Möglichkeiten der Bewältigung dieser Anforderungen, konnten Sie sich bereits heute in den vier Fachexkursionen verschaffen. Die große Exkursion durch die Westpfalz am Samstag soll diesen ersten Eindruck vervollständigen und Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Region aufzeigen.

Die ASG-Tagung steht in diesem Jahr unter dem Thema:

"Standort Deutschland - Perspektiven für ländliche Räume?"

Diese Themenstellung ist mit einem Fragezeichen versehen.

Es deutet an, daß zumindest Zweifel bestehen, ob die gegenwärtige Standortdiskussion mit Perspektiven für die ländlichen Räume verbunden ist. Auch ich habe Zweifel. Die einseitige Ausrichtung dieser Diskussion auf die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft läßt andere Faktoren außer Acht. Es besteht die Gefahr, daß die ländlichen Räume als "Restgröße" der Wachstumsregionen in den Hintergrund geraten.

Der "Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen" der Bundesregierung vom Februar 1993 ist meines Erachtens nicht geeignet, diese Bedenken zu zerstreuen. "Ländliche Räume" sucht man in diesem Orientierungsrahmen vergebens. Sie wurden als Begriff ausradiert und durch "gering verdichtete, agglomerationsferne Räume" ersetzt.

Aber nicht nur die Begriffsdefinition als solche ist verschwunden. Auch spezielle Handlungsansätze für die ländlichen Räume sind nicht erkennbar. Ich habe die Befürchtung, daß die ländlichen Gebiete durch das "raumordnungspolitische Netz" der Bundesregierung fallen und schließe mich insoweit der von der ASG geübten Kritik an.

Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von politischen Initiativen ergriffen, von denen positive Impulse zugunsten der ländlichen Gebiete ausgehen.

*) Vortrag von Staatsminister Karl Schneider bei der Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. in Kusel am 04. Mai 1994

Landentwicklungspolitik ist ein Schwerpunkt rheinland-pfälzischer Landespolitik. Zwei Säulen dieser Politik sind die "Dorferneuerung" und das "Förderungsprogramm umweltschonende Landbewirtschaftung". Beide möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Dorferneuerung

80 % aller Gemeinden in Rheinland-Pfalz liegen im ländlichen Raum. Fast drei Viertel dieser Gemeinden beschäftigen sich mit der Dorferneuerung und haben für ihre Umsetzung ein Konzept erarbeitet. Seit April vergangenen Jahres wird die Dorferneuerung in Rheinland-Pfalz nach einer neuen "Förderungsphilosophie" durchgeführt.

Unter dem Aspekt einer nachhaltigen Strukturverbesserung war eine verlässliche, längerfristige Förderungsdauer für die Dorferneuerungsgemeinden erforderlich. Für die Bewältigung der vielschichtigen und komplexen Probleme bedeutete dies die Bildung von sogenannten Investitions- und Maßnahmen-schwerpunkten. Mit der Schwerpunktförderung wird den Gemeinden eine umfassende, kontinuierliche und damit berechenbare Fördermöglichkeit angeboten, um strukturelle Probleme und Entwicklungsfragen auf der Grundlage eines Dorferneuerungskonzeptes anzugehen.

Die in der Vergangenheit überwiegend auf bauliche Investitionen ausgerichtete Dorferneuerung hat eine inhaltliche Aufwertung erfahren. Künftig sollen die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen stärkere Berücksichtigung finden. Wir bezeichnen dies als sozio-kulturelle Dorferneuerung.

Lassen Sie mich das, was mit sozio-kultureller Dorferneuerung angestrebt wird, anhand von fünf Thesen beschreiben:

1. Die dörfliche Infrastruktur muß gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Hierfür bieten wir Förderungshilfen, z.B. für Nachbarschaftsläden, an.
2. Arbeitsplätze dürfen nicht nur in den Städten angeboten werden. In der Dorferneuerung werden Mittel für bauliche Investitionen zur Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze bereitgestellt.
3. Alle Bürger müssen sich aktiv am Dorferneuerungsprozeß beteiligen. Für gemeinsame Projekte, z.B. für eine Dorfzeitung oder Projekte der Spurensuche, stellen wir ebenfalls Gelder bereit.
4. Wohnungsbau muß im Ortskern stattfinden. Es geht dabei um die Reaktivierung der Ortskerne und um die Minimierung von Landschaftsverbrauch in den Außenbereichen.
5. Das Dorf muß wieder ausgewogener Teil der Landschaft werden. "Mehr Grün" im Dorf wird ebenso gefördert wie die Einbindung des Dorfes in die umgebende Landschaft.

Die Dorferneuerung führt aber nur dann zu einem Erfolg, wenn es ihr gelingt, die eigenen Kräfte der hier Lebenden zu aktivieren.

Zu diesem Zweck wurde eine dorferneuerungsbezogene Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit eingeführt, um die Dorferneuerung durch persönliche Gespräche zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und qualifizierten "Moderatoren" zu begleiten und auf örtlicher Ebene voranzubringen.

Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL)

Eine weitere, wichtige Perspektive für die ländlichen Räume sehe ich in der Aufgabe, die landwirtschaftliche Produktion umweltverträglicher zu gestalten.

Vor dem Hintergrund der "flankierenden Maßnahmen" der EU-Agrarreform des Jahres 1992 hat Rheinland-Pfalz mit dem Förderprogramm "Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL)" als erste

Region in Europa die Genehmigung und Mitfinanzierungszusage in Höhe von 50 v.H. für ein umfassendes landwirtschaftliches Umweltschutzaktionsprogramm seitens der Kommission der EU erhalten.

Rheinland-Pfalz hat damit eine Vorreiterrolle in diesem Bereich übernommen. Die Vorbildfunktion des FUL wurde auch von der Kommission der EU unterstrichen.

FUL bietet erstmals allen landwirtschaftlichen Produktionsbereichen die Möglichkeit, Umweltleistungen, die über eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung hinausgehen, angemessen zu honorieren.

Das Programm soll durch umweltschonende, kontrollierbare Produktionsverfahren insbesondere zum Umweltschutz, aber auch zu einer spürbaren Marktentlastung bei Überschußprodukten, beitragen.

Diese Ziele sollen vor allem erreicht werden über eine Einschränkung des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes, eine Absenkung des Viehbesatzes und eine bodenschonende Anbautechnik.

Damit kommt die Landesregierung auch den Wünschen einer wachsenden Zahl von Verbrauchern entgegen, die Wert auf umweltverträglich erzeugte Produkte legen.

Die Berechtigung dieser Forderung und die dringende Notwendigkeit, sie zu erfüllen, ist uns erst vor kurzem wieder deutlich vor Augen geführt worden.

Neu an diesem Programm ist auch, daß es in enger Zusammenarbeit zwischen meinem Ressort und dem Ministerium für Umwelt konzipiert wurde. Damit sind erstmals Programme beider Ressorts zu einem ganzheitlichen Konzept für eine umweltschonende Landbewirtschaftung zusammengeführt worden.

In das Gesamtkonzept für FUL wurden aus dem Ministerium für Umwelt die Biotopsicherungsprogramme und seitens des Landwirtschaftsministeriums die Förderung der "integriert-kontrollierten" Wirtschaftsweisen im Acker-, Gemüse-, Obst- und Weinbau, des ökologischen Weinbaus und der extensiven Grünlandbewirtschaftung eingebracht.

Nach dem gegenwärtigen Stand des Antragsverfahrens werden zukünftig rd. 1.600 Landwirte über 45.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche nach FUL-Vorgaben umweltschonend bewirtschaften.

Zusätzlich werden in Rheinland-Pfalz rd. 15.000 ha Dauergrünland im Rahmen des "Mittelgebirgsprogramms" und rd. 10.000 ha Dauergrünland im Rahmen des Biotopsicherungsprogramms "Extensivierung von Dauergrünland" nach den bundesweit strengsten Umweltauflagen genutzt.

Trotz der beachtlichen Erfolge, die wir im Bereich Landwirtschaft und Umweltschutz in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz erreicht haben, ist eines klar: Die Weichen für eine flächendeckende umweltschonende Landbewirtschaftung müssen in Brüssel gestellt werden. Hier hat die Kommission der EU im Rahmen der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik die offensichtlichen Chancen für eine effektive Markt- und Umweltentlastung vertan. Dies wird u.a. an dem geringen Stellenwert deutlich, der den sogenannten "flankierenden Maßnahmen" innerhalb der EU-Agrarreform 1992 eingeräumt wurde.

Bei entsprechender finanzieller Ausstattung hätten über die Förderung von flächendeckenden Extensivierungsmaßnahmen und die dauerhafte Herausnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen aus der Produktion, z.B. durch Aufforstung und Stilllegung für ökologische Zwecke, eine wirksame Marktentlastung erreicht und die Umweltprobleme weitgehend gelöst werden können.

Rheinland-Pfalz wird sich daher mit allem Nachdruck für eine "Reform der Reform" einsetzen.

Um den Diskussionsprozeß für eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik zu beleben, haben Umwelt- und Landwirtschaftsministerium eine Studie zu umwelt- und agrarpolitischen Leitlinien beim Institut für Europäische Umweltpolitik unter Mitwirkung von namhaften Vertretern aus Wissenschaft und Politik erstellen lassen.

Als Ergebnis dieser Studie habe ich vor kurzem gemeinsam mit meiner Kollegin, Frau Staatsministerin Martini, die "Mainzer Thesen" für eine nachhaltige umweltgerechte Landwirtschaft in Europa" vorgestellt. Mit diesen Themen setzt Rheinland-Pfalz sich nachhaltig dafür ein

- europaweit und flächendeckend eine nachhaltige umweltschonende Landwirtschaft anzustreben und
- dafür einen politischen Rahmen zu setzen, der die Kosten von Umweltnutzung in die wirtschaftlichen Entscheidungen mit einbezieht und den Betrieben in Europa auf diese Weise ermöglicht, umweltschonend und zugleich marktorientiert zu produzieren.

Dabei ist beispielsweise die Zusammenfassung der heutigen Vielzahl produktbezogener Beihilfen in produktionsunabhängige Flächenprämien, die nach ökologischen Leistungen bemessen werden, für mich eine zwingende Voraussetzung für künftige Transferzahlungen.

Dadurch wird erreicht, daß

- die Anreize für eine umwelt- und tiergerechte Erzeugung verstärkt werden und gleichzeitig
- die Bürokratie durchgreifend abgebaut,
- die Gängelei und Benachteiligung leistungswilliger Landwirte beseitigt wird und
- die Produktion sich tatsächlich am Markt orientiert.

Lassen Sie mich am Schluß kurz zusammenfassen:

Es ist notwendiger denn je, die ländliche Räume in ihrer Eigenart und in ihrer sozialen und kulturellen Vielfalt zu stützen.

Wir dürfen deshalb in unseren gemeinsamen Anstrengungen für den ländlichen Raum nicht nachlassen.

Ich unterstütze deshalb die Tätigkeit der Agrarsozialen Gesellschaft nachdrücklich und wünsche Ihrer Frühjahrstagung einen guten Verlauf.

Neue Leitlinien für die Landentwicklung *)

Staatssekretär Günter Eymael, Mainz

"Neue Leitlinien für die Landentwicklung" werden in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und knapper Haushaltsmittel weitgehend von den finanziellen und personellen Rahmenbedingungen bestimmt. Sie sind zum "begrenzenden Faktor" für die Aufgabenerfüllung geworden. Nicht ohne Grund möchte ich

*) Festvortrag bei der Vollversammlung des Bundes technischer Beamten und Angestellten (BTB) - Fachgruppe Landeskultur
- am 26. April 1994 in Koblenz

deshalb meine Ausführungen mit den neuen Eckdaten für die mittelfristige Finanzplanung und für das Personalwirtschaftskonzept beginnen. Daß ich dabei nicht immer die rhetorischen Gepflogenheiten eines Festvortrages einhalten kann, liegt weniger an meinem Willen als vielmehr an der Schwierigkeit der Situation.

Durch mehrfache Kürzungen, die von der Bundesregierung veranlaßt sind, ist der Gesamtplanfonds der Gemeinschaftsaufgabe von 200 Mio DM 1991 auf 167 Mio DM im Jahre 1995 zurückgegangen.

Obwohl wir der Flurbereinigung eine hohe Priorität einräumen, reduzieren sich auch für sie die Mittelansätze erheblich. 1994 stehen noch 28 Mio DM und 1995 25 Mio DM zur Verfügung.

Aus diesen Kontingenten müssen von 1994 an jährlich 2,5 Mio DM an die Landeskasse für Leistungen erstattet werden, die die Kulturämter für die Teilnehmergemeinschaften erbringen. Dieser Erstattungsanspruch ist vom Rechnungshof gefordert worden und war von der Verwaltung nicht abzuwenden.

Zur Finanzierung echter Ausführungskosten stehen damit

- im Jahre 1994 nur noch 25,5 Mio DM
- und im Jahre 1995 nur noch 23,5 Mio DM

zur Verfügung.

Die finanziellen Einschnitte werden erst richtig deutlich, wenn dem jeweiligen Mittelvolumen der tatsächliche Bedarf gegenübergestellt wird. Für 1994 waren Ausführungskosten von 35 Mio DM und für 1995 von 33 Mio DM angemeldet. Damit müssen jährlich in einem Umfang von mehr als 10 Mio DM Ausbauwünsche zurückgenommen werden. Wir befinden uns also mit dem Beginn des Jahres 1994 in einer schwierigen Situation, die sich nach meiner Einschätzung auf absehbare Zeit nicht ändern wird. Dies zwingt die Landeskulturverwaltung zu raschem Umdenken! Gefragt sind jetzt neue Denkansätze und Kreativität, um die Ausführungskosten auf ein finanzierbares Maß zurückzuführen.

Zwei Initiativen für die sehr kostenintensiven Weinbergsflurbereinigungen in Steillagen möchte ich an dieser Stelle ansprechen, weil sie Lösungsmöglichkeiten für die Finanzierungsprobleme aufzeigen. Zunächst der vom Ministerium kürzlich herausgegebene "Steillagenerlaß". Das in diesem Erlaß geregelte Verfahren zur Ausweisung sogenannter "Rodungsflächen" eröffnet die Möglichkeit, den auch im Weinbau andauernden Strukturwandel aktuell zu ordnen und Ausführungskosten zu minimieren. Der Gefahr "Investitionsruinen" in die Landschaft zu setzen, wird durch diese Rodungsflächen vorgebeugt, weil für sie lediglich eine Minimalerschließung vorzusehen ist.

Über dieses Verfahren hinaus gibt es aus dem nachgeordneten Bereich den Vorschlag, in Steillagen auf bauliche Erschließungen gänzlich zu verzichten, eine reine Bodenordnung im Wege der beschleunigten Zusammenlegung durchzuführen und die Bewirtschaftung der Steillagen über Monorack-Bahnen sicherzustellen. Diesen Vorschlag haben wir aufgegriffen. Die Richtlinien für Rationalisierungsinvestitionen im Steillagenweinbau werden in Kürze so geändert, daß auch in beschleunigten Zusammenlegungsverfahren technische Investitionen gefördert werden können. Der bisherige Mittelansatz von 1 Mio DM wird durch Umschichtungen im Jahre 1994 auf 2 Mio DM verdoppelt. Uns erscheint diese Umschichtung auch und gerade in Zeiten knapper Finanzressourcen sinnvoll, weil wir in solchen Verfahren für bauliche Investitionen einen wesentlich höheren Betrag an öffentlichen Mitteln einsetzen müßten, als im technischen Bereich tatsächlich erforderlich wird.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine erste Zwischenbilanz ziehen:

- Die Gemeinschaftsaufgabe und die Mittel für die Bodenordnung sind deutlich reduziert worden.
- Angesichts der allgemeinen Finanzknappheit ist davon auszugehen, daß sich die Mittelausstattung der Gemeinschaftsaufgabe auf niedrigem Niveau einpendeln wird.

- Die Landeskulturverwaltung muß umdenken.
- Kostenbewußtsein im Bereich der Ausführungskosten ist das Gebot der Stunde.
- Bisherige Ausbau- und Erschließungsstandards müssen auf intelligente Weise nach unten korrigiert werden.

Nun zur zweiten Rahmenbedingung, zur personellen Ausstattung bzw. zum Personalwirtschaftskonzept der Landesregierung.

Mir ist bewußt, daß die Landeskulturverwaltung lange vor dem aktuellen Ruf nach einer "schlanken Verwaltung" ihren Personalbestand stufenweise und mit Hilfe freier Stellen reduziert hat. Bis zum heutigen Tage wurden insgesamt etwa 220 Stellen abgebaut. Dieser beachtliche Einspareffekt, den ich keineswegs gering schätze, wird aber sehr schnell relativiert, wenn wir die aktuelle Situation der Verfahrenskosten - also der Aufwendungen der Verwaltung - bezogen auf die einzelne Bodenordnungsmaßnahme betrachten.

Uns liegen Untersuchungen vor, die sich mit der Situation der Verfahrenskosten in den Jahren 1983 bis 1989 beschäftigen.

Der Aufwand an Arbeitstagen für klassische Flurbereinigungsverfahren schwankt hiernach zwischen 6.000 und 10.000 Arbeitstagen für ein durchschnittliches Verfahren. Geht man von Personalkosten einschließlich Arbeitsplatzkosten von 300,-DM/Arbeitstag aus, liegen die verfahrensbezogenen Gesamtkosten zwischen 1,8 Mio DM und 3,0 Mio DM.

Ich meine, diese Zahlen stimmen nicht nur nachdenklich, sondern unterstreichen auch die Notwendigkeit, trotz der schon erfolgten Personaleinsparungen über neue, weniger personalintensive Strukturen und vor allen Dingen über kürzere Verfahrenszeiten ernsthaft nachzudenken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle in einem kurzen Exkurs auf die bereits entschiedene und weitgehend umgesetzte Reform im Bereich der Agrarverwaltung eingehen. Ohne Rückzug aus der Fläche und ohne Aufgabe von Beratungsstandards haben wir in den letzten beiden Jahren die Agrarverwaltung neu geordnet. Der Einspareffekt ist erheblich. Bezogen auf den Aufgabenumfang vor der Reform hätten in der Landwirtschaftsverwaltung etwa 100 Stellen abgebaut werden können, was einer jährlichen Personalkostensenkung von rd. 10 Mio DM entspricht. Daß wir etwa 80 Stellen für den zusätzlichen bürokratischen Aufwand der EG-Agrarreform an die Kreisverwaltungen übertragen mußten, schmälert nicht den eigentlichen Erfolg der Verwaltungsreform. Denn ohne sie hätte der Finanzminister - wie in anderen Bundesländern auch - zusätzliche neue Stellen bewilligen müssen.

Staatsminister Schneider hat anläßlich der Einführung von Dr. Brack als Abteilungsleiter erklärt, daß auch die Landeskulturverwaltung auf dem Prüfstand steht.

Anders als bei der Agrar- und der Forstverwaltung möchten wir die Landeskulturverwaltung nicht im Wege einer "Reform", sondern über einen "inneren Erneuerungsprozeß" weiterentwickeln, ohne daß es zu einer Diskussion um Standorte kommt.

Wir haben entschieden, daß dieser Prozeß in einem Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren über eine gezielte Aufgaben- und Personalentwicklung gesteuert wird. Dabei sollen die bestehenden Kulturämter nicht in Frage gestellt werden. Wohl aber muß eine organisatorische und stellenmäßige Anpassung an die Aufgabenentwicklung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich erfolgen. Bestehende Dienst- und Arbeitsverhältnisse werden nicht angetastet. Statt dessen sollen - gemeinsam mit den Personalvertretungen - flexible Lösungen durch Inanspruchnahme freier und freiwerdender Stellen gesucht werden. Wir stellen uns vor, diesen inneren Erneuerungsprozeß innerhalb des jeweiligen Regierungsbezirks zu gestalten. Gedanklich soll also der Regierungsbezirk territoriale Grundlage sein.

In seinem örtlichen Zuständigkeitsbereich sollen die notwendigen Anpassungen ämterübergreifend

und stufenweise verwirklicht werden.

In der langfristigen Zielvorstellung wird es in jedem Regierungsbezirk voraussichtlich nur noch ein bis zwei vollausgestattete Kulturämter und entsprechend ein oder zwei teilausgestattete Ämter geben. Dies bedeutet, daß vom voll ausgestatteten Amt bestimmte Aufgaben und Funktionen für die anderen beiden Ämter mit übernommen werden müssen. Beispielsweise ist an die Konzentration der Aufgaben der Landwirtschaftsgruppe und des bautechnischen Büros auf je ein Kulturamt in einem Regierungsbezirk zu denken.

Ich will noch einmal betonen, daß dieser Anpassungsprozeß ausschließlich mit Hilfe freier Stellen, die entsprechend dem Personalwirtschaftskonzept in Abgang zu stellen sind, umgesetzt werden soll und hierfür ein Stufenplan in einem Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren erforderlich ist.

Lassen Sie mich auch zur zweiten Rahmenbedingung eine kurze Zwischenbilanz ziehen:

- Obwohl die Landeskulturverwaltung ihren Personalbestand schon erheblich reduziert hat, sind weitere Stelleneinsparungen angesichts der allgemeinen Haushaltssituation unvermeidbar.
- In welchem Rahmen sich das Einsparsoll bewegt, ist von der Landesregierung noch nicht abschließend entschieden.
- Bei unseren internen Überlegungen gehen wir davon aus, daß bis zur Jahrtausendwende in der Landeskulturverwaltung, also bei den Kulturämtern und der Luftbild- und Rechenstelle, 80 bis 100 freiwerdende Stellen einzusparen sind.
- Selbstverständlich unterliegen auch das Ministerium und die Bezirksregierungen dem Personalwirtschaftskonzept und müssen ebenfalls ihre Beiträge zu den insgesamt einzusparenden 3.500 Stellen erbringen.
- Die organisatorische und personelle Anpassung geschieht im Wege der inneren Erneuerung unter Beteiligung der Personalvertretung.
- An den bestehenden Kulturämtern wird festgehalten.

Lassen Sie mich im zweiten Teil meiner Ausführungen auf die **Inhalte** der neuen Leitlinien für die Landentwicklung eingehen.

Sie wissen, daß wir zur Zeit dabei sind, unter dem Arbeitstitel "Landentwicklung 2000" neue Programmleitlinien für die Landeskulturverwaltung und die Bodenordnung zu erarbeiten.

Diese Programmleitlinien sollen dem Ministerrat vorgelegt und in der Verbindlichkeit eines "Regierungsprogramms" beschlossen und veröffentlicht werden.

Ohne dem Ministerrat und dem Regierungsprogramm vorzugreifen, möchte ich heute meine Forderungen an die Arbeit der Landeskulturverwaltung und an die künftige Gestaltung der Bodenordnung formulieren:

Ich beschränke mich dabei auf zwei Forderungen, die aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung sind.

Meine erste Forderung geht ins Grundsätzliche.

Wir müssen mit der Bodenordnung als Herzstück aller Maßnahmen der Landentwicklung einen konzeptionellen Neuanfang wagen. Ich sage bewußt "wagen", weil auch mir klar ist, daß angesichts der veränderten Rahmenbedingungen in finanzieller und personeller Hinsicht dieser Neuanfang in gewis-

ser Weise ein "Wagnis" bleibt. Aber meines Erachtens haben wir zu diesem Neuanfang keine Alternative. Das Vertrauen in die Bodenordnung bisheriger Prägung ist weitgehend verlorengegangen.

Die Landwirtschaft, der Naturschutz, die Öffentlichkeit und vor allem die Politik stehen dieser Maßnahme bestenfalls mit stillschweigender Akzeptanz - oder sollte man sagen mit Skepsis - kaum aber mit aktiver Zustimmung oder gar rückhaltloser Befürwortung gegenüber.

Ich will Ihnen dies an meinen Alltagserfahrungen als Staatssekretär verdeutlichen. Mich haben in den letzten Monaten fast nur noch Briefe aus Gemeinden erreicht, die keine Bodenordnung haben wollen und sich heftig gegen die vorgesehene Einleitung wehren. Gegenteilige Briefe, die die Einleitung von Flurbereinigungsmaßnahmen wünschen und fordern, sind sehr selten. Ich verstehe dies als Alarmzeichen!

Ein weiteres Signal, das zur Nachdenklichkeit veranlaßt, ist der Ablauf der Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr. Die Bodenordnung hatte weder bei der Landwirtschaft noch bei den Abgeordneten Fürsprecher.

Dies macht deutlich: nur eine tiefgreifende und rasche Umkehr kann hier die verlorengegangene Attraktivität der Bodenordnung wieder herstellen.

Dazu ist es zunächst notwendig, die bisherigen Verfahrenszeiten deutlich zu kürzen. Ich betone: Deutlich! Bei Laufzeiten von 15 bis 25 Jahren und mehr für klassische Verfahren ist mit Blick auf den raschen Strukturwandel kein Blumentopf zu gewinnen.

Deshalb hängt nach meiner Auffassung die Wiedergewinnung der Attraktivität der Bodenordnung ganz entscheidend von ihrer Aktualität und damit von schnellwirkenden Verfahren und Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung ab.

"Reengineering" und "Redesign" sind neue Zauberworte für "verschlankte" Verwaltungsstrukturen und für mehr Kundenorientierung - auch und gerade für die Bodenordnung.

Die Forderung nach "mehr Kundenorientierung" liefert mir den Übergang zu meiner zweiten Forderung an eine zukunftsorientierte Flurbereinigung:

Die Bodenordnung muß die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft sichern, gleichzeitig und gleichrangig aber auch biotischen Ressourcenschutz betreiben. Diese beiden Ziele - Wettbewerbsfähigkeit und biotischer Ressourcenschutz - sind keine Gegensätze. Sie müssen durch ein ökonomisch orientiertes, aber auch ökologisch sensibles Flächenmanagement gelöst werden.

In dieser Forderung und in der Frage, wie sie angenommen und umgesetzt wird, liegt meines Erachtens die entscheidende Bewährungsprobe für das Arbeitsprogramm "Landentwicklung 2000" und für die Landeskulturverwaltung. In einem Bereich möchte ich dies konkret verdeutlichen: Rheinland-Pfalz hat eine äußerst ungünstige Flurverfassung. Die meisten Schlaglängen der Flurstücke stammen noch aus der Zeit der Kuhanspannung und sind für modernen Maschineneinsatz nicht geeignet. Die ökonomisch begründete Forderung lautet also: größere Schlaglängen, um damit rationeller wirtschaften zu können und Kosten und Zeit zu sparen.

Dieser Forderung stehen aber zunächst Bedenken aus ökologischer Sicht entgegen: "Größere Schlaglängen bedeuten ausgeräumte Landschaften und Verarmung der Artenvielfalt" - lauten die Befürchtungen, die von der Umweltseite geäußert werden. In diesem Spannungsfeld muß der neue Auftrag der Bodenordnung ansetzen. Bei den Geschäftsbesprechungen dieses Jahres ist die Notwendigkeit betont worden, daß Verfahren die überwiegend den Zwecken des Naturschutzes und der Landespflege dienen, in den kommenden Jahren zu einem weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Landeskulturverwaltung auszubauen sind.

Der Weg dahin wird durch eine flexiblere Handhabung der Finanzierung dieser Verfahren geebnet. Größere Schlaglängen haben auch weniger Wege und freiwerdende Flächen zur Folge. Sie müssen

zum Aufbau eines vernetzten Biotopverbundsystems herangezogen und genutzt werden. Dabei müssen Vernetzungsstrukturen, die durch Aufhebung unbefestigter Wege entfallen, durch neu auszuweisende und ausreichend breite Randstreifen in Schlagrichtung ersetzt werden.

Fazit:

Wettbewerbsfähigkeit und biotischer Ressourcenschutz sind als Verfahrensziele durchaus vereinbar und können mit Hilfe eines überzeugenden Flächenmanagements gelöst werden.

Lassen Sie mich meine zweite Forderung noch einmal auf den Punkt bringen: Die Bodenordnung muß die Zukunftsfähigkeit der durch Wettbewerbsnachteile belasteten rheinland-pfälzischen Landwirtschaft sichern. Hierzu ist die Flurverfassung zu verbessern, wodurch die Arbeits- und Maschinenkosten um 30 bis 50 % gesenkt werden können. Die Bodenordnung muß aber auch in jedem Verfahren eine ökologische Gesamtbilanz nachweisen können, die zumindest ausgeglichen, möglichst aber positiv für die Natur abschließen soll.

Lassen Sie mich abschließend den Bereich "Verwaltungsvereinfachung und Aufgabendelegation" aufgreifen, der mir besonders wichtig ist.

Ich möchte Sie ermutigen, alte bürokratische Zöpfe abzuschneiden und ganze Verfahrensabläufe, die bisher als selbstverständlich und notwendig angesehen wurden, kritisch zu hinterfragen und letztlich in Frage zu stellen. Auch das Ministerium schließt sich aus diesen Überlegungen nicht aus. Ich werde darauf achten, daß alle Aufgaben, die keine ministeriellen Tätigkeiten sind, auf die Bezirksregierungen verlagert werden.

Auf dem Gebiet der Verwaltungsvereinfachung muß die Landeskulturverwaltung als überwiegend technisch geprägte Verwaltung auch die Möglichkeiten des technischen Fortschritts in der Datenverarbeitung nutzen.

Das Projekt WEDAL ist Ihnen allen geläufig. Trotz der äußerst schwierigen finanziellen Haushaltsituation ist es uns gelungen, für 1994 und 1995 die Anlaufphase für WEDAL sicherzustellen. Die Verkabelung und die Vernetzung bei den Kulturämtern ist eingeleitet. Wir werden uns bemühen, auch in den Folgejahren die nicht geringen Mittel für WEDAL sicherzustellen.

Lassen Sie mich hier zusammenfassend feststellen, daß durch Verwaltungsvereinfachung und Delegation einerseits und die Möglichkeiten der automatisierten Datenverarbeitung andererseits der arbeitsmäßige Freiraum mobilisiert werden muß, den wir für die neuen Initiativen und für die Stilleinsparungen benötigen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

Ich hatte die Aufgabe, anläßlich Ihrer Vollversammlung einen Festvortrag zu halten. Wenn man in dieser schwierigen Zeit offen und glaubwürdig bleiben will, ist es nicht möglich, nur schöne und festliche Worte zu gebrauchen. Ich denke aber, daß ich Ihnen unter ganz bestimmten Voraussetzungen klare Zukunftsperspektiven vermitteln konnte. Es besteht also kein Anlaß zur Resignation. Obwohl die eine oder andere schwierige Klippe zu überwinden ist, bin ich im Ergebnis sehr zuversichtlich, daß sich die Landeskulturverwaltung reaktivieren und in dem erforderlichen Rahmen weiterentwickeln wird. Mit diesem positiven Ausblick wünsche ich Ihnen und uns viel Erfolg bei der künftigen Arbeit im ländlichen Raum.

FACHBEITRÄGE

Schneller, besser, einfacher - zur Effizienz der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz*)

Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

1. Modifizierungen oder Radikalkur

Kreative Fortentwicklungen, die eine Beschleunigung, Verbesserung und Vereinfachung der Verfahrensabläufe zum Ziel haben, können an einer Verwaltung, die für den Produktionsprozeß "Bodenordnung" verantwortlich ist, nicht vorbeigehen.

- Qualitätsmanagement [1]
- Business Reengineering [2]
- Total Quality Management (TQM) [3]
- Kreatives Krisenmanagement [4]
- Lean Management

sind Erneuerungsphilosophien, die nicht nur für Unternehmen der Wirtschaft, sondern auch für das Unternehmen "Bodenordnung" der Flurbereinigungsverwaltung in Rheinland-Pfalz und vielleicht auch für die Aufgabenerledigung anderer Verwaltungen Gültigkeit erlangen.

Philosophien dieser Art sind geprägt durch Schlagworte, wie

"So erneuern Sie Ihre Firma"

"Radikalkur für das Unternehmen"

"So werden wir wettbewerbsfähig"

"Zu viele Unternehmen bestehen aus Stahl, Zement und Vorschriften. Da hilft nur Dynamit oder eine schwere Krise".

Was heißt das für uns, wie erneuern wir unsere Verwaltung? Wie machen wir den Bodenordnungsprozeß schneller, besser und einfacher?

Pareto, ein italienischer Ökonom des frühen zwanzigsten Jahrhunderts, formulierte die Gesetzmäßigkeit, die vielen von uns als 80 : 20 - Regel geläufig ist und die in der Fachsprache Pareto-Verteilung heißt. Diese Regel besagt, daß in einem Prozeß 80 % des Aufwands von nur 20 % des Inputs verursacht werden.

Sie bedeutet, auf die Bodenordnung übertragen, daß unsere Mitarbeiter den weitaus größten Teil ihrer Zeit und Arbeitskraft für die Lösung von Schnittstellenproblemen, für Fehlersuche und -bereinigungen und selten auftretende Spezialfälle aufwenden müssen, ein Aufwand, der vielleicht im großem Umfang reduziert werden könnte.

*) Fachvortrag der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz anlässlich des 78. Deutschen Geodätentages am 22.09.1994 in Mainz

Andererseits wären bereits, wenn die Regel zutrifft, mit 20 % des Arbeitsaufwands 80 % der Bodenordnungsergebnisse zu erzielen.

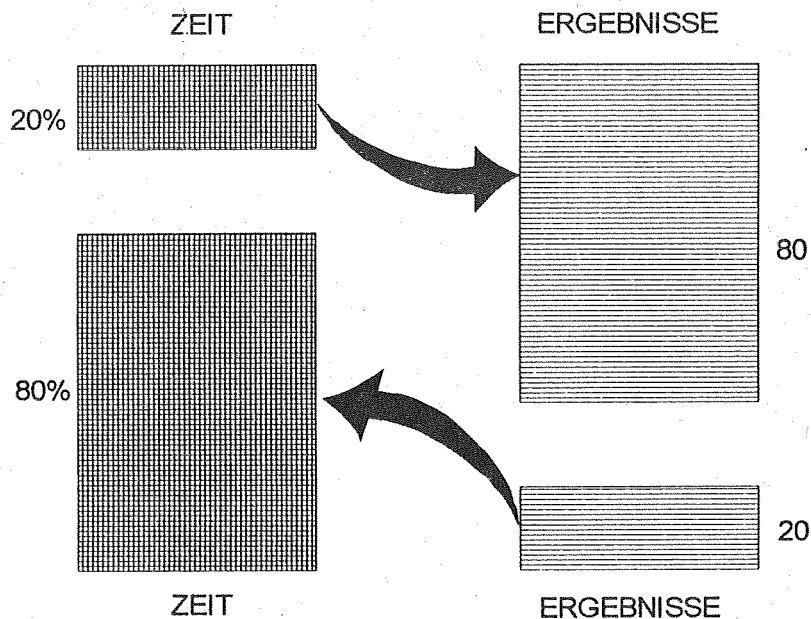


Abb. 1: 80 : 20 Regel (Pareto-Prinzip) - 20 % des Zeitaufwandes bringen bereits 80 % der Ergebnisse. (Quelle: [6])

Diese Regel gilt für Produktionsprozesse. Wieso gilt sie dann auch für die Landeskulturverwaltung bei der Bearbeitung der Bodenordnung in Rheinland-Pfalz?

Sind wir eine Produktionsstätte im gewerblich-industriellen Sinne? Oder sind wir etwa ein mittelständisches Unternehmen? Was produzieren wir eigentlich?

Wir produzieren "Bodenordnung", moderner gesagt "Landentwicklung!"

Produktionstechnisch betrachtet handelt es sich um keinen wesentlich anderen Arbeitsprozeß als die Entwicklung eines neuen Autos. Wir leisten keine Fließbandarbeit. Im Sinne eines Produktionsablaufes haben wir es bei der Bodenordnung auch nicht mit Serienfertigung, Sortenfertigung oder Massenfertigung zu tun.

Wir produzieren regelmäßig Prototypen, maßgeschneiderte Produkte, die im Sinne einer Einzelfertigung oder Sonderanfertigung in dieser Form nicht noch einmal produziert werden.

Wir haben aber in der Vergangenheit in unserer Verwaltung viele Produktionsprozesse - aufgrund technischer Standards oder aus Vereinheitlichungsüberlegungen - so zementiert, als sei die Massenfertigung gleichartiger sich ständig wiederholender Bodenordnungsverfahren unser Ziel.

Aus dieser Starrheit des Prozeßablaufes haben wir uns nicht hinreichend fortentwickelt. Wir haben hierfür auch keinen Spielraum, denn unser kreatives Entwicklungspotential ist zu klein.

Vergleichen wir uns mit einer in Industriebetrieben üblichen Einteilung in Fachressorts, dann dürften von den etwas über 850 Mitarbeitern (einschließlich des Anteils an Oberbehörden)

■ 10 % in der Verwaltung

(Firma Z.: 11 %)

- 2 % in der Entwicklung (Firma Z.: 10 %)
 - 1 % in der Vermarktung (Firma Z.: 12 %)
 - 80 % in der unmittelbaren Produktion (Firma Z.: 57 %)
 - 7 % in der Qualitätssicherung (Firma Z.: 10 %)
- sein.

Wenn auch zu wenig Entwicklung und damit zu wenig Kreativität besteht, scheint ansonsten ein gutes Ergebnis vorzuliegen, denn 80 % der Mitarbeiter sind in der unmittelbaren Produktion.

Ist damit die Wirtschaftlichkeit, d.h. das Verhältnis von Ertrag zu Aufwand, garantiert? Diese Frage kann man nicht so ohne weiteres beantworten.

Wirtschaftlichkeit ist bei der Bodenordnungsproduktion nur dann zu erzielen, wenn alle Maßnahmen der methodischen Arbeitsplanung und Arbeitssteuerung gewährleisten, daß ein Minimum an Aufwand und ein Optimum an Arbeitsergebnis erreicht werden.

Nach unseren Kundenaussagen (Eigentümer, Betriebsinhaber landwirtschaftlicher Betriebe, andere Behörden und Träger öffentlicher Belange), erreichen wir bei Zeitabläufen derzeit kein optimales Arbeitsergebnis.

Landwirte, Naturschützer und Träger infrastruktureller Maßnahmen - unsere wichtigsten Kunden - können und werden es nicht hinnehmen, auf die Ergebnisse einer Bodenordnung (den Besitzübergang) auch in einfachen Verfahren 3-4 Jahre lang zu warten.

Das moderne Flächenmanagement als Basis flächenbezogener Förder- und Entwicklungsprogramme muß schneller, einfacher und noch bürgernäher eingesetzt werden.

Die Schnelligkeit darf aber trotzdem nicht zu Qualitätseinbußen führen, die unsere Bodenordnungskunden weder hinnehmen könnten noch hinnehmen wollen.

Die Steigerung der Schnelligkeit des einzelnen Bodenordnungsverfahrens darf vom Aufwand her nicht zum Leistungsrückgang bei der Gesamtproduktion der Bodenordnung führen, im Gegenteil: Auch die Gesamteffizienz der Verwaltungsleistung muß verbessert werden.

Ziel unserer Optimierungsbestrebungen muß es sein:

- Schneller und flexibler zu reagieren und Zykluszeiten im Prozeßablauf drastisch zu verkürzen.
- Wirtschaftlicher zu produzieren, insbesondere durch einfacher gestaltete Prozeßabläufe.
- Bessere, möglichst fehlerfreie Ablaufqualitäten zu erreichen.

Eine wesentliche Verkürzung der Reaktionszeit erfordert zumeist die Vereinfachung und Verkürzung von Arbeitsprozessen.

Die Verkürzung der Reaktionszeit hat bei der Bodenordnung Katalysatorwirkung auf die gleichzeitige Verbesserung der Qualität und Produktivität.

Es erscheint mir daher bei meinem Vortrag von großem Vorteil, Reaktionszeit (= schneller), Qualität der Abläufe (= besser) und Produktivität (= einfacher) als Gefüge von Qualitätszielen zu betrachten.

Untersuchen wir unseren Produktionsprozeß "Bodenordnung", dabei insbesondere die Mitarbeiter, die "produzieren" und die "Qualitätssicherung betreiben", dann lassen sich nach der Art und Weise der Aufgabenerfüllung fünf Tätigkeitsarten unterscheiden, die sich nicht gegenseitig ersetzen und denen

sich sämtliche Arbeiten zuordnen lassen:

- **Bearbeitung:** (z. B. Planen, Berechnen, Buchen, Register ausfüllen, Verhandeln) - es ist in jedem Fall ein Fortschritt in Richtung Arbeitsergebnis festzustellen.
- **Prüfung:** (Kontrolle der vorangegangenen Bearbeitung, Bestätigung der Richtigkeit)
- **Weiterleitung:** (Bewegung, Transport, Raumüberwindung)
- **Aufenthalt:** (Ansammeln, Abwarten von Widerspruchsfristen, Warten auf einen Termin, Warten auf vorhergehende Abläufe, Warten auf andere Produktionsschritte, Hemmungen des Ablaufs durch Fremdeinflüsse).
- **Ablage:** (Vorübergehende oder endgültige Aufbewahrung)

Diese Tätigkeitsarten stehen bei unserem Produktionsprozeß "Bodenordnung" selbst in kleinsten Teilprozessen in einem andauernden Wechselspiel. Ständig wird bearbeitet, gewartet, geprüft, weitergeleitet und abgelegt.

Dieser Produktionsprozeß entspricht einem Taktschiebeverfahren mit sehr ungünstigen Zeitabläufen, was besonders deutlich wird, wenn wir die schrittweise Aufbereitung unserer Verfahrensregister in der Bodenordnung (ein Herzstück unserer Arbeitssteuerung) betrachten, die mit genau festgelegten Schnittstellen derzeit aus noch immer geltenden Wirtschaftlichkeitsgründen von verschiedenen Mitarbeitern und zwei Dienststellen (jeweiliges Kulturamt und Luftbild- und Rechenstelle) bearbeitet werden.

Unumgängliche Tätigkeitsarten wie: Bearbeitung - Prüfung - Postversand - Aufenthalt - Bearbeitung - Prüfung - Rückversand belasten derzeit noch den Arbeitsprozeß.

Ihre Optimierung - ohne Veränderung des Arbeitsprozesses durch Business Reengineering - käme der Asphaltierung eines Trampelpfades gleich.

Ich will es deutlicher sagen: Die Automation bestehender Prozesse wäre ein wenig Gewinn bringendes Kurieren an Symptomen. Sie birgt die Gefahr, die falschen Dinge effizienter zu erledigen.

Es geht natürlich auch bei der Automation bestehenbleibender Prozesse der Bodenordnung um Qualitätsverbesserungen im Sinne eines Total Quality Managements. Um aber sprunghafte, andauernde Leistungssteigerungen zu erzielen, ist eine völlige Neugestaltung der Ablaufprozesse der Bodenordnung erforderlich.

Mit kreativen Beiträgen unserer Mitarbeiter in Denkprozeß eingeführter Ablaufprozeduren könnten wir nur eine ganz allmähliche Qualitätsverbesserung erreichen, wie wir dies auch seit vielen Jahren mit voller Kraftanstrengungen getan haben. Hier kommen wir nicht weiter.

Wir müssen den Bodenordnungsablaufprozeß - natürlich nicht die Bodenordnungsverwaltungsstrukturen, um dies ganz deutlich zu sagen - fundamental überdenken und radikal neu gestalten. Man spricht vom Redesign.

Nur so können wir mittelfristig Leistungssprünge (Quantensprünge) von 30% bis 50% in Zeitabläufen und von über 20 % in der Effizienz der Bodenordnung herbeiführen.

Durch Business Reengineering wollen wir die schlanke Verwaltung (das Lean Management) erzielen. Fundamental Überdenken unserer Bodenordnungsprozesse heißt:

Warum machen wir das überhaupt?

Warum machen wir das auf diese Weise?

Ich will Ihnen dies an vier Fragen erläutern:

- Warum stellen wir in den Verfahren der Bodenordnung ein Verzeichnis der Angrenzer auf und legitimieren alle Angrenzer?

Kann man auf diesen umfangreichen Arbeitsprozeß nicht verzichten, wie dies in mindestens zwei Kulturämtern inzwischen geschehen ist?

- Warum haben wir eine große Anzahl neuer zusätzlicher Termine außerhalb des Flurbereinigungsrechtes eingeführt, obwohl sie keine wesentliche Wertschöpfung im Produktionsprozeß erbringen und durchaus mit anderen Terminen zusammengefaßt werden könnten?

Nach den geltenden Vorschriften sind in einem einfachen Zweitflurbereinigungsverfahren, in dem einige Meter Weg befestigt, alte Wege aufgehoben, ein Gewässer renaturiert und landespflegerische Maßnahmen ausgeführt werden z. B. die untere Landespflegebehörde und die Wasserwirtschaftsverwaltung je sechs Mal (AVP, Termin vor § 38, Termin § 38, Termin nach § 38, Anhörung der Verbände, Anhörungstermin § 41) sowie zu Übergabeverhandlungen an den Unterhaltungsträger zu laden.

Bei Planänderung und Umweltverträglichkeitsstudie kommen weitere Termine hinzu. Hier gilt es, sehr schnell fundamental die Notwendigkeit dieser Termine zu überdenken.

- Warum halten wir uns mehrere hundert einzelne Flurbereinigungskassen - vor Ort von Hand geführt, immer wieder unvermutet zu prüfen, jährlich abzuschließen - wenn es aus anderen Bundesländern deutlich wird, daß ein Verband der Teilnehmergeinschaften, der auch bautechnische Regiearbeiten übernehmen müßte, zu fundamental anderen, insbesondere zu wirtschaftlicheren Strukturen führt?

- Warum müssen wir in Feld-, Wald- und Wiesenflächen, bedingt durch eine überholte gesetzliche Abmarkungsregelung, die einen öffentlich-rechtlichen Abmarkungszwang überall bei jeder Neuvermessung erzeugt, neue Eigentumsstrukturen für die Zukunft abmarken, die in langfristigen Pachtverhältnissen Rechtsbestandteile einer großräumigen Arrondierung geworden sind.

Der auf größere Nutzflächen angewiesene landwirtschaftliche Unternehmer bewertet die Grenzsteine seiner Teilpachtflächen, die ihn oft bei der Bewirtschaftung eher stören als nützen, geringer, als die Einzäunungspfähle seiner Weide. Hier ist ein fundamentales Überdenken angesagt. Die Zeit ist reif für drastische Vereinfachungen bei der Abmarkungspflicht in ländlich genutzten Flächen, vielleicht sogar überall.

Business Reengineering hat keine oberflächlichen Änderungen zum Ziel. Es geht nicht um Verbesserungen oder Modifizierungen der Abläufe, sondern um eine Radikalkur, eine grundlegende Beschleunigung und Vereinfachung.

2. Schneller und einfacher

Wenn wir unseren Bodenordnungsunternehmensprozeß radikal beschleunigen und vereinfachen wollen, dann sollten wir uns zunächst in leicht abgewandelter Form mit den japanischen muden (Arten der Verschwendung) auseinandersetzen:

- Falsche Produktionsinhalte
- Wartezeiten
- Überflüssiger Transport

■ **Ungünstiger Herstellungsprozeß**

■ **Überhöhte Lagerhaltung**

■ **Herstellung fehlerhafter Teile**

Im Hinblick auf **"Falsche Produktionsinhalte"** sollten wir prüfen, ob wir immer die einfachste Verfahrensart nach dem Flurbereinigungsgesetz für unser Bodenordnungsproduktionsziel gewählt haben.

Wir haben zu lange rechtliche Schranken und technische Standardlösungen miteinander vermischt und uns zu wenig um kreative planerische Lösungen bei der Anwendung einfacher Verfahren bemüht.

"Gutes besser machen" war ein Ziel der Vergangenheit - **"Einfaches vereinfachen und beschleunigen"** könnte zu unserer neuen Philosophie werden.

Dabei denke ich z.B. an einen kreativen Aufsatz in unserer Verwaltung der unter dem Titel "Die Beschleunigung einer beschleunigten Zusammenlegung" publiziert wurde. Hier wird beschrieben, wie in einer Weinbergssteillagenflurbereinigung in zwei Jahren das Bodenordnungsergebnis herbeigeführt wurde. Ein noch vor kurzem unvorstellbarer Ablauf.

"Falsche Produktionsinhalte", das sind bei der Bodenordnung:

■ **Falsche (zu komplexe) Wahl der Verfahrensart**

■ **zu große Verfahrensgebiete**

■ **zu viele (unternehmensabhängige) Verfahrensziele, die gleichzeitig erfüllt werden sollen.**

Unser Ziel muß es sein, die fallbezogen einfachste Verfahrensart für überschaubare Gebiete auszuwählen und unternehmensabhängige Verfahrensziele zu minimieren oder portionsweise zu lösen.

Der Ansatz, möglichst einfache Verfahrensarten für die Einleitung neuer Bodenordnungsverfahren zu wählen, führt automatisch zu Business Reengineering, denn bisher war die Struktur der einfachen Verfahren produktionstechnisch ein Nebenprodukt des vollständigen, komplexen Ablaufes.

Sie war ein Appendix unseres kreativen Denkprozesses.

Einfache Bodenordnungsverfahren rücken nun in die Mitte. Das ändert auch Strukturen, Ablaufreihenfolgen, Schnittstellen. Jetzt heißt es, das Einfache weiter zu vereinfachen, danach Lern- und Rückkopplungsprozesse in komplexe Bodenordnungsverfahren (vielleicht sogar als Wegfall von Schritten, von Arbeiten) rückzuübertragen.

Zeitabläufe lassen sich am leichtesten und ohne jeden Widerstand verkürzen, wenn **Wartezeiten** entfallen.

Ich nenne drei Beispiele:

- Wenn ein Verfahrensschritt von Gesetzes wegen schon der unteren Flurbereinigungsbehörde vorbehalten ist und in Geschäftsbesprechungen die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden kann, dann ist es kein wertschöpfender Prozeßschritt, wenn aufgrund von Überwachungsmechanismen der oberen und obersten Behörden erst noch schriftliche Zustimmung erteilt werden muß.

In Rheinland-Pfalz konnte bei der Bodenordnung inzwischen Einigkeit über etwa 25 aufzuhebende Vorbehalte bzw. über neun vom Gesetz her mögliche Delegationsregelungen erzielt werden.

So werden in Zukunft in Rheinland-Pfalz alle Anordnungsbeschlüsse nach dem Flurbereinigungsgesetz ohne vorherige schriftliche Detailzustimmung oder Beschußprüfung der oberen Behörde

von der vor Ort zuständigen Flurbereinigungsbehörde erlassen.

Auch durch Delegationsregelungen kann Business Reengineering im Einzelfall herbeigeführt werden, wenn der Produktionsablauf nicht nur verkürzt sondern auch produktionstechnisch besser gestaltet werden kann.

Wenn z. B. ein Entscheidungsprozeß auf der unteren Hierarchieebene vollständig abgewickelt werden kann, dann sind viele Schreiben, Genehmigungen, Prüfvermerke, Abstimmungen und anderes hinfällig.

Das stärkt natürlich auch die Eigenverantwortung auf der unteren Hierarchieebene.

- Besonders bei den technischen Abläufen der Registerbearbeitung gibt es durch die bisher zwingend notwendige zentrale Bearbeitung enorme Wartezeiten für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Kulturreisamt.

Viele, in Zukunft nach Umsetzung des Projektes WEDAL im neuen Arbeitsprozeß unmittelbar am Arbeitsplatz zu erledigende Projektaufgaben, können heute noch allein Tage oder Wochen an Wartezeiten umfassen.

Aber nicht nur das! Über die Hälfte der bisher mühsam von Hand auszufüllenden Listen und Register werden durch das Redesign des Bodenordnungsprozesses vollkommen abgeschafft.

Andere Arbeitsreihenfolgen, andere Bürozuordnungen werden denkbar, die erst nach dem Prozeßredesign im Detail erkannt und kreativ umgesetzt werden können.

Die Zerschlagung und gleichzeitige Neugestaltung des Registerbearbeitungsprozesses ist ein zentraler Teil der Verwaltungsmodernisierung der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz.

- Zu Wartezeiten zählen auch alle Termin- und Widerspruchsfristen. Jede Ladungsfrist hemmt den Verfahrensablauf um Wochen.

Allein in den letzten zehn Jahren sind in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz durch neue Terminabstimmungen, Terminfristen und Protokollarbeiten Verzögerungsmomente eingetreten, die durch alle bisherigen Prozeßoptimierungsschritte nicht eingearbeitet werden konnten.

Prozeßbündelung ist hier das Gebot der Stunde. Zusammenfassen von Terminen, damit im nächsten (nicht gesetzlich vorgeschriebenen) Termin mit dem Nachfolger des im ersten Termin erschienen Behördenvertreters nicht alles wieder neu aufgerollt werden muß.

Es ist nämlich oft so, daß erzieltes Einverständnis durch neue Terminteilnehmer im Folgetermin wieder infrage gestellt wird, oder daß der Terminsteilnehmer im nächsten Termin wirklich nicht mehr weiß, was er in der Sache noch weiter ausführen soll.

Alle diese Wartezeiten vor und nach Terminen führen zum sog. "Sägeblatt-Effekt", mit der Folge von Anlauf- und Einarbeitungszeiten.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben bei Produktionsprozessen Zeitverluste, Doppelarbeiten und zusätzliche Konzentrationsaufwendungen von etwa 28 % durch den Sägeblatt-Effekt nachgewiesen.

SÄGEBLATT- EFFEKT

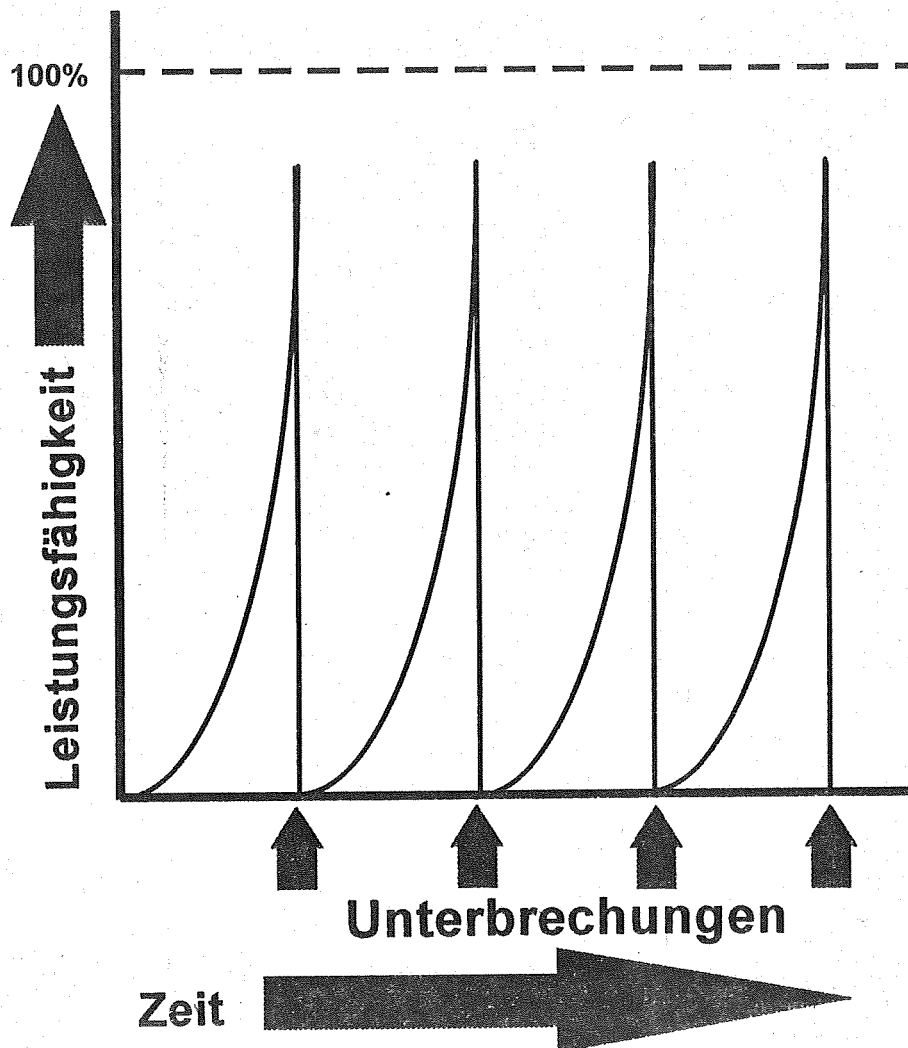


Abb. 2: Sägeblatt-Effekt - Durch Unterbrechungen und ständigen Neubeginn bei den Arbeitsabläufen entstehen etwa 28 % Zeitverluste (Quelle: [6])

Setzt man sich mit der dritten Art der Verschwendungen (**überflüssige äußere und innere Transporte**) auseinander, trifft man auf das Phänomen des Aktenordners.

Die Überlegung, in welchem Maße der Aktenordner der Struktur unserer Bodenordnungsprozesse Schranken auferlegt hat, ist ernüchternd.

Werden Informationen auf Papier festgehalten und in einem Ordner abgelegt, kann sie jeweils nur eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt nutzen. Nicht immer ist es möglich, Kopien anzufertigen und sie zu verteilen. Ein solches Vorgehen würde zudem eine Vielzahl letztendlich widersprüchlicher Versionen der gleichen Unterlagen hervorbringen. Daher sind Arbeiten, für die diese Informationen benötigt werden, in unserem Produktionsprozeß sequentiell strukturiert: Ein Mitarbeiter eines Büros erledigt seine Aufgaben und übergibt den Ordner dann dem nächsten.

Arbeitet man auf Dauer weiter in dieser Vielfältigkeit von Aktenordnersystemen, dann ist die Fragmentierung der Prozesse auf alle Zeiten festgeschrieben.

Unser Weg in Rheinland-Pfalz zielt auf die datenbankorientierte ganzheitliche Kommunikationslösung: Zugriff für alle, ganzheitlicher Arbeitsplatz, Wegfall der Aktentransporte als prozessualer Arbeitsfortschritt. In Zukunft sollte die "digitale Akte" immer schon am Arbeitsplatz verfügbar sein.

Der **ungünstige Herstellungsprozeß**, die vierte Verschwendung, dürfte ein Kernproblem unserer Arbeit sein. Als einfaches Beispiel sei ein Grundstücksgeschäft vor der Ausführungsanordnung genannt: Zur Wahrung dieser Grundbuchnachricht in den Akten der Bodenordnung sind 10 Verzeichnisse und der Flurbereinigungsplan manuell zu ändern.

EDV-gesteuert würde die einmalige Erfassung eines Verzeichnisses und die Änderung des textlichen Teils des Flurbereinigungsplans genügen.

In einer Verwaltungsgruppe fallen pro Jahr mehrere hundert Veränderungslisten an, bei diesem Geschäft sind also 90 % des Arbeitsaufwandes einzusparen.

Ein kompliziertes Beispiel ist die Bearbeitung der Register in der Bodenordnung. Mit unserem Projekt REDAS soll die Bearbeitung der Register komplett dezentralisiert werden. Neben den wegfallenden "Wartezeiten" macht diese Ablaufveränderung die Bearbeitung vor Ort einfacher. Insbesondere kann man von der starren Einteilung in feste Arbeitsabschnitte wegkommen.

Voraussetzung ist die interne Vernetzung der Kulturämter und die Ausstattung aller Arbeitsplätze mit Datenendgeräten.

Es soll jeder Mitarbeiter die Möglichkeit haben, sein Datenmaterial ständig laufend zu halten. Feste Arbeitsabschnitte werden dann vermeidbar. Die Laufendhaltung der Daten ist nicht mehr über eine Belegerfassung notwendig. Die meisten heute gefertigten Drucke können damit unterbleiben. Wir kommen letztlich dem papierlosen Büro etwas näher.

Grundlage für die künftige Arbeitsweise ist ein Datenbanksystem. Alle Entwicklungen für das Projekt REDAS basieren auf dieser relationalen Datenbank.

Das relationale Datenbankprinzip erfordert ein völliges Neudesign der Datenstrukturen und Prozeßabläufe. Dieses wird z. Zt. in einer Arbeitsgruppe geleistet.

Bei dieser Gelegenheit wird die Struktur des automatisierten Liegenschaftsbuches in unserer Datenbank in großen Teilen nachgebildet. Der Bearbeiter am Kulturamt findet künftig an seinem Arbeitsplatz eine WINDOWS-Oberfläche vor. Aus dieser Oberfläche heraus wird er alle Programme durch Mausklick anstoßen.

Nicht nur die Registerarbeiten, sondern auch z. Beispiel die vorhandenen vermessungstechnischen Programme, Finanzierungsprogramme und die Bürokommunikation werden auf die gleiche Datenbasis zugreifen.

Dadurch erhalten wir künftig eine datentechnische Vernetzung der bisher unabhängig voneinander laufenden Programmkomplexe. Den entscheidenden Effekt bringt die völlige Dezentralisierung der Arbeiten unter einer einheitlichen, graphisch orientierten Benutzeroberfläche.

In unserem Projektbericht WEDAL [5] (Weiterentwicklung der Automation der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz) sind sämtliche Arbeitsschritte einer Bodenordnung im Hinblick auf ein Redesign aller Arbeitsabläufe analysiert und für eine Zukunftslösung aufbereitet oder zumindest ansatzweise vorbereitet.

Es sei aber nicht verhehlt, daß auch in diesem Projektbericht noch Lösungen vorgesehen sind, die bei schärferem Hinsehen (z. B. durch Einrichten eines Verbands der Teilnehmergemeinschaften) noch einmal drastisch weiterentwickelt werden könnten. In Teilbereichen, wo Prozesse durch gesetzliche Vorgaben oder emotionale Schwellen nicht entwickelbar erschienen, wurden altbekannte Trampelpfade für eine Asphaltierung neu vorgesehen. Beispiele sind, wie bereits erwähnt, die Komplexe "Finanzie-

rung" und "Abmarkung".

Die fünfte Verschwendung, und sie stand bei uns lange ganz oben, ist die **"überhöhte Lagerhaltung"**. Gemeint sind die Bodenordnungsverfahren nach dem Besitzübergang, besser noch nach vorzeitiger Ausführungsanordnung, für die wir jahrelang katasterführende Stelle sind.

Diese "eiternde Wunde" unseres Produktionsprozesses haben wir im Programm "Landentwicklung 1990 - 94" geheilt.

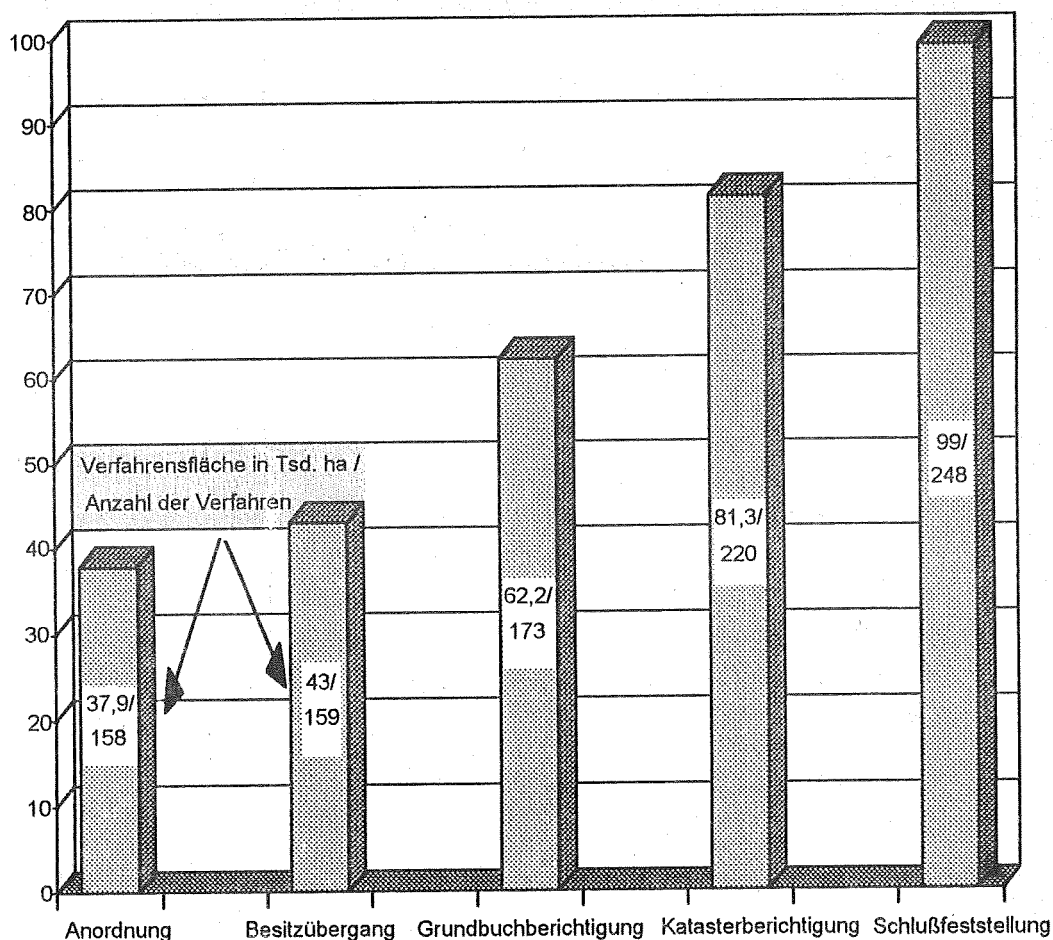


Abb. 3: Voraussichtliche Ergebnisse des Programms Landentwicklung - Arbeitsplanung Flurbereinigung für die Jahre 1990 bis 1994 in Rheinland-Pfalz - Erkennbar ist der Trend, "Altverfahren" drastisch zu reduzieren.

Wir haben unser Programm-Soll erfüllt und unsere Altlasten bei Kataster und Grundbuchberichtigung, teilweise auch bei der Schlußfeststellung abgebaut.

Bei Neueinleitungen und Besitzübergängen haben wir fünf Jahre für diesen Heilungsprozeß Enthaltensamkeit geübt.

Jetzt kommt es im neuen Programm "Landentwicklung 1995 bis 99" darauf an, durch einfache Verfahrenswahl, Vermeidung neuer Überhänge und rechtzeitige Grundbuch- und Katasterberichtigung neue Prozeßschritte zu gehen, die alle Verfahrensarten zu schnelleren Produktionsdurchläufen bringen.

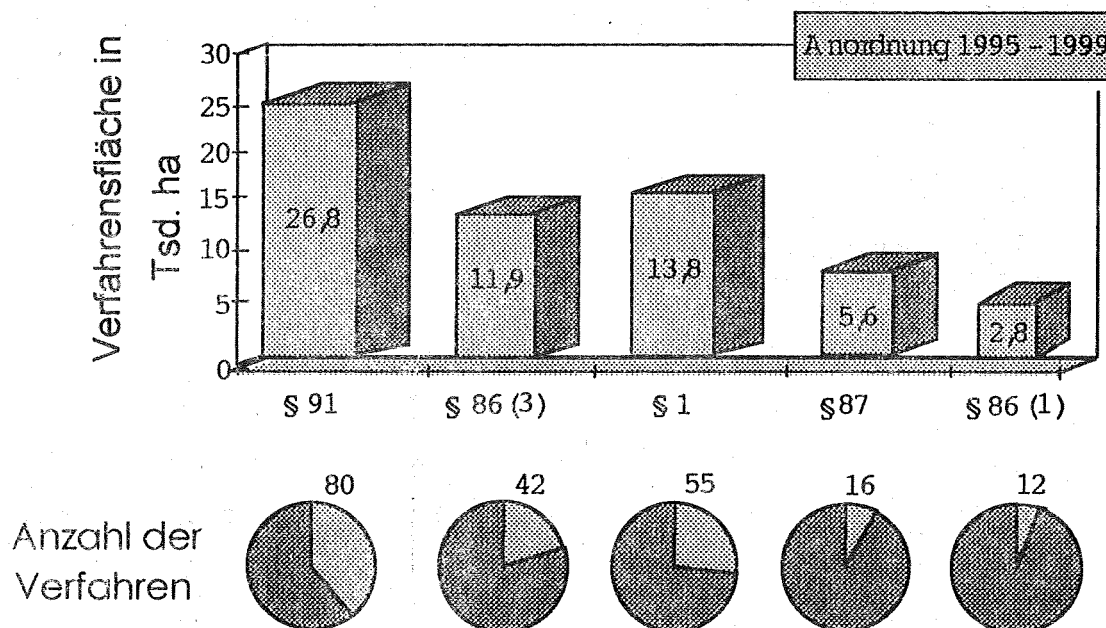


Abb. 4: Geplante Anordnung neuer Bodenordnungsverfahren im Zeitraum 1995 bis 1999 - geordnet nach Verfahrensarten nach dem FlurbG - (insgesamt 205 Verfahren mit circa 60900 Hektar). Der Trend zu einfachen Verfahren wird sehr deutlich.

Ein entscheidendes Ziel muß es sein, die Berichtigung des Grundbuchs und des Katasterbuchwerks zeitgleich so früh wie möglich vorzunehmen, um den von außerhalb der Bodenordnung veranlaßten Änderungsdienst nach der Ausführung des Flurbereinigungsplanes auf ein Minimum zu begrenzen.

Das über dieses Redesign des Arbeitsprozesses in Umsetzung unseres Projektes WEDAL eingeführte Bürostrukturen zusammenwachsen und zu einem einheitlichen Ganzen werden, ist ein Phasensprung in eine neue Unternehmensphilosophie unserer Verwaltung.

Durch bessere, umfassendere Arbeitswahrnehmungen muß jeder Mitarbeiter fachübergreifend weiterlernen. Nicht der Spezialisierung, sondern der Qualifizierung gilt die Zukunft.

Vielleicht kann man auch die Katasterberichtigungen bei steigendem Qualifikationsstand der Mitarbeiter (durch die Arbeit an den vielen Altverfahren) in das Vermessungs- und Planungsbüro zurückführen und damit einen Phasensprung in Richtung auf "Lean Management" erreichen.

Da nämlich der Sachgebietsleiter Planung und Vermessung für die Messungs- und Koordinatenkontrollen ohnehin verantwortlich ist, kann er auch die Reißbearbeitung abschließend erledigen, zumal die neuen Meßmethoden nur noch wenige manuelle Maßeintragen erfordern.

Die letzte Verschwendung betrifft die **Herstellung fehlerhafter Teile**. Hier schneiden sich die Begriffe schnell, einfach und besser.

Ich gehe deshalb später hierauf ein.

Zieht man ein Resümee aus den bisherigen Überlegungen, dann bleiben als Fragen: Warum machen wir das überhaupt? Ist dieser Arbeitsschritt unerlässlich? Ist dieser Arbeitsschritt am Kunden orientiert?

Wenn Arbeitsschritte ganz oder teilweise nur der Erfüllung interner organisatorischer Anforderungen dienen sollten, dann müssen wir diese Arbeitsschritte fundamental überdenken und radikal ändern, wie wir dies im vermessungstechnischen Einsatz neuer Geräte und Arbeitstechniken schon angefangen haben.

Nur wenn wir im zentralen Schritt des Redesigns in den Jahren 1997 bis 99 einen Phasensprung von 50 % in den Zeitabläufen und einen Aufwandsgeinn von mehr als 20 % der eingesetzten AK erzielen können, ist im Verbund mit einfacheren Verfahrensarten das Ziel einer drastischen Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung erreicht.

3. Besser

Wenn man das Wort "besser" verwendet, meint man den Begriff "Qualität". Dabei müssen wir unterscheiden zwischen

- Qualität des Arbeitsergebnisses, die in der Regel im Fertigungsprozeß durch Kontrollen (Vollkontrollen, Stichprobenkontrollen) abgesichert wird und
- Qualität des Arbeitsprozesses, in der Vergangenheit gekennzeichnet durch eine Zerlegung in viele Prozeßschritte und Spezialisten für jeden Teilprozeß.

Zunächst ist zu fragen, ob unsere Kontrollen nicht an andere Stellen verlagert werden könnten.

Das Ziel muß es sein, fehlerfrei vom ersten bis zum letzten Prozeßschritt (Arbeitsgang) zu arbeiten. Dieses Ziel ist gleich zu setzen mit enormen Einsparungen an Kosten (kein Aufwand für Fehlerbeseitigung) und Zeit (frühere Fertigstellung des Produkts).

Die Japaner, weltweit in diesen Philosophien führend (Toyota-Produktionssystem), sprechen zwei Lösungsmodelle an, die auf uns übertragbar sind:

- Jeder Fertigungsschritt ist als integrierter Prozeß selbstverantwortlich (mit Null-Fehler-Qualität) auszugestalten. Die Kontrolle wird in den Arbeitsprozeß zurückverlagert. D.h. bei uns z. B., die Arbeiten für die Katasterberichtigung sind fehlerfreier Bestandteil des vermessungstechnischen Arbeitsablaufs und müssen in diesem Sinne neu definiert werden.
- In Qualitätszirkeln aus Praktikern (am besten Teams von drei bis acht Mitarbeitern) sind Probleme (Qualitätsverbesserungsprojekte) aufzugreifen, die Problemursachen zu ergründen, Vorschläge zur Beseitigung der Probleme zu erarbeiten und der Vorschlag für die Realisierung vorzubereiten.

Wir arbeiten schon sehr lange mit derartigen Qualitätsverbesserungsteams: Die Arbeitsgruppen WEDAL, Planfeststellung, Landentwicklung, Musterplantext, beschleunigte Zusammenlegung, Dorf-flurbereinigung sind optimale Qualitätsverbesserungszirkel im Sinne der japanischen Vorgaben gewesen.

Sie sind ein Beleg dafür, daß die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz ihr gesamtes kreatives Entwicklungspotential nutzen wird, wenn es in Zukunft darum geht, bessere Verfahrensabläufe des Bodenordnungsprozesses zu entwickeln.

Wir müssen unsere Kreativität aber noch weiter in das Vorfeld des Arbeitsprozesses verlagern.

"Wo und wie verbessert werden kann, wissen die Mitarbeiter in der Regel besser als Ihre Vorgesetzten", so Joachim Runge.

Am wichtigsten ist Kreativität in der Ausbildung.

"Nicht bloß Eure Firmen sind nach dem taylorischen Modell gebaut, sondern - viel schlimmer - auch Eure Köpfe. Die Bosse besorgen das Denken und ihre Mitarbeiter schwingen die Werkzeuge. Im tiefsten Innern seid Ihr noch überzeugt, dies sei der einzige Weg, ein Unternehmen zu betreiben. Für Euch besteht Management darin, die Ideen aus den Köpfen der Manager in die Köpfe der Mitarbeiter zu bringen" so Joachim Runge zum Thema "Standort Deutschland in Gefahr".

Anstatt "Lernen durch Wiederholung" und "Lernen am Modell" zu praktizieren, sollten die Lernmuster aufgebrochen und ein Teil der Lernphase ganz bewußt als kreativer Prozeß von Lernenden und Auszubildern genutzt werden.

Der praktizierte Ausbildungsmechanismus unserer Verwaltung trägt in sich die dauerhafte Tendenz zur Erstarrung. Die kreative Lernphase, das japanische "Kaizen" müßte sogar zu einem Teilbestandteil unserer Prüfungsanforderungen werden.

Geht es dann zu weit, wenn man auch noch fordert, sogar das Beurteilungssystem müßte stärker auf den Kreativitätsprozeß ausgerichtet werden? Es ist eine schwierige Frage. Das Entscheidende bei der Qualitätsverbesserung ist nämlich die Auswahl "nutzoptimierender Ideen", und da ist der Weg vom "Spinner" bis zum "total quality manager" ein schmaler Grat.

Wie beurteilen wir den Weg in die Zukunft? Sind Mitarbeiter, die kreative Vorschläge für eine kontinuierliche Reduzierung oder Vereinfachung von Arbeitsprozessen entwickeln, besser zu beurteilen, als jene, die mit Fleiß die eingeführten Arbeitsprozesse erledigen? Hierfür müßte man möglicherweise neue Standards setzen und sich schrittweise diesen Standards annähern.

Welche Kontrollen können wir in den Arbeitsprozeß zurückführen?

- Bei verfahrensablauforientierten Kontrollen können durch wohlüberlegte Einsparungen von Freigabe- und Steuerungsprozessen nicht nur Wartezeiten eingespart werden.

Die Veränderung bei den Kontrollen führt zur schlankeren Verwaltung, sie zieht im Sinne einer Steigerung der Eigenverantwortung eine Qualitätsverbesserung bei der Arbeitserledigung nach sich.

Es besteht sogar die Möglichkeit, Kontrollfunktionen für Kreativität (Prozeßoptimierung) vor Ort zu nutzen. Damit reduziert sich der Einsatz unserer Mitarbeiter im Bereich Kontrolle, es wächst der Bereich der Entwicklung.

Eine verbesserte Motivation der Mitarbeiter ist bei allen derartigen Veränderungen nachgewiesen.

- Statistisch orientierte Kontrollen (Abschnittserfüllungen, Arbeitserledigungen, Arbeitsergebnisse) sollten im Sinne des Projektmanagements minimiert und im Sinne der Eigensteuerung Verwendung finden.

Dies setzt allerdings ein hohes Verantwortungsgefühl aller Mitarbeiter voraus, die sich im Ablauf des Projektmanagements selbst orientieren müssen.

- Planungskontrollen (z. B. Genehmigung der Pläne nach § 41), müßten, soweit nicht schon geschehen, auf Stichproben reduziert werden.
- Technische Kontrollen (z. B. Richtigkeit der Grundbuchberichtigungsunterlagen, Katasterberichtigungsunterlagen) müßten im Sinne des Toyota-Null-Fehler-Prozesses am integrierten Arbeitsplatz sichergestellt werden. Durch Prozeßvereinfachungen müßten Fehlerquellen reduziert und Mehrfachkontrollen abgebaut werden.
- Auch Rechtskontrollen müßten verstärkt in den integrierten Arbeitsablauf eingebunden und nicht auf die Endkontrolle verschoben werden.

Durch Rücknahme dieser - und weiterer - Kontrollen

- führen wir langfristig hochwertigste Mitarbeiter in den Produktionsprozeß zurück,
- erhöhen die Kreativität durch den "Schleifenschluß" im Produktionsprozeß,

- verringern die innere Fragmentierung der Hierarchieebenen,
- beschleunigen die Arbeit, da die falschen Arbeitsergebnisse wegfallen, weil die Arbeit gleich richtig gemacht wird und nicht zusätzlich kontrolliert werden muß.

Weiterhin erhöhen wir die Verantwortungsbereitschaft, Motivation und Arbeitsfreude im ganzheitlich gestalteten Arbeitsprozeß.

4. Schluß

Wenn wir unsere Unternehmensphilosophie im Sinne von "Besser, schneller, einfacher" fortentwickeln wollen, geht das nicht ohne fundamentale Veränderung.

Wir haben diese Veränderungen eingeleitet, wie einige angelaufene Prozesse zeigen.

- Delegation von Aufgaben der oberen auf die untere Hierarchieebene
- Neuentwurf aller ablaufsbezogenen Arbeitsprozesse in Umsetzung des Großprojektes WEDAL
- Neuentwurf aller Kommunikationsprozesse in Umsetzung des Großprojektes WEDAL
- Priorität für das jeweils einfachste Bodenordnungsverfahren im Verbund mit neuen technischen Strategien

Wir haben erprobte Kreativitätszirkel und ein neues Bewußtsein entwickelt, was wir besser, schneller und einfacher erledigen können.

Wir stehen trotzdem erst am Anfang eines radikalen Veränderungsprozesses, weil diese fundamentalen Veränderungen zwar schon bekannt, aber überwiegend noch nicht umgesetzt sind.

Aus den Fragen bei allen Geschäftsbesprechungen wissen wir, daß unsere Mitarbeiter auf diese Änderungen ihres Arbeitsprozesses warten.

Sie sind für Fortbildungen und kreative Fortentwicklungen hochmotiviert.

Es bleibt daher nur unsere große, langandauernde Aufgabe, der einzelnen Mitarbeiterin und dem einzelnen Mitarbeiter, nach Umsetzung von Business Reengineering die zu seinem Arbeitsvorgang gehörenden Arbeiten und Entscheidungsbefugnisse in Form einer abgerundeten, erkennbar sinnvollen Aufgabe zuzuweisen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat von Emil Steffann:

"Erfinderisch sein kann bedeuten das Wiederfinden des bereits Gefundenen, ein Sichhineindenken in das Bestehende und das Beziehen des Wiedergefundenen auf die Bedürfnisse der eigenen Zeit."

5. Literatur:

- [1] Kaminske, Gerd F.; Brauer, Jörg-Peter: Qualitätsmanagement von A bis Z - Erläuterungen moderner Begriffe des Qualitätsmanagements, Carl Hauser Verlag München/ Wien, 1993
- [2] Hammer, Michael; Champy, James: Business reengineering - die Radikalkur für das Unternehmen, Campus Verlag GmbH Frankfurt/ Main/ New York, 1994
- [3] Runge, Joachim H.: Schlank durch total quality management - Strategien für den Standort Deutschland, Campus Verlag GmbH Frankfurt/ Main/ New York, 1994

- [4] Stratemann, Ingrid: Kreatives Krisenmanagement - Erfahrungen erfolgreicher Spitzenmanager und was Sie daraus lernen können, Campus Verlag GmbH Frankfurt/ Main/ New York, 1994
- [5] Lorig, Axel ; Durben Harald: Weiterentwicklung der Automation in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, 1993, (unveröffentlicht)
- [6] Seiwert, Lothar: Das 1x1 des Zeitmanagement, 9. Auflage, mvg-Verlag, München/ Landsberg, 1992

Delegation von Aufgaben auf nachgeordnete Dienststellen im Bereich der Landeskulturverwaltung und Aufhebung von Zustimmungsvorbehalten

Ministerialrat Burkhard Orning, Mainz

Die Abteilung 4 - Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt - erarbeitet zur Zeit für die Landesregierung agrar- und umweltpolitische Leitlinien für die Bodenordnung. Damit werden die Neuorientierung der Landeskulturverwaltung eingeleitet und die langfristigen Aufgaben der Kulturämter festgelegt.

Hierbei wird u.a. das Ziel verfolgt, die Laufzeit der Verfahren durch Abbau von Wartezeiten und Verfahrenshemmnissen zu verkürzen. Die Ausdünnung des Beziehungsgeflechts zwischen der Bezirksregierung und den Kulturämtern einerseits sowie dem Ministerium und den Bezirksregierungen andererseits ist ein wichtiger Teilaspekt dieses Vorhabens.

Damit die laufenden Arbeiten der Kulturämter nicht unnötig gestört und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verunsichert werden, ist ein schrittweises Vorgehen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen geboten. In einer ersten Stufe werden deshalb zunächst folgende Vorhaben umgesetzt:

- Entwicklung agrar- und umweltpolitischer Leitlinien für die Bodenordnung in Rheinland-Pfalz
- Änderung der Finanzierung für den Bereich der Weinbergsflurbereinigung und der Verfahren zu Zwecken des Naturschutzes und der Landschaftspflege (bereits vorläufig geregelt)
- Delegation von Aufgaben auf nachgeordnete Dienststellen und Aufhebung von Zustimmungsvorbehalten der Aufsichtsbehörden
- Verbesserung und Verkürzung von Kommunikationswegen innerhalb der Dienststellen.

In einer zweiten Stufe werden sich Entscheidungen zur Vereinfachung der technischen Verfahrensabläufe, die Zusammenfassung von Terminen und Abstimmungsverfahren sowie organisatorische Änderungen in Teilbereichen anschließen.

Die in dem Maßnahmenpaket eingebundene Aufgabendelegation ist als Einstieg in die Entbürokratisierung der Arbeitsbereiche in der Landeskulturverwaltung zu verstehen. Aufgaben, die bisher von zwei Verwaltungsebenen bearbeitet bzw. entschieden wurden, werden auf die nachgeordnete Ebene verlagert. Dabei konzentrieren sich die Delegationsüberlegungen auf solche Aufgabengebiete, die von der aufnehmenden Verwaltungsstufe ohne nennenswerten Mehraufwand miterledigt werden können, bei der abgebenden Stufe aber zu deutlichen Entlastungen führen. Das Ministerium ist in diese Delegationsbestrebungen einbezogen.

Die Einzelzuständigkeiten und Zustimmungsvorbehalte wurden inzwischen erfaßt. Die Bezirksregierungen und Kulturämter waren hierbei einbezogen. In einer Dienstbesprechung am 14.04.1994 wurden die

Delegationsvorschläge sowie die Möglichkeiten zur Aufhebung von Zustimmungsvorbehalten mit Vertretern der drei Bezirksregierungen abschließend erörtert. Das Ergebnis wurde inzwischen der Zentralabteilung im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten sowie dem Ministerium des Innern und für Sport zur Prüfung und Zustimmung zugeleitet. Die Beteiligung der Hauptpersonalräte beider Ressorts schließt sich an.

Nach Abschluß der Beteiligungsverfahren wird die Delegation der Zuständigkeiten mit gesetzlicher Grundlage durch eine Landesverordnung umgesetzt. Die übrigen Zuständigkeiten bzw. die Aufhebung von Zustimmungsvorbehalten werden durch ein allgemeines Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten geändert.

Nach dem bestehenden Zeitplan wird davon ausgegangen, daß die neu geregelten Zuständigkeiten zum 01.01.1995 in Kraft treten können.

Neufassung der VVZusKatFlurb*)

Vermessungsoberamtsrat Kurt Bottler, Mainz

Mit Datum vom 25. Januar 1994 ist die Verwaltungsvorschrift über die Zusammenarbeit der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Flurbereinigungsbehörden neu gefaßt und im Ministerialblatt 1994 Seite 74 veröffentlicht worden. Dabei sind die bewährten Regelungen der bisherigen VV an die technische Weiterentwicklung beider Behörden angepaßt und in einigen Bereichen aus praktischen Erfahrungen und Wünschen heraus ergänzt worden.

Im nachfolgenden Referat will ich Ihnen die wesentlichen sachlichen Neuerungen und wichtige Änderungen vorstellen; auf bestehende Regelungen, die einer noch stärkeren Beachtung bedürfen, will ich nochmals hinweisen.

1. Arbeitsplanung Flurbereinigung

Mit der Fertigstellung der Arbeitsplanung zum 01.04. eines jeden Jahres - dem Termin zur Vorlage der Arbeitsplanung beim MLWF - meldet das Kulturamt die neu in die Arbeitsplanung aufgenommenen Verfahren mit dem vorgesehenen Anordnungsjahr dem Katasteramt. Dabei ist auch anzugeben, ob auf eine AVP verzichtet werden soll, damit das Katasteramt seine Stellungnahme nach Nr. 1.2 abgeben kann.

2. Mitteilung der Flurstücke des Verfahrensgebietes

Es ist mit dem ISM vereinbart worden, daß möglichst alle Anforderungen von Flurstücksdaten außer in Papierform durch Beifügung eines maschinenlesbaren Datenträgers des Kulturamtes im einfachen ASCII-Format oder in einem gängigen Textprogramm erfolgen soll, wobei die eindeutige Bezeichnung der Flurstücke analog dem Beschluß (Angabe von Flurstücksgruppen) durchaus ausreichend ist.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Rd.Schr. des ISM vom 25.04.1994 - 365/647-11/6 - verweisen, das Ihnen übersandt worden ist, und das die Regelungen zum Datenaustausch im einzelnen enthält.

*) Kurzreferat von Kurt Bottler am 27. Mai 1994 in Emmelshausen

3. Arbeiten am Vermessungspunktfeld

Es ist gesetzlicher Auftrag, die Bestrebungen zur Schaffung eines homogenen und genauen Punktfeldes (Koordinatenkataster) aus Anlaß von Neuvermessungen in Bodenordnungsverfahren nach Kräften zu unterstützen. Bei kaum einer anderen Gelegenheit ist eine solche Chance flächendeckender Katastererneuerung gegeben.

Hierbei kommt es wesentlich auf den Beitrag der Katasterverwaltung an, die Voraussetzungen zu schaffen, die unter Nr. 3.6.2 - diesmal mit größerer Klarheit der Zuständigkeiten - geregelt worden sind. Man beachte die erhebliche Selbstbindung der Vermessungs- und Katasterverwaltung, die in dieser Regelung enthalten ist, und die ich wegen ihrer Bedeutung hier einmal wörtlich zitieren und im Zusammenhang vortragen darf:

" Zur Ermittlung einwandfreier Koordinaten für alle Vermessungs- und Grenzpunkte sind vom Katasteramt spätestens unmittelbar nach Bekanntgabe des Flurbereinigungs-/Zusammenlegungsbeschlusses alle infrage kommenden Anschlußpunkte zu überprüfen, ob sie mit der erforderlichen Qualität bestimmt sind. Weiter ist zu prüfen, auf welcher Netzgrundlage (bisheriges Netz oder Netz 80) die Neuvermessung erfolgen soll. Das Katasteramt

- veranlaßt die erforderliche Abstimmung zwischen dem Netzbeauftragten und dem Landesvermessungsamt,
- bestimmt ggf. ein Aufnahmepunktfeld,
- führt die notwendigen Erneuerungsarbeiten am Aufnahmepunkt- und Polygonpunktfeld durch,
- bereinigt erforderlichenfalls die Koordinaten für Grenzpunkte der Verfahrensgrenze,
- stellt die Koordinaten der Aufnahmepunkte, Polygonpunkte und Grenzpunkte bis zum Beginn der Neuvermessung dem Kulturamt zur Verfügung und
- stimmt mit dem Kulturamt vor Beginn der Signalisierungsarbeiten ab, welche Aufnahmepunkte und Polygonpunkte auch als Paßpunkte für die Aerotriangulation zu verwenden sind."

In Kenntnis der künftigen personellen Engpässe kommt es umso mehr darauf an, die Arbeitsplanungen frühzeitig aufeinander abzustimmen und die notwendigen Arbeiten im Interesse eines zeitgerechten Arbeitsablaufes mit entsprechender Priorität in die Pflichtenaufgaben der Vermessungs- und Katasterverwaltung einzustufen. Auf der Ebene der Ministerien besteht jedenfalls Einvernehmen, daß diesem Arbeitsbereich besondere Beachtung geschenkt werden soll, weil damit die Weichen für eine spätere effiziente Arbeitserledigung der Katastervermessungen gestellt werden.

4. Gebietsgrenze

Hier gibt es keine Neuregelung, trotzdem lassen Sie mich darauf hinweisen, daß im Sinne eines ökonomischen Personaleinsatzes stärker von Nr. 3.7.6 Gebrauch gemacht wird, bei Verfahren auf der Grundlage des Katasternachweises die Feststellung der Gebietsgrenze auf den für die Einschaltung neuer Grenzpunkte notwendigen Umfang zu beschränken (Zweitbereinigung).

Auch in den unter Randnummer 3.7.2 genannten Fällen muß erwartet werden können, daß die Katasterverwaltung ihren Verpflichtungen gerecht wird. Die Herstellung von Grenzen bei nicht einwandfreiem Katasternachweis ist eine fachliche Spezialaufgabe, die den Kulturämtern nicht zugemutet werden kann. Der Nachweis der rechtmäßigen Grenzen liegt auch im Interesse des Liegenschaftskatasters. Hier sind alle Möglichkeiten der Mithilfe bis hin zum Einsatz von ÖbVI durch die Katasterverwaltung zu prüfen und auszuschöpfen. Die Aufnahme von Grenzgewässern wird zweckmäßig mit der Neuvermessung des Flurbereinigungsgebietes verbunden. Hierbei sind durch die Katasterverwaltung allerdings die notwendigen Paßpunkte im Außenbereich für die spätere Fortführung der angrenzenden

Flächen festzulegen.

5. Bodenordnung auf der Grundlage des Katasternachweises

Die so unscheinbar knapp gefaßte neue Nr. 3.10.5 stellt eine Neuregelung dar, die den politischen Forderungen bei der Aufgabendefinition der Landeskulturverwaltung gerecht werden soll. Ich zitiere auch hier:

"In Gebieten mit nicht einwandfreiem Katasternachweis können ausnahmsweise unter Beibehaltung des Katasternachweises zur Erreichung der agrarpolitischen Ziele der EG-Agrarreform (z.B. Förderung umweltschonender Landwirtschaft, Aufforstung) notwendige Bodenordnungsmaßnahmen (beschleunigte Zusammenlegung, Freiwilliger Landtausch) durchgeführt werden, wenn sonst besondere Nachteile für die landwirtschaftlichen Betriebe zu erwarten wären.

Zur Erhaltung der Qualität des Katasternachweises sind rechtzeitig vor dem Besitzübergang die erforderlichen Maßnahmen zwischen dem Katasteramt und dem Kulturamt schriftlich zu vereinbaren."

Diese Formulierung ist dem ISM verständlicherweise nicht ganz leicht gefallen, läßt sie doch einen beachtlichen Ermessensspielraum für die Flurbereinigungsbehörde zu.

Es liegt nun an den Kulturämtern, in den Fällen einer dringenden Strukturhilfe schnellwirkende Maßnahmen anzubieten; d.h. mit dem geringsten Vermessungsaufwand größtmögliche betriebswirtschaftliche Lösungen zu finden.

Im Interesse eines geordneten Eigentumsnachweises sind durch die Katasterverwaltung oder in abgestimmter Arbeitsteilung die notwendigen Vermessungsarbeiten zur Sicherung des bestehenden Vermessungs- und Grenzpunktfeldes auszuführen, damit eine Katasterfortführung auch in diesen Gebieten künftig gewährleistet werden kann.

6. Vorgezogener Feldvergleich zur Aktualisierung des Nutzungsartnachweises

Diese Regelung stellt eine Festschreibung eines bereits praktizierten Verfahrens dar, für das es einer einheitlichen Handhabung bedurfte.

Die Zusammenarbeit in diesem Arbeitsabschnitt erfordert eine ständige Abstimmung. Die Schwierigkeit liegt wohl in der Wahl des geeigneten Zeitpunktes, wann die Unterlagen für den Feldvergleich an die Katasterverwaltung abgegeben werden. Ziel soll es sein, im Druck zum N2 der LKV (Nachweis zur Berichtigung der öffentlichen Bücher) die Schlüssel der aktuellen Nutzungsarten erfaßt zu haben, weil diese Daten neuerdings unmittelbar beim LRZ zur vorläufigen Übernahme durch die TS ALB bereitgestellt werden. Formal initiiert wird die vorzeitige Berichtigung des Liegenschaftsbuches durch das entsprechende Ersuchen des Kulturamtes gleichzeitig mit dem Ersuchen auf allgemeine Grundbuchberichtigung.

Einzelheiten der Verschlüsselung und des Verwaltungsvollzugs werden in Kürze durch ein gesonder-tes Rundschreiben zur Einführung der "RiNA" für die Kulturämter noch geregelt. Eine Änderung der Dateistruktur in den Beständen der Landeskulturverwaltung ist wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Bis zur Einführung des neuen Registerdatensystems REDAS durch die Landeskulturverwaltung werden die Nutzungsartschlüssel in der bisher gebräuchlichen sechsstelligen Form weitergeführt; die Umsetzung erfolgt solange durch die TS-ALB nach der Übernahme der Daten. Ebenso muß vorläufig auf die Darstellung der gesetzlichen Klassifizierung der Abschnitte der Bodenschätzung in den Dateien der LKV verzichtet werden.

7. Katasterberichtigungsunterlagen

Bezüglich der Unterlagen, die vom Kulturamt abzugeben sind, gibt es nur marginale Änderungen.

Geregelt wurde erstmals die Abgabe von Daten unmittelbar von der Lurest an die TS ALB bzw. an das LVA unter Randnummer 6.2.2. Für die interne Abstimmung Kulturamt/Lurest bedarf es noch kleinerer Ergänzungen der bestehenden Richtlinien "RegRi" und "RiPunkt".

8. Übereinstimmung zwischen Grundbuch und Kataster

Dies ist zwar nicht unmittelbar Gegenstand der ZusKatFlurb, allerdings möchte ich aus gegebenen Anlaß nochmals betonen, daß die gleichzeitige Berichtigung des Grundbuches und des ALB in Nr. 6.6.2 mit diesem Hintergrund so festgeschrieben ist.

Es dürfen nicht organisatorische Probleme (Wer macht es? Verwaltungsbüro/Vermessungsbüro) angeführt werden, warum es angeblich nicht gehen soll.

Es ist wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit, die Rechtssicherheit im Grundstücksverkehr und die Ansprüche der Nutzer der beiden öffentlichen Bücher jederzeit zu gewährleisten. Dies setzt unabdingbar voraus, daß der Inhalt der beiden Bücher stets auf dem gleichen Stand zu halten ist, auch in laufenden Bodenordnungsverfahren der Landeskulturverwaltung. Die beste Gewähr ist eine möglichst frühzeitige allgemeine Grundbuchberichtigung mit zeitgleicher Katasterbuchberichtigung und gleichzeitige Mitteilung aller nachträglichen Änderungen des Kulturamtes.

9. Schlußbemerkungen

Wir haben versucht, die Schnittstellen der Kulturämter als Vermessungsstellen und den Ämtern der Vermessungs- und Katasterverwaltung so zu organisieren, daß genügend Spielraum für einvernehmliche Lösungen vorhanden ist, andererseits sind notwendige Klarstellungen in den Zuständigkeiten geschaffen worden.

Wenn die Umsetzung vor Ort von dem gleichen guten partnerschaftlichen Geist getragen wird, wie dieser bei den Verhandlungen zwischen den beiden Ministerien vorhanden war, sollte damit fruchtbare Arbeit im Interesse unserer Bürger möglich sein.

Bodenordnung zum Vollzug der Dorfentwicklung*)

Regierungsdirektor Paul Frowein, Simmern

Die Bodenordnung in der Ortslage ist für die Landeskulturverwaltung keine neue Aufgabe, denn insbesondere in den ehemals preußischen Landesteilen war es von jeher schon üblich, die Ortslagen in die integrale Bodenordnung der Gemarkung mit einzubeziehen.

In den südlichen Landesteilen blieben bis Ende der Sechzigerjahre oft die Ortslagen einschließlich dem zeitnahen Bauerwartungsland ausgeschlossen.

Als mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm ab 1977 die ersten Möglichkeiten zur Förderung von Dorferneuerungsmaßnahmen geschaffen wurden, stellte sich schon bald heraus, daß ein Großteil der

*) Vortrag bei der Fortbildungstagung vom 26. und 27. Mai 1994 in Emmelshausen

gemeindlichen Maßnahmen ohne Bodenordnung nicht zu realisieren war.

Der Gesetzgeber hat zwar bei der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes 1976 die Förderung der Landentwicklung als eigenständigen Grund für die Einleitung eines Flurbereinigungsverfahrens eingeführt und damit die Voraussetzung für die Einleitung einer auf die Ortslage bezogenen Flurbereinigung geschaffen, die Frage der Finanzierung war aber noch bis zur VV zur Förderung von Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG vom 20. März 1987 nicht eindeutig geregelt. Das Flurbereinigungsgesetz kennt bis heute nicht den Begriff der Dorfflurbereinigung.

Die Kulturämter haben dennoch den Auftrag des Gesetzgebers, "die Landentwicklung" durch Bodenordnungsmaßnahmen zu unterstützen, angenommen und nur auf die Ortslage begrenzte Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz eingeleitet. Mittlerweile hat jedes Amt seine positiven und negativen Erfahrungen gesammelt. Eine Arbeitsgruppe, der ich selbst angehöre, hat den Auftrag erhalten, geeignete Verfahrensarten für die Bodenordnung zur Unterstützung der Dorferneuerungs- und Entwicklungsplanung zu bestimmen und Beschleunigungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das Ergebnis wird die Arbeitsgruppe in diesem Monat dem Ministerium vorlegen. Der heutige Vortrag geht auf die Erkenntnisse der Gruppe ein.

Die Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe haben gezeigt, daß verschiedene Wege nach Rom führen. Wir haben uns bemüht, Wege zu zeigen, die zur Beschleunigung und Vereinfachung der Bodenordnung in der Ortslage beitragen können, um eine zeitnahe bodenordnerische Unterstützung der gemeindlichen Dorferneuerungs bzw. Dorfentwicklungsmaßnahmen sicherzustellen.

Als gesetzliche Grundlagen zur Bodenordnung im Zusammenhang mit der gemeindlichen Dorferneuerungs- und Entwicklungsplanung stehen das Baugesetzbuch mit der Baulandumlegung und der Grenzregelung und das Flurbereinigungsgesetz mit den einzelnen Verfahren vom freiwilligen Landtausch bis zur klassischen Flurbereinigung nach §§ 1 und 37 zur Verfügung.

Welche Verfahrensart zweckmäßig ist, hängt von dem Regelungsbedarf in der jeweiligen Gemeinde ab. Die Planungshoheit der Gemeinde wird durch die Bodenordnung nicht eingeschränkt. Ihr werden aber Möglichkeiten zur kostengünstigen Umsetzung eröffnet. Die VV zur Förderung der Dorferneuerung (VV-Dorf) vom 23. März 1993 erteilt unter der Nummer 4.2 dem Kulturamt einen Beratungsauftrag im Hinblick auf Bodenordnungs- und Siedlungsmaßnahmen bei der Aufstellung und Fortschreibung des gemeindlichen Dorferneuerungs-/Dorfentwicklungskonzeptes. Da die Konzepte, insbesondere in den Gemeinden, die als Investitions- und Maßnahmenschwerpunkt nach Nr. 2.2 VV-Dorf anerkannt sind, Prioritäten und Realisierungszeiträume erhalten, ist es wichtig, das Bodenordnungsverfahren zu wählen, das zeitnah zum gewünschten Erfolg führen kann.

1. Welche Verfahrensart ist zur Bodenordnung in der Ortslage geeignet?

Grundsätzlich stehen in der Ortslage alle Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Baugesetzbuch zur Verfügung. Das Flurbereinigungsgesetz ist für die Bodenordnung in der Ortslage eine gute Gesetzesgrundlage, weil es als bei den Grenzregulierungsarbeiten nicht die Herstellung der alten Grenzen nach dem Katasternachweis erforderlich macht. Die Grenzen der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz werden aber bei der Frage der Landbereitstellung für öffentliche Maßnahmen sehr schnell erkennbar. Nach § 40 FlurbG kann für öffentliche Zwecke Land in verhältnismäßig geringem Umfang bereitgestellt werden. Die Rechtsprechung hat in der Vergangenheit einen Landabzug von 1,5 % für öffentliche Zwecke als zulässig im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums als Gegenleistung für den allgemeinen Vorteil, den der Teilnehmer aus der Flurbereinigung erzielt, anerkannt. Erschwerend kommt in der Ortslage noch der Schutz des § 45 FlurbG für Hofraum und sonstige privilegierte Flächen hinzu.

Die beiden Verfahren nach dem Baugesetzbuch bieten hierbei zwar größere Zugriffsmöglichkeiten, sie sind aber streng an die jeweilige Zielsetzung (§ 45 bzw. § 80 BauGB) gebunden, so daß die flächendeckende Neuordnung und die umfassende Katastererneuerung, die für weitere gemeindlichen Planungen von besonderer Bedeutung sind, nicht ermöglicht werden.

Die Richtlinien für die Bodenordnung nach dem Baugesetzbuch (RiBodO) werden derzeit vom Innenministerium neu bearbeitet und in absehbarer Zeit veröffentlicht, so daß ich hier auf diese Verfahren nur am Rande eingehen möchte.

Das Flurbereinigungsgesetz schließt bei keiner Verfahrensart die Bearbeitung von Ortslagenbereichen aus; von der Zielsetzung her sind aber nicht alle gleich gut geeignet.

2. Weniger geeignete Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz

Unter dem wichtigen Gesichtspunkt der Flächenbereitstellung für öffentliche Zwecke stehen als Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz die Flurbereinigung nach §§ 1 und 37, das vereinfachte Verfahren nach § 86 (1) und die Zweckflurbereinigung nach § 87 zur Verfügung. Die Verfahren nach §§ 86 (3) und 91 FlurbG haben ausschließlich die stärkere Zusammenlegung der Grundstücke zum Ziel. Eine Landbereitstellung nach § 40 FlurbG ist nicht zulässig.

Das vereinfachte Verfahren nach § 86 (1) FlurbG u.a. mit den Zielsetzungen "...Durchführung ... von städtebaulichen Maßnahmen...oder ... Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes..." erscheint geeignet. Es setzt aber voraus, daß der Unternehmensträger das erforderliche Land in das Verfahren einbringt, so daß auch hier eine Landbereitstellung nach § 40 FlurbG auszuschließen ist. Außerdem ist der Träger der Maßnahmen zu den Verfahrenskosten heranzuziehen.

Die Zweckflurbereinigung nach § 87 FlurbG ist in Verbindung mit § 190 BauGB auch aus Anlaß städtebaulicher Maßnahmen möglich. In der Ortslage wird diese Verfahrensart aber höchst selten Anwendung finden, da für Dorferneuerungsmaßnahmen in der Regel ländliche Grundstücke in großem Umfang nicht in Anspruch genommen werden, innerhalb der Ortslage die Verteilung des Landverlustes auf einen größeren Kreis von Eigentümern nicht möglich ist und Nachteile für die allgemeine Landeskultur im bebauten Bereich nicht entstehen. Denkbar wäre ein Verfahren dieser Art im Ortsrandbereich im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen.

3. Geeignete Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz

3.1 Freiwilliger Landtausch nach § 103 a FlurbG

Der freiwillige Landtausch nach § 103 a FlurbG soll nach der gesetzlichen Zweckbestimmung wie das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren nur der Verbesserung der Agrarstruktur durch Zusammenlegung ländlicher Grundstücke dienen. Die Zusammenlegung darf auch aus Gründen des Naturschutzes und der Landespflge erfolgen.

Die breite Anwendung des freiwilligen Landtausches, insbesondere auch im Ortslagenbereich, wird durch das Landtausch- und Pachtförderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft - VV vom 12. Mai 1992 - in unserem Bundesland ermöglicht. Danach umfaßt der freiwillige Landtausch alle Maßnahmen, die den ländlichen Raum neu ordnen und gestalten. Expressis verbis werden Dorferneuerung und Grenzregelung zur Herbeiführung einer ordnungsgemäßen Bebauung oder zur Beseitigung baurechtswidriger Umstände in ländlichen Gemeinden als Gründe genannt.

Allerdings ist darauf zu achten, daß die Förderung des freiwilligen Landtausches von Ausnahmefällen abgesehen im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nicht möglich ist. Auch die Finanzierung der Folgemaßnahmen und Helfervergütung - sprich Ausführungskosten - aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe sind nicht ganz eindeutig geregelt, da der bundesweit geltende Rahmenplan zum Gemeinschaftsaufgabengesetz nur die zuvor genannte gesetzliche Zweckbestimmung nach § 103 a FlurbG beinhaltet und die Aufgabenerweiterung lediglich in einer Landesvorschrift geregelt ist.

Der große Vorteil des Landtausches ist die schnelle Realisierung kleinerer Bodenordnungsmaßnahmen. Die Zustimmung der Betroffenen ist jedoch erforderlich, wodurch der Handlungsrahmen wieder erheblich eingengt ist.

3.2 Flurbereinigung nach §§ 1 und 37 FlurbG

Die Bodenordnung im Vollzug der Dorferneuerung und -entwicklung erfordert wegen der Landbereitstellung für öffentliche Zwecke den umfassenden Handlungsrahmen der Regelflurbereinigung nach §§ 1 und 37 FlurbG. Dabei ist bei Ausschöpfung aller im Ortslagenbereich gegenüber der Feldlage möglichen Vereinfachungen eine zeitgerechte Begleitung der Dorferneuerung möglich.

4. Vereinfachungs- und Beschleunigungsmöglichkeiten in einer Dorfflurbereinigung

4.1 Verfahrensvorbereitung

Für die Dorfflurbereinigung ist eine agrarstrukturelle Vorplanung nicht erforderlich. Um den bodenordnerischen Regelungsbedarf im Zusammenhang mit dem Dorferneuerungs-/Dorferneuerungskonzept zu beurteilen und den zeitnahen Vollzug der Bodenordnung sicherzustellen, ist ein einfaches Bodenordnungskonzept mit der Gemeinde zu erarbeiten. Dieses Konzept kann Aufschluß darüber geben, ob und wo eine umfassende Bodenordnung nach §§ 1 und 37 FlurbG erforderlich ist, wo einfache Verfahren, wie die Grenzregelung oder der freiwillige Landtausch ausreichend und wo wegen umfangreicher Landbereitstellung sogar eine Baulandumlegung zweckmäßig ist. Aufgrund dieser Überlegungen kann die Gemeinde dem Kulturrat die Grenzregelungs- und Umlegungsbefugnis nach § 46 (4) BauGB übertragen.

Um die zeitgerechte Bearbeitung der Bodenordnung zu gewährleisten, kann auch eine projektweise Bearbeitung der Ortslage untersucht werden.

Im Bodenordnungskonzept ist auch eine Aussage darüber zu treffen, wie das Baurecht für die einzelnen Maßnahmen erreicht werden soll (Bebauungsplan, Einzelgenehmigung, Plan nach § 41 FlurbG).

Es ist sinnvoll, über das Bodenordnungskonzept einen Gemeinderatsbeschluß herbeizuführen. Dadurch werden klare Voraussetzungen für die Bearbeitung der Bodenordnung geschaffen.

Da die Gemeinden bei der Aufstellung ihrer Bauleitplanung und Dorferneuerungskonzeption die Träger öffentlicher Belange beteiligen, werden bei der Anhörung nach § 5 FlurbG nur in Ausnahmefällen neue Planungsabsichten vorgebracht. Soweit neue Planungen angezeigt werden, kann es sinnvoll sein, die Abstimmung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes in einem Termin unmittelbar nach der schriftlichen Anhörung nach § 5 FlurbG durchzuführen. Der spätere Termin nach § 38 FlurbG kann dann meist entfallen, insbesondere dann, wenn ein Plan nach § 41 FlurbG nicht erforderlich wird. Die frühe Abstimmung ist im Dorfflurbereinigungsverfahren besonders wichtig, weil die örtlichen Regulierungsarbeiten unmittelbar nach der Einleitung beginnen können.

4.2 Wertermittlung

Das Verfahrensgebiet der Dorfflurbereinigung ist oft auf den Ortskern (Ortslage ohne Neubaugebiete) und die unmittelbar angrenzenden Nutzflächen (Gärten und Bauerwartungsland) begrenzt. Die Wertermittlung hat auch in der Dorfflurbereinigung nach den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 27 ff FlurbG zu erfolgen. Danach sind für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke der Ertragswert und für Bauflächen und Bauland der Verkehrswert zu bestimmen.

4.3 Bewertung von Bauflächen und Bauland

Soweit der Verkehrswert die Grundlage für die wertgleiche Abfindung bildet, können für den Wert des Grund und Bodens die Richtwerte des Gutachterausschusses herangezogen werden. Flächendeckende Verkehrswertgutachten sind nicht erforderlich, da in der Regel bei den Regulierungsarbeiten nur unbebaute Teilflächen den Eigentümer wechseln, deren Wert über die Richtwerte genau genug bestimmt werden kann.

Grundlage für die Abgrenzung der einzelnen Baulandqualitäten vom Bauerwartungsland über Rohbauland bis zum baureifen bzw. bebauten Land bildet die Bauleitplanung der Gemeinde (Bebauungspläne, Ortsabrundungssatzung, Flächennutzungsplan sowie erklärte Planungsabsichten). Die Abgrenzung der Wertzonen ist mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft, der Gemeinde/Verbandsgemeinde und der Kreisverwaltung abzustimmen, um insbesondere im Bauerwartungsland eine klare Grundlage für die Abfindungsgestaltung zu haben.

Das Bewertungsgeschäft kann von der Flurbereinigungsbehörde selbst, ggf. unter Beteiligung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, vorgenommen werden.

Die Festlegung der Werte sollte frühzeitig angegangen werden, um den Teilnehmern bei den Regulierungsarbeiten Auskunft über die Geldausgleiche für eventuelle Mehr- oder Minderausweisungen geben zu können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Abstimmung mit der Gemeinde über den Wert der privaten Straßenflächen, die im Verfahren auf die Kommune übertragen werden sollen.

4.4 Bewertung der landwirtschaftlich genutzten Flächen

Da in der Dorfflurbereinigung bei den landwirtschaftlichen Flächen wegen der Ortsnähe und der Sondernutzung (Obst-, Gartenbau, Siloanlagen, Hofanschlußweiden usw.) größere Verlegungen selten sind und die Neuordnung sich im wesentlichen auf die zweckmäßige Gestaltung und Erschließung der Flächen in alter oder vergleichbarer Lage des Altbesitzes beschränkt, können in der Regel die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung herangezogen werden. Erfahrungsgemäß findet im Ortsrandbereich eine Abfindung nach Fläche eine größere Akzeptanz bei den Teilnehmern, so daß eine großzügige Abgrenzung der Flächen gleicher Wertklasse sinnvoll ist.

4.5 Bekanntgabe der Wertermittlung

Die Ergebnisse der Wertermittlung sind den Beteiligten vor Beginn des abschließenden Planwunschtermines offenzulegen. So können Einwendungen gegen die Wertermittlung im Planwunsch besprochen werden. Zwar ist im Verfahren nach §§ 1 und 37 FlurbG die Feststellung der Wertermittlung vor dem Flurbereinigungsplan vorgesehen. Die besondere Situation in der Dorfflurbereinigung läßt nach meiner Auffassung aber auch eine Feststellung im Flurbereinigungsplan ähnlich dem Verfahren nach § 86 FlurbG zu. Denn in der Dorfflurbereinigung findet meist kein Vorwegausbau statt, so daß eine Beweissicherung für die Wertigkeit im alten Zustand nicht erforderlich ist. Außerdem werden im Anhörungstermin nach § 59 FlurbG oft Widersprüche und Anträge vorgebracht, die sich auf Neumessungsdifferenzen beziehen und dann trotz Feststellung der Wertermittlung eine Überprüfung des Alten Bestandes erforderlich machen. Das wesentliche Argument für eine späte Feststellung ist der Eintritt des neuen Rechtszustandes als Zeitpunkt der Wertgleichheit. Trotz Feststellung der Wertermittlung ist die Flurbereinigungsbehörde verpflichtet, zumindest zum Zeitpunkt der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes nochmals die Verkehrswerte zu überprüfen, um die wertgleiche Abfindung nach behördlichem Ermessen sicherzustellen.

4.6 Plan nach § 41 FlurbG

Die Dorfflurbereinigung unterstützt die Dorferneuerung/Dorfentwicklung. Die Planungshoheit der Gemeinde erstreckt sich zwar auf die gesamte Gemarkung, aber in der Ortslage ist der Planungswille der Gemeinde in besonderem Maße vorhanden. Die gemeinschaftlichen Maßnahmen sind dort nicht selten auch gemeindliche, so daß es sinnvoll ist, die im Flurbereinigungsverfahren erforderlich werden den gemeinschaftlichen Anlagen in die Bauleitplanung der Gemeinde zu integrieren und so das Baurecht zu schaffen. Zusätzliche Maßnahmen können auch über Einzelgenehmigungen realisiert werden. Der Plan nach § 41 dürfte bei intensiver Zusammenarbeit mit der Gemeinde im Vorfeld des Verfahrens entfallen können, was zu einer wesentlichen Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens führt. Wenn Einzelgenehmigungen angestrebt werden, sind die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig der genehmigende Stelle zuzuleiten, um Verzögerungen zu vermeiden.

Wenn das Baurecht nach § 41 FlurbG zu schaffen ist, sollte immer auf eine Plangenehmigung nach Absatz 4 Satz 1 hingewirkt werden.

4.7 Regulierung und Aufmessung

Die Ortsregulierung und Aufmessung stellt kostenmäßig und bearbeitungstechnisch die Hauptbelastung in der Dorfflurbereinigung dar. Hier gilt es insbesondere Überlegungen zur Rationalisierung anzustellen.

Mit dem zuständigen Katasteramt sind frühzeitig, in der Regel schon vor Verfahrensbeginn, die Abstimmungen nach Nrn. 3.6 und 4.1 der VV ZusKatFlurb vom 25.1.1994 bezüglich der Eignung bzw. Erneuerung des Vermessungspunktfeldes und der Übernahme von Vermessungsarbeiten herbeizuführen.

Wichtig ist ebenfalls die häusliche Vorbereitung der Regulierungsarbeiten in Form eines Regulierungskonzeptes, d. h. einer Zusammenstellung der für die örtlichen Arbeiten erforderlichen Daten, die auch Überlegungen über Reihenfolge und zeitlichen Ablauf der Arbeiten vor Ort und konkrete Regulierungsvorschläge, soweit solche in häuslicher Vorbereitung aufgrund von Bodenordnungskonzept, Luftbild, Katasterkarte und Planungsunterlagen erarbeitet werden können, enthalten soll. Grundlage bildet eine Vergrößerung der Katasterkarte im geeigneten Maßstab, in der auch die Besitzstände und flächenbezogene Rechte eingetragen werden. Eine Übernahme der tatsächlich vorhandenen Gebäudesubstanz aus dem aktuellen Luftbild ist für die Grenzregulierung, die Gebäudeeinmessung und die Erstellung der Versteinerungskarte sinnvoll.

Die Teilnehmer sind vor Beginn der Regulierungsarbeiten über Beginn und Ablauf der Arbeiten am Grundstück zu informieren (Informationsveranstaltung, öffentliche Bekanntmachung, Rundschreiben), um den Zugang zu den Grundstücken zu erleichtern und die Verhandlungen vor Ort vorzubereiten.

Die Planwunschverhandlung sollte nach Möglichkeit unmittelbar vor Ort im Zuge der Regulierungsarbeiten geführt werden. Erfahrungsgemäß identifizieren sich die Nachbarn dadurch am schnellsten mit der neuen Grenze, wodurch auch Widersprüche gegen den Flurbereinigungsplan und damit verbundene Neuvermarkungen und Nachmessungen minimiert werden. In der Verhandlungsniederschrift ist neben der Anerkennung der neuen Grenzen auch auf die Höhe des Geldausgleiches pro m² bei Zu- und Abschnitten, auf bereits erkannte Neumessungsdifferenzen, auf die Aufhebung oder Begründung von Rechten und Baulasten und sonstige künftige Regelungen des Flurbereinigungsplanes einzugehen.

Zum eigentlichen abschließenden Planwuschtermin sind dann nur noch die Teilnehmer zu laden, die noch keinen Planwunsch geäußert haben oder bei denen die Neuvermessung wesentliche Abweichungen gegenüber dem Verhandlungsergebnis vor Ort geführt hat. Außerdem können gegen die Wertermittlung vorgebrachte Bedenken besprochen werden.

Hauptkostenfaktor bei den Ausführungskosten sind die Meßgehilfenlöhne. Es ist deshalb unbedingt darauf zu achten, daß die Meßgehilfen rationell und zweckmäßig eingesetzt werden. In schwierigen Fällen kann der Sachgebietsleiter Planung und Vermessung die Grenzverhandlungen alleine führen, die vereinbarten Grenzen markieren und die Abmarkung später veranlassen. Leider stehen die kostengünstigen Abverdiener nur noch selten zur Verfügung. Ihre Ortskenntnis kann oft hilfreich sein.

Bei der Regulierung, spätestens bei der Aufmessung, sind alle erforderlichen Maße für die Katasterberichtigung (Gebäudeumringe, Mauerstärken, Grenzabstände usw.) zu bestimmen und in die Versteinerungskarte einzutragen, um kostenintensive Nachmessungen zu vermeiden.

Die Regulierungsarbeiten laufen in der Regel blockweise in der Reihenfolge der Dorferneuerungsmaßnahmen. Wenn die Aufmessung nicht vergeben werden soll, ist es sinnvoll, diese zeitnah im Anschluß an die Regulierung ebenfalls auf Teilgebiete begrenzt durchzuführen, um das aufwendige Aufsuchen der Grenzmarken und die mehrmalige Freistellung der Sichten zu vermeiden.

4.8 Planvorlage

Ein Großteil der Teilnehmer an einem Dorfflurbereinigungsverfahren ist außerorts berufstätig und muß deshalb zur Wahrnehmung von Terminen Urlaub nehmen. Die Auszüge aus dem Flurbereinigungsplan sollen deshalb eindeutig und klar formuliert sein, um schriftliche Widersprüche aufgrund von Mißverständnissen zu vermeiden. Auch ein Merkblatt über die Kostenregelung ist zur Vermeidung von verspäteten Widersprüchen gegen den Flurbereinigungsplan sinnvoll.

4.9 Besitzeinweisung und Ausführungsanordnung

Im Hinblick auf die flächenbezogenen Abgaben, Steuern und Gebühren ist der Jahreswechsel als Zeitpunkt für die Ausführungsanordnung besonders geeignet. Für Gartengelände und sonstige landwirtschaftlich genutzte Flächen kann auch eine auf die Bewirtschaftung bezogene Teilbesitzeinweisung nach § 65 FlurbG erforderlich sein.

4.10 Berichtigung der öffentlichen Bücher

Grundbuch- und Katasterbuchberichtigung sind wegen des in Dorfflurbereinigungen starken Grundstücksverkehrs unverzüglich nach der Ausführungsanordnung zu veranlassen. So ist auch sichergestellt, daß die Grundbuchberichtigung rechtzeitig zur Schlußfeststellung vollzogen ist.

5. Möglichkeiten zur zeitgerechten Bodenordnung für einzelne Maßnahmen der Dorferneuerung

Zur zeitgerechten Durchführung der Bodenordnung entsprechend den Vorgaben des Bodenordnungskonzeptes kann es sinnvoll sein, die Dorfflurbereinigung in Teilprojekten ähnlich der Weinbergflurbereinigung durchzuführen. Die Grenzerstellung ist nur für die Außengrenze in vollem Umfange erforderlich. Die Grenzen zwischen den einzelnen Projekten können durch Sonderungen über vorhandene Vermessungs- und Grenzpunkte im Straßenbereich so gewählt werden, daß sich die Vermessungsarbeiten auf ein Minimum reduzieren werden. Die gesonderten Straßenflurstücke werden im anschließenden Projekt wieder verschmolzen. Mit der Projektbearbeitung lassen sich einzelne Teilbereiche der Ortslage vorzeitig in den neuen Rechtszustand bringen. Das Gesamtverfahren wird durch die zusätzlichen Arbeiten und Verwaltungsakte (Teilungsbeschlüsse, mehrere Flurbereinigungspläne, Ausführungsanordnungen, Schlußfeststellungen, getrennte Kassenführung usw.) belastet. Neben der Vereinfachung der Verfahrensschritte und der Aufteilung in Einzelprojekte bietet die Dorfflurbereinigung auch Beschleunigungsmöglichkeiten für einzelne private oder öffentliche Maßnahmen. Die einfachsten Regelungen sind die Planvereinbarung nach § 99 FlurbG, die nach der Rechtsprechung auch im Flurbereinigungsverfahren zulässig ist, und die Verzichtserklärung nach § 52 i.V. m. § 54 FlurbG mit sofortigem Nutzungsübergang.

Auch ein Landtauschverfahren innerhalb des Flurbereinigungsgebietes ist möglich. Dabei genügt ein den Tauschpartnern bekanntzugebener Beschluß ohne öffentliche Bekanntmachung, da die Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte bereits im Flurbereinigungsverfahren erfolgt ist. In Anlehnung an § 103 i FlurbG halte ich den vorübergehenden Ausschluß der Tauschgrundstücke aus dem Flurbereinigungsverfahren für nicht erforderlich, wenn z. B. aus vermessungstechnischen Gründen der Verbleib im Verfahren erforderlich ist. Durch Sonderungen im alten Bestand nach Nr. 17.2.3 RiKaV i.V.m.Nr. 3.8.2 VVZusKatFlurb können auch Teilflächen ohne Teilungsvermessung im Grundbuch umgeschrieben und z. B. bei Baukreditaufnahme als Sicherheit dienen.

Auch über vorübergehende Eintragung einer Baulast können Baumaßnahmen im Vorgriff auf die endgültige Regelung im Flurbereinigungsplan verwirklicht werden.

Manchmal stellen sich auch während des Verfahrens unvermutet Probleme bei der Landbereitstellung an bestimmter Stelle ein. Dann ist unverzüglich zu prüfen, ob ein Verfahren nach Baugesetzbuch

weiterhelfen kann. Oft genügt bei dem Teilnehmer aber schon der Hinweis auf diese Möglichkeit, um sinnvolle Lösungsmöglichkeiten zu finden.

6. Vergabemöglichkeiten

Da die zeitgerechte Durchführung der Bodenordnung an personellen Engpässen beim Kulturamt scheitern kann, sind die Möglichkeiten der Vergabe und der Übertragung von Aufgaben an andere Stellen stets zu prüfen. In Frage kommen alle Vermessungsarbeiten, wobei die Mithilfe des Katasteramtes vereinbart werden kann und die Vergabe an einen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur möglich ist. Bei der Vergabe der Neuvermessung an einen ÖbVI kann die gleichzeitige Erstellung der Neuvermessungsrisse ins Auge gefaßt werden.

7. Zusammenfassung

Für eine umfassende Bodenordnung in der Ortslage bietet sich in erster Linie das Flurbereinigungsverfahren nach §§ 1 und 37 FlurbG wegen seines breiten Handlungsrahmens an. Das Verfahren bietet wegen der Besonderheiten in der Ortslage verschiedene Beschleunigungsmöglichkeiten bei der Verfahrensdurchführung selbst (z. B. Wertermittlung, Plan nach § 41 FlurbG usw.). Die Maßnahmen zur vorzeitigen Neuordnung einzelner Teilbereiche beschleunigen den Vollzug der Dorferneuerung/Dorfentwicklung, das Verfahren wird aber insgesamt arbeitsintensiver.

Bei kleineren Bodenordnungsmaßnahmen, insbesondere in erstbereinigten Ortslagen mit einwandfreiem Katasternachweis, genügen oft die einfachen Bodenordnungsverfahren wie der freiwillige Landtausch und die Grenzregelung.

Meine Ausführungen sollen nur Denkanstöße liefern. Jeder ist aufgefordert, nach weitere Vereinfachungen und Verbesserungen für den konkreten Einzelfall zu suchen.

Ansätze für die Vereinfachung und Beschleunigung der Bodenordnungsverfahren; Beispiele aus der Westpfalz*)

Vermessungsdirektor Bernd Scholz, Kaiserslautern

Im ersten Teil meines Referates werde ich einige Einzelheiten zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zusammenlegungsverfahren nach § 91 des Flurbereinigungsgesetzes vortragen. Dabei werden mit Beispielen aus der Praxis Ausführungen, welche ich im Abschlußbericht der Arbeitsgruppe "Schnellwirkende Bodenordnungsmaßnahmen" zu diesem Themenkomplex gemacht habe, belegt.

Daran anschließend im zweiten Teil will ich aufzeigen, wie wir durch gezielte Arbeitsplanung und Kontrolle Bodenordnungsverfahren mit Neuvermessung im Ablauf optimieren.

1. Zusammenlegungsverfahren Schrollbach

Das im Landkreis Kaiserslautern in Bearbeitung befindliche Zusammenlegungsverfahren Schrollbach

*) Referat anlässlich der Tagung des höheren Dienstes der Landeskulturverwaltung am 26. und 27. Mai 1994 in Emmelshausen

strukturelle Vorplanung wurde die Zusammenlegung im Jahre 1992 als Schnellwirkende Bodenordnungsmaßnahme angeordnet. Wie in ca. 90% aller Bodenordnungsverfahren in der Westpfalz handelt es sich auch hier in Schrollbach um eine Erstbereinigung. Von seiten des Katasteramtes wurde die Qualität der Stückvermessung als einwandfrei beurteilt und die Übereinstimmung zwischen Örtlichkeit und Liegenschaftskataster als befriedigend bezeichnet.

Die konkrete Bearbeitung der Bodenordnung wurde im Jahre 1993 aufgenommen. In diesem Jahr erfolgen Planvorlagen und Besitzübergang. Dieses Verfahren weist zwar bodenordnerisch keine Besonderheiten auf, aber ich will zwei Aussagen des vorgenannten Berichtes durch die Praxis dieser Verfahrensbearbeitung belegen.

1.1 Kartenunterlagen

Das aufwendige Herstellen von Karten sollte soweit wie möglich eingeschränkt werden. Wir weisen deshalb die Ergebnisse der Bodenordnung in einer Übersichts- und Zuteilungskarte nach. Diese Karte wird als Bestandteil in den Zusammenlegungsplan aufgenommen. Auf die gesonderte Herstellung von Zuteilungskarten wird verzichtet.

Die Übersichts- und Zuteilungskarte wird sukzessive im Ablauf des Zusammenlegungsverfahrens entwickelt. Kartengrundlage ist die Flurkarte des alten Bestandes in der Pfalz im Maßstab 1 : 2 500. Sie wird ergänzt hinsichtlich der Nutzungsarten. Die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen werden farblich dargestellt. Die Eigentumsverhältnisse werden durch Eintragung der Ordnungsnummern kenntlich gemacht.

Die Übersichts- und Zuteilungskarte ist Planungsunterlage für den Planwunschtermin und die Projektbearbeitung. Im Endprodukt werden in rot die Ergebnisse der Bodenordnung, nämlich die neuen Flurstücke sowie die Dienstbarkeitswege und sonstigen relevanten Regelungen, eingearbeitet. Die Karte wird Bestandteil des Zusammenlegungsplanes und damit amtlicher Nachweis des neuen Bestandes der Zusammenlegung.

1.2 Vermessungstechnische Betrachtungen:

In dem Zusammenlegungsverfahren werden keine örtlichen Vermessungen durchgeführt!

Das in der Talaue verlaufende Hauptgewässer durchschneidet die kleinparzellierten Eigentumsflächen (Abb. 1). Eine sinnvolle Bodenordnung erscheint mit dieser Flurstücksstruktur nicht möglich. Die Flurstücke werden deshalb im alten Bestand gesondert und als "blaue Sonderungen" in das Zusammenlegungsverfahren eingeführt.

Die Teilflächen der Flurstücke erhalten eine eigene Flurstücksnummer (Abb. 2). Es erfolgt eine graphische Flächenberechnung unter Abgleich auf die Sollfläche. Die Sonderungsergebnisse, d.h. neue Flurstücksnummer und Fläche, werden in das Blockverzeichnis eingearbeitet. Die Neuordnung des Grundeigentums kann nunmehr auf der Grundlage der zerlegten Flurstücke erfolgen. Diese Sonderungen werden im alten Bestand nicht grundbuch- und katastermäßig vollzogen; sie werden lediglich intern in den Verfahrensunterlagen geführt.

2. Zusammenlegungsverfahren Mittelbrunn

Das Zusammenlegungsverfahren Mittelbrunn im Landkreis Kaiserslautern wurde als Zweitbereinigung im Jahre 1993 angeordnet (Abb.3). Verfahrensziel ist die betriebsbezogene Arrondierung von Grünlandflächen. Die Bodenordnungsergebnisse der im Jahre 1961 in Besitz eingewiesenen klassischen Flurbereinigung sind an den zwischenzeitlich erfolgten Strukturwandel in der Landwirtschaft anzupassen. In Mittelbrunn waren 1960 noch 19 Haupterwerbsbetriebe und 17 im Nebenerwerb bewirtschaftete Betriebe vorhanden. Heute sind 10 Haupterwerbsbetriebe verblieben, welche auch Verschlußbrennereien betreiben. Im Nebenerwerb werden keine Betriebe mehr geführt.

Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von 270 ha. Es wurde hinsichtlich seiner Abgrenzung

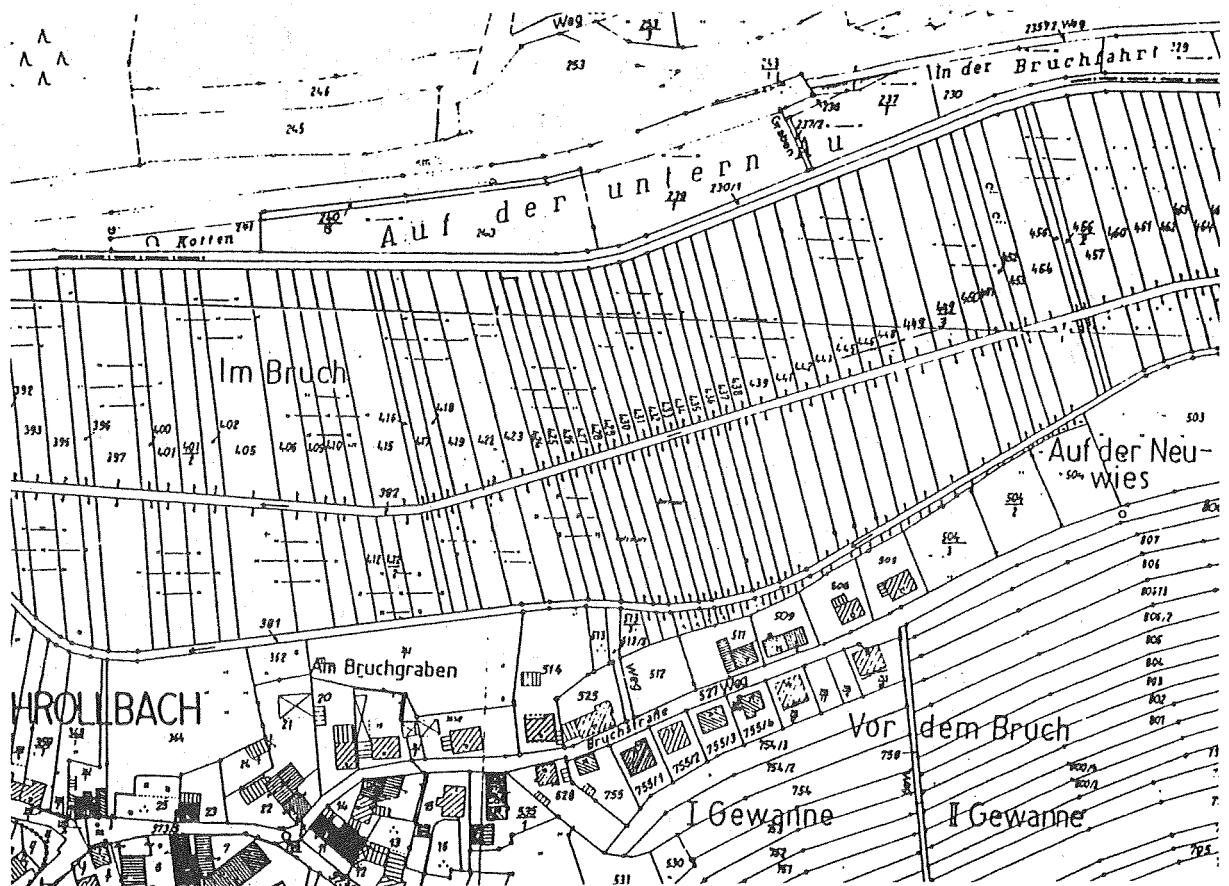


Abb. 1: Auszug aus der Gebietskarte der Zusammenlegung Schrollbach, Talaue Moorbach

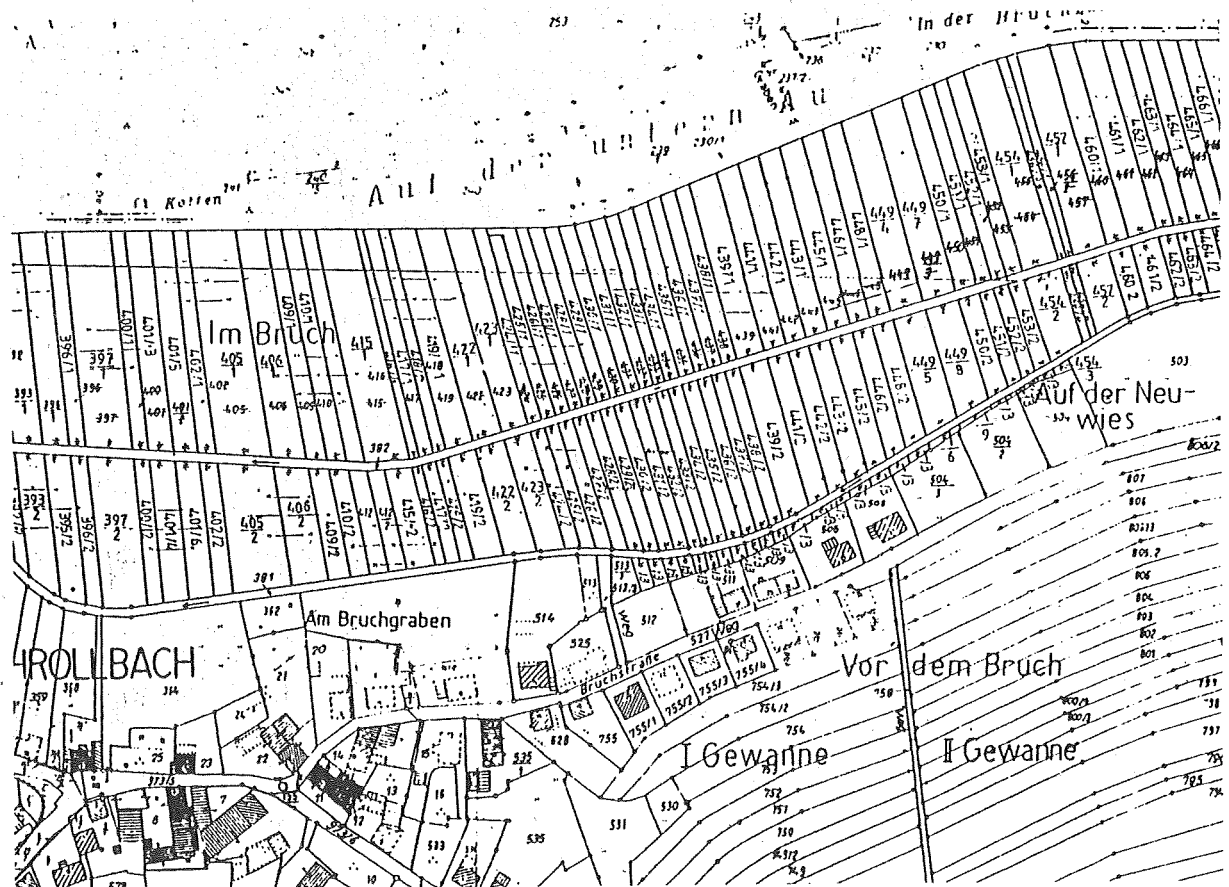


Abb. 2: Auszug aus der Gebietskarte der Zusammenlegung Schrollbach mit Darstellung der "blauen Sonderungen"

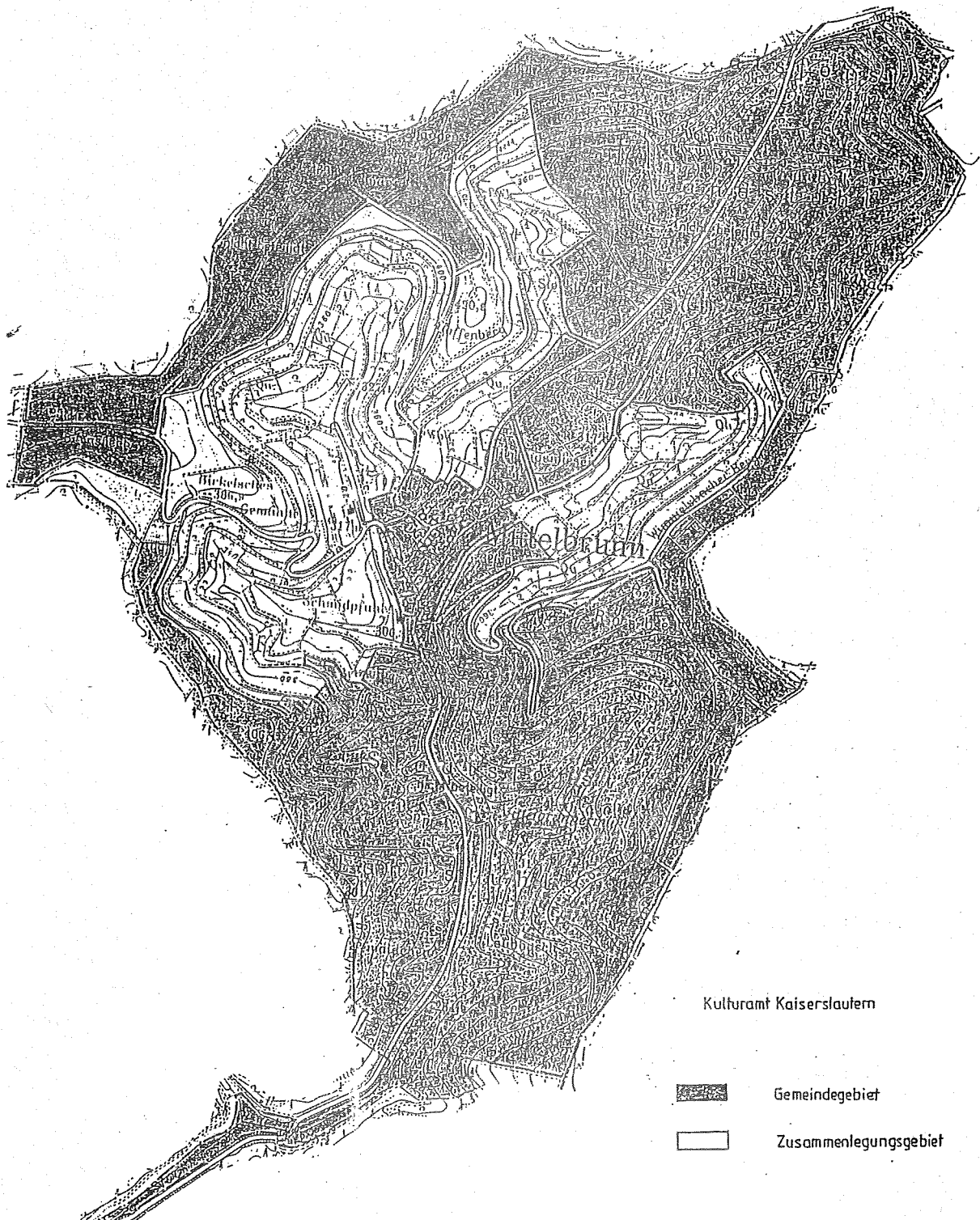


Abb. 3: Zusammenlegungsverfahren Mittelbrunn

weitestgehend an den Interessen der noch vorhandenen 10 Hauptidealwerbsbetriebe orientiert. Auf eine agrarstrukturelle Vorplanung ist verzichtet worden. Wir haben jedoch im Vorfeld der Verfahrenseinleitung Betriebsbefragungen durchgeführt, um die Gebietsabgrenzung auf die landwirtschaftlichen Interessen hin, nämlich großflächige Grünlandnutzung, abzustimmen. Mit dieser eng am Zweck der Bodenordnung orientierten Gebietsabgrenzung wird die Verfahrensbearbeitung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.

3. Zusammenlegungsverfahren Brücken-Kohlachtal

Das im Landkreis Kusel im Jahre 1994 angeordnete Zusammenlegungsverfahren Brücken-Kohlachtal hat eine Größe von 25 ha (Abb. 4). Das Zusammenlegungsgebiet umfaßt als Viehweiden genutzte Grünlandflächen, aber auch landespflegerisch sehr bedeutsame Flächen. Zu einem Teil handelt es sich um Biototypen, die dem pauschalen Schutz des § 24 Landespflegegesetz unterliegen.

Durch das Zusammenlegungsgebiet läuft der Kohlacht, welcher in den dreißiger Jahren als Maßnahme des damaligen Arbeitsdienstes begründet und ausgebaut wurde. Eine Regelung der Rechtsverhältnisse ist bis heute noch nicht erfolgt. Die Katasterverwaltung hat im Rahmen ihrer Dienstaufgaben die ehemalige RAD-Maßnahme örtlich zu vermessen und durch Parzellierung in das Katasterwerk zu übernehmen.

Die im Kohlachtbereich noch wirtschaftenden Landwirte haben gegenüber dem Kulturrat die Arrondierung der Grünlandflächen gefordert. Seitens der unteren Landespflegebehörde besteht ebenfalls Interesse an einer Nutzungsentflechtung zum einen zur Sicherung der Biotope zum anderen zur Freihaltung der Talaue durch extensive landwirtschaftliche Nutzung. Im Rahmen der Zusammenlegung können die Interessen zusammengeführt und hinsichtlich ihrer Lösung optimiert werden. Die durch das Katasteramt vorgesehenen Vermessungsarbeiten werden im neuen arrondierten Grundstücksbestand erleichtert. Die Bodenordnung wird im Verbund mit der Neuvermessung hinsichtlich ihrer Effizienz in landwirtschaftlicher und landespflegerischer Hinsicht wesentlich gesteigert.

4. Zusammenlegungsverfahren Nanzdietschweiler

Das Zusammenlegungsverfahren Nanzdietschweiler, Landkreis Kusel, soll zur Verbesserung der Agrarstruktur in diesem Jahr angeordnet werden. Das Zusammenlegungsgebiet umfaßt eine Fläche von rd. 500 ha. Hauptproblem in der Bearbeitung dieses Zusammenlegungsverfahrens ist, wie in weiten Bereichen der Westpfalz üblich, die vorhandene Katastersituation (Abb. 5). Die Katastergrundlage ist durch graphische Uraufnahme im Maßstab 1 : 5 000 in dem Jahre 1842 entstanden. Die vorhandenen Flurkarten sind vom Ursprungsmaßstab zwischenzeitlich auf den Maßstab 1 : 2 500 vergrößert worden. Die Qualität der Stückvermessung wird als nicht einwandfrei beurteilt. Die Abmarkung der Grenzpunkte bzw. der Grad deren Erhaltung ist als unvollständig zu bezeichnen. Die Übereinstimmung zwischen Örtlichkeit und Liegenschaftskataster erweist sich allerdings als befriedigend.

Die Bearbeitung des Bodenordnungsverfahrens in Nanzdietschweiler ist zur Stützung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie zur Erreichung der agrarpolitischen Ziele der EG-Agrarreform, insbesondere zur Förderung der Aufforstung, dringend geboten. Die Durchführung einer vereinfachten Flurbereinigung mit flächendeckender Neuvermessung wird als nicht notwendig erachtet, zumal ein ausreichendes Wege- und Gewässernetz vorhanden ist.

Bereits im Jahre 1992 wurden Verhandlungen zwischen Katasterverwaltung und Landeskulturverwaltung auch auf ministerieller Ebene geführt, um Lösungsansätze zu finden für die Bearbeitung von BZ-Verfahren bei den hier geschilderten für die Westpfalz nicht ungewöhnlichen Katasterverhältnissen.

Es wurde damals schon vereinbart, daß in Nanzdietschweiler eine beschleunigte Zusammenlegung angeordnet werden kann. Durch die Bodenordnung selbst erfolgt unmittelbar keine Verschlechterung

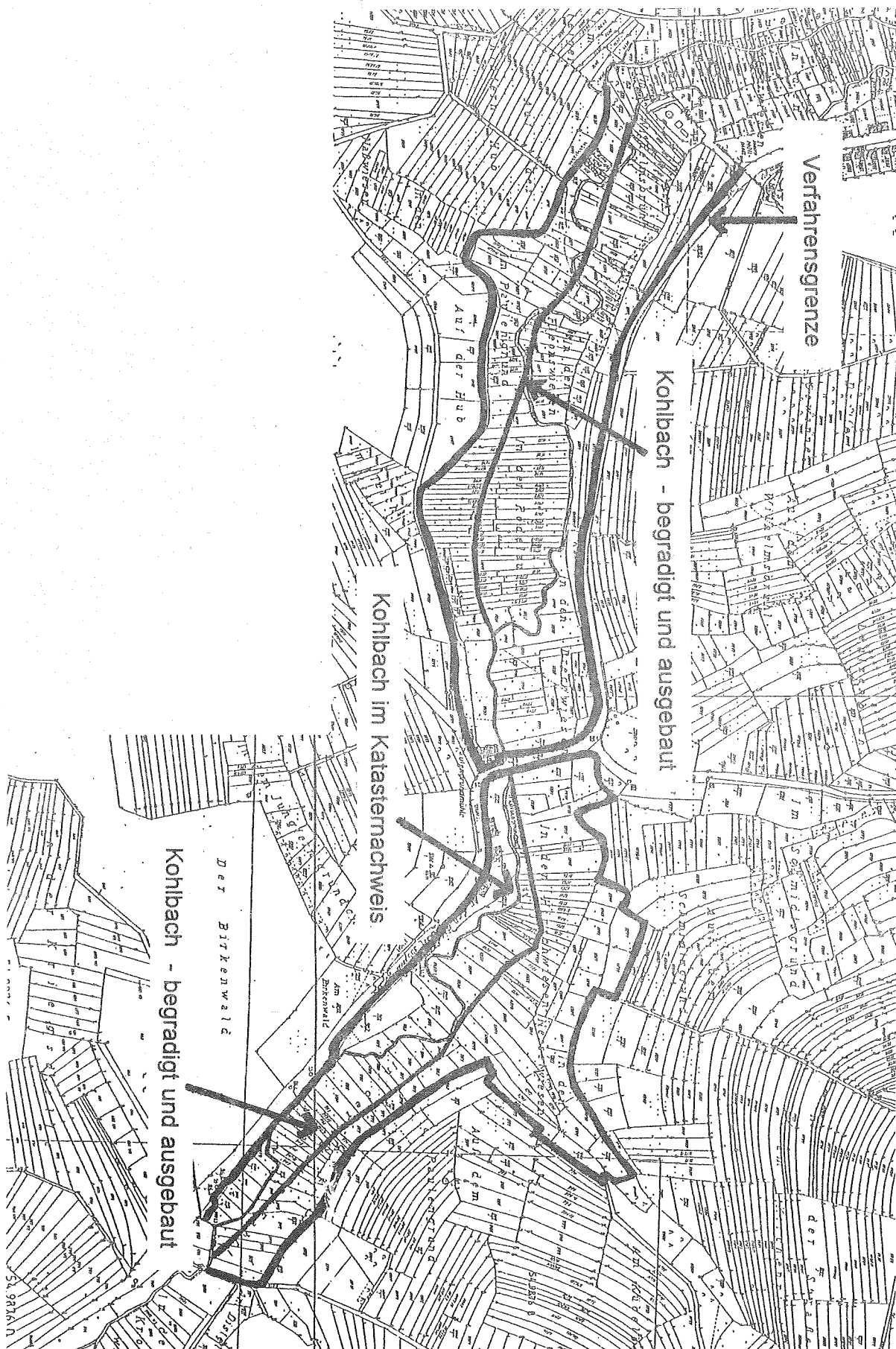


Abb. 4: Übersichtskarte der Zusammenlegung Brücken-Kohlachtal

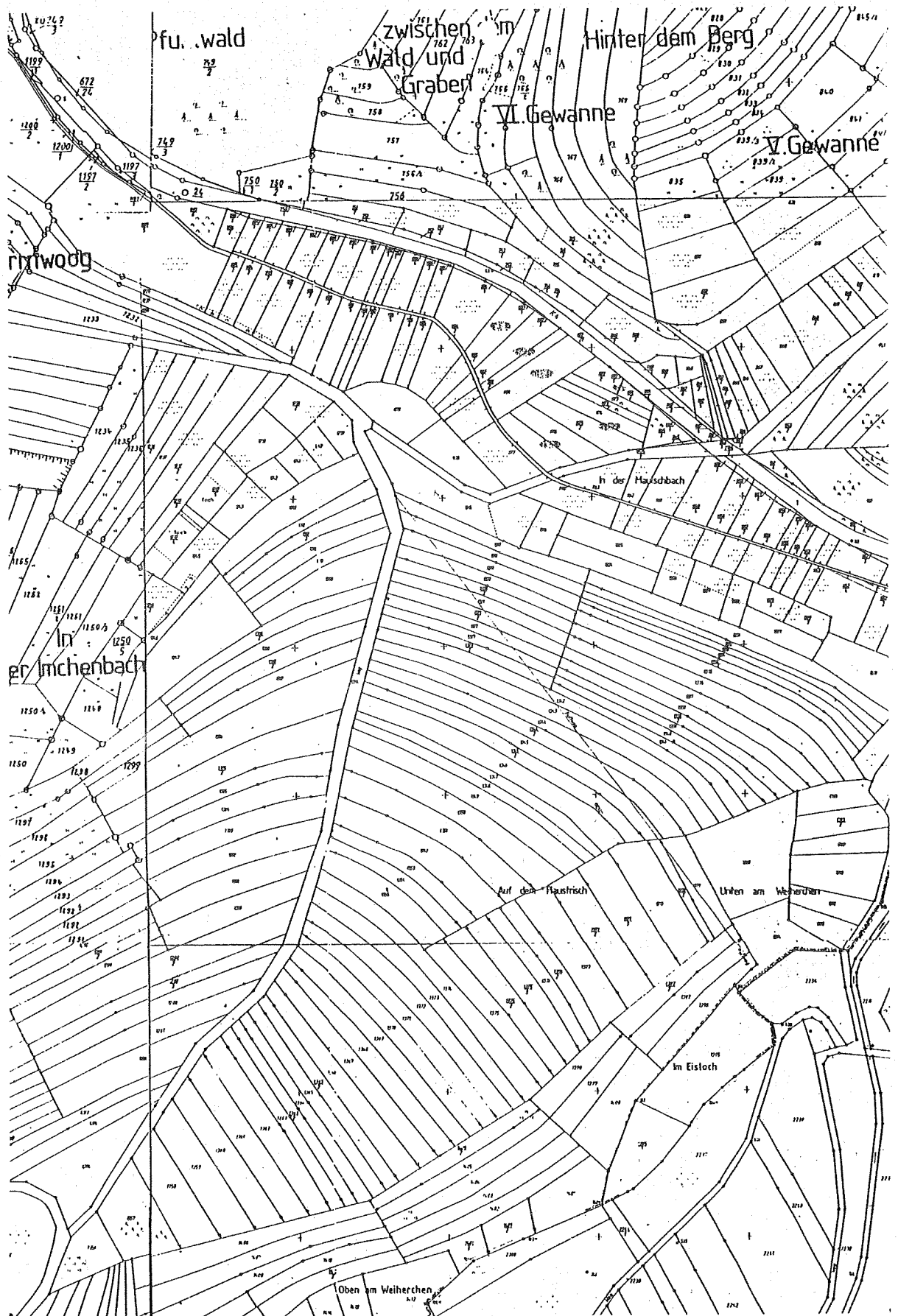


Abb. 5: Auszug aus der Gebietskarte "Zusammenlegung Nanzdietschweiler"

des Katasternachweises, da sowohl Grundbuch als auch Kataster ordnungsgemäß berichtigt bzw. fortgeschrieben werden. Als Folge der mit der Bodenordnung eintretenden großflächigen Bewirtschaftung ist nicht auszuschließen, daß sich der Abmarkungszustand weiter verschlechtert. Das Katasteramt wird daher die alt vorhandene Abmarkungssituation untersuchen. Auf der Grundlage unseres Neuordnungskonzeptes wird festgelegt, welche Punkte für die Erhaltung der Katasterverhältnisse zu sichern sind, um einer weiteren Verschlechterung des Katasters entgegenzuwirken. Zwischenzeitlich wurde dementsprechend auch die Verwaltungsvorschrift über die Zusammenarbeit der Kataster- und Flurbereinigungsbehörden vom 25.01.1994 unter Ziffer 3.10.5 fortgeschrieben.

Über praktische Erfahrungen kann ich wegen der erst anstehenden Verfahrensbearbeitung nicht berichten. Allerdings, und soviel ist schon jetzt zu sagen, darf die vorgesehene Sicherung vorhandener Katasterstrukturen nicht zu einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungs- und Kostenaufwand führen, wodurch die Bearbeitung als beschleunigte Zusammenlegung konterkariert würde.

5. Bodenordnungsverfahren mit Neuvermessung

Bei den folgenden Anmerkungen zu Bodenordnungsverfahren mit Neuvermessung, gehe ich nicht auf Verfahren nach § 86 Absatz 1 und § 87 Flurbereinigungsgesetz ein. Diese Verfahren, welche im Zusammenhang mit einem Unternehmen stehen, unterliegen besonderen Ablaufkriterien.

Nach der mittelfristigen Arbeitsplanung des Kulturamtes Kaiserslautern sind für Acker-Gründlandverfahren, soweit keine beschleunigte Zusammenlegung in Frage kommt, ausschließlich vereinfachte Flurbereinigungen nach § 86 Abs. 3 Flurbereinigungsgesetz vorgesehen. Gleichmaßen wird für Dorfflurbereinigung diese Verfahrensart gewählt.

In der Westpfalz besteht neben der herkömmlichen ländlichen Bodenordnung ein sehr hoher Bedarf an Dorfflurbereinigung. Deshalb muß zwingend im Arbeitsablauf eine Wechselbeziehung zwischen Flächenverfahren und Dorfflurbereinigung hergestellt werden. Die Arbeitsgruppe, und hier meine ich den Sachgebietsleiter Planung und Vermessung, den vermessungstechnischen Sachbearbeiter und beim Kulturamt Kaiserslautern z.Zt. 0,5 AK einer sonstigen Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiters, muß in ihrem Dienstesatz auf diese Erwartungshaltung vor Ort ausgerichtet werden. Wir verknüpfen deshalb die Bearbeitung einer Feldflurbereinigung jeweils mit einem davon unabhängig durchzuführenden Dorfverfahren.

Im folgenden will ich Ihnen aufzeigen, wie wir im Rahmen der derzeit bestehenden Verwaltungsvorschriften die Durchführung der Flurbereinigung in ihrem Ablauf so planen, daß pro Arbeitsgruppe bzw. Sachgebietsleiter Planung und Vermessung in einem Zeitraum von 7 Jahren zwei vereinfachte Flurbereinigungsverfahren angeordnet und zum Besitzübergang gebracht werden können.

In Abb. 6 ist die technische Bearbeitung und der Zeitablauf eines Flächenverfahrens mit ca. 350 ha Größe und einer Dorfflurbereinigung (bebaute Ortslage einschließlich Ortsumfeld) mit ca. 70 ha Bearbeitungsfläche dargestellt.

Im Jahre 1992 erfolgten für das A - GR Verfahren die Anordnung und der Eintritt in die Planungsphase nach § 41 FlurbG. Der Anordnungsbeschluß für die Dorfflurbereinigung erfolgte im Jahre 1993. Zur Einhaltung der hier vorgestellten Arbeitsplanung, und damit auch zur Beschleunigung, muß für beide Bodenordnungsverfahren die katastertechnische Herstellung der Gebietsgrenze an öffentlich bestellte Vermessungsingenieure vergeben werden. Wir praktizieren dies auch so bereits seit mehreren Jahren.

Beim A - GR Verfahren laufen zeitversetzt zur Planungsphase nach § 41 FlurbG bereits nach Abschluß der 1. fachaufsichtlichen Prüfung die Arbeiten zur vermessungstechnischen Übertragung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen an. Diese Vermessungsarbeiten müssen im I. Quartal 1995 mit der photogrammetrischen Aufmessung beendet sein. Sie sehen, bei dem hier vor-

Jahr	Quartal	A GR Verfahren nach § 86 Abs. 3 FlurbG. ohne Ortslage, ca 350 ha Bearbeitungs- fläche	Dorfflurbereinigung nach § 86 Abs. 3 FlurbG. bebaute Ortslage und Ortsumfeld, ca 70 ha Bearbeitungsfläche
92	I II III IV	Anordnungsbeschuß Vorstandswahl Plan nach § 41 FlurbG. Grundsatztermin Feldvergleich Wertermittlung	
93	I II III IV	1.fachaufsichtliche Prüfung Vermessungstechnische Absteckung, gemein- schaftlicher und öffent- licher Anlagen	Anordnungsbeschuß
94	I II III IV	2.fachaufsichtliche Prüfung Planfeststellung	Vorstandswahl Feldvergleich Wertermittlung Ausbauplan
95	I II III IV	Photogrammetrische Aufmessung.	Ortsregulierung.
96	I II III IV	Nachmessungen Erstellen der Zuteilungskarte durch Lurest Bodenordnung. Planwuschtermin	Aufmessung.
97	I II III IV	Planbearbeitung Absteckung der Neuzuteilungen Vorlage des Flurbereinigungsplanes Besitzübergang. Widerspruchsbearbeitung	Erstellen der Zuteilungskarte durch Lurest
98	I II III IV	(vorzeitige) Ausführungsanordnung.	Bodenordnung. Planwuschtermin Planbearbeitung Absteckung der Neuzuteilungen (Feld) Planvorlage Besitzübergang.
99	I II III IV		Widerspruchsbearbeitung (vorzeitige) Ausführungsanordnung.

Abb. 6: Verfahrensabläufe- Projektmanagement

VEREINBARUNG

zwischen dem Kulturrat Kaiserslautern,
vertreten durch den leitenden technischen Beamten
und dem Katasteramt Kusel,
vertreten durch den Amtsleiter

wird, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung
Rheinlands-Pfalz (obere Flurbereinigungsbehörde, obere Kataster-
behörde),

folgende Vereinbarung für die Neuvermessung der in das verein-
fachte Flurbereinigungsverfahren Quirnbach, Az.: 534-03-4293,
einbezogenen Ortslage geschlossen:

1. Für die Zusammenarbeit zwischen dem Kulturrat und dem Kataster-
amt gelten die Regelungen gemäß Nr. 4.2.2 VVZusKatFlurb vom
22.03.1988 (JEN 363/648-05/01, MinBl. S. 197) in der zum Zeit-
punkt des Abschlusses der Vereinbarung geltenden Fassung.

2. Das Katasteramt übernimmt die vollständige Aufmessung sowie
Koordinatenberechnung für die Vermessungs- und Grenzpunkte so-
wie die zu koordinierenden Gebädepunkte.

Als Ergebnis der Auswertung erhält das Kulturrat die Berech-
nungsakten und die endgültigen Koordinaten.

Die Punkte sind unter den vom Kulturrat vorgegebenen Punktnum-
mern zu führen. Eine Ummummerierung ins "Km-Quadrat" ist zu
diesem Zeitpunkt des Verfahrens schädlich und erfolgt erst zum
Zeitpunkt der Erstellung der Katasterberichtsunterlagen
durch das Kulturrat.

3.1 Die Polaraufnahme erfolgt mit einem selbstregistrierenden
Tachymeter.

3.2 Das Katasteramt stellt den Meßtrupp, bestehend aus dem Trupp-
führer und zwei Gehilfen.

3.3 Die Teilnehmergemeinschaft stellt die erforderliche Anzahl von
Reflektorenträgern.

3.4 Ein Sachbearbeiter des Kulturamtes weist den Meßtrupp in die
Örtlichkeit ein.

3.5 Das Kulturrat übergibt dem Katasteramt vorbereitete Aufnahme-
risse (Grenzlängen, Gebäudemasse, notwendig aufzunehmende Ge-
bäudeecken).

4. Als späterster Termin für den Beginn der Aufmessung ist der
01.09.1993 vorgesehen. Falls es sich organisatorisch einrichten
läßt, wird die Vermessung bereits früher durchgeführt. Die end-
gültigen Termine sind frühzeitig zwischen dem Kulturrat und dem
Katasteramt telefonisch abzustimmen.

5. Kartierung und Flächenberechnung erfolgen durch die Landes-
kulturverwaltung.

Kaiserslautern, den 15.06.1993

Kusel, den 21.06.1993

Genehmigt:
Neustadt, den 05.07.1993

Genehmigt:
Neustadt, den 14.09.1993

Obere Flurbereinigungsbehörde

Obere Katasterbehörde

Abb. 7: Vereinbarung mit der Katasterverwaltung

gestellten Arbeitsplan wird die zur Zeit in der Diskussion befindliche Verkürzung der Planungsphase keine wesentliche zeitliche Einsparung im Ablauf der Bodenordnung mit sich bringen, da die örtliche Umsetzung der Planung bereits zu einem sehr frühen aber durchaus vertretbarem Zeitpunkt einsetzt. Allerdings sollte zukünftig schon einer Vereinfachung der Planung nach § 41 FlurbG Vorrang eingeräumt werden, um insbesondere die umfangreiche Erstellung der Planungsunterlagen zurückzuführen. Die immer knapper werdenden Personalressourcen machen diesbezügliche Rationalisierungsüberlegungen unumgänglich. Für Dorfflurbereinigungsverfahren wird in der Regel kein Plan nach § 41 FlurbG, sondern ein Ausbauplan zum Finanzierungsplan aufgestellt.

Gegen Ende des I. Quartals 1995 mit der photogrammetrischen Aufmessung im A - GR Verfahren muß in der Dorfflurbereinigung die Ortsregulierung einsetzen. Die Ortsregulierung muß wiederum vor Eintritt in die Bodenordnung im A - GR Verfahren mit der Aufmessung der neu vermarkten Ortslagenflurstücke abgeschlossen werden. Bei der Aufmessung der Ortslagen haben wir bisher beste Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Katasterverwaltung gemacht. Da wir uns in der Westpfalz weitestgehend noch im Ur-Kataster und damit auch im überwiegend nicht einwandfreien Kataster bewegen, dient die Bodenordnung in der Ortslage neben der Durchführung landeskultureller Maßnahmen auch Zwecken der Katastererneuerung. Gemäß Ziffer 4 der Verwaltungsvorschrift über die Zusammenarbeit der Katasterbehörden und der Flurbereinigungsbehörden, nunmehr in der neuesten Fassung vom 25. Januar 1994, können die Aufmessung sowie die Koordinatenberechnung für die Vermessungs- und Grenzpunkte und die zu koordinierenden Gebäudepunkte durch das Katasteramt erfolgen. Diese Arbeitsteilung wurde bereits in mehreren Bodenordnungsverfahren praktiziert und trägt zur Optimierung unserer Arbeitsplanung wesentlich bei. Eine diesbezügliche Vereinbarung ist als Abb. 7 wiedergegeben.

Der weitere Ablauf der hier vorgestellten parallel zu bearbeitenden Bodenordnungsverfahren ergibt sich nunmehr von selbst. Im A - GR Verfahren erfolgt im Jahre 1997 die Bodenordnung mit Vorlage des Flurbereinigungsplanes und Besitzübergang. Daran anschließend wird für die Dorfflurbereinigung die Bodenordnung einschließlich Planvorlage im Jahre 1998 bearbeitet.

Zusammenfassend weise ich darauf hin, daß das hier vorgestellte Projektmanagement nur zum Erfolg führen kann, wenn insbesondere die technischen Arbeiten beider Bodenordnungsverfahren zeitlich aufeinander abgestimmt werden können. Eine solche Arbeitsplanung erfordert eine transparente Projektplanung mit frühzeitiger Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich der einzelnen Arbeitsabschnitte und deren Verknüpfungen. In monatlichen Dienstbesprechungen stimmen wir die Arbeitsplanung ab. Ein flexibler Arbeitseinsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch notfalls über die durch die Geschäftsordnung vorgegebenen Strukturen hinweg, ist dabei wegen der permanent knappen Personalressourcen unumgänglich.

Umsetzung des Projektes WEDAL in den Jahren 1994 - 1996

- Vernetzung der Kulturämter *) -

Vermessungsdirektor Harald Durben, Mainz

In dem Beitrag wird, insbesondere im Untertitel, ein besonders wichtiges Thema behandelt, das große Aufmerksamkeit erfordert, weil ohne die Vernetzung der Kulturämter und ohne die Vernetzung der Ämter mit anderen Stellen eine Realisierung des Projektes zur Weiterentwicklung der Automation in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz (WEDAL) und damit auch die zu erwartenden posi-

*) Kurzfassung des Vortrages bei der Fortbildungstagung vom 26. und 27. Mai 1994 in Emmelshausen

ven Auswirkungen auf die Abläufe in Bodenordnungsverfahren nicht eintreten können. Die Aktualität des Themas ergibt sich schon aufgrund des Zeitrahmens im Thema von selbst. Die Umsetzung von WEDAL ist in vollem Gange!

Durch die Aufarbeitung der Ausgangssituation wurde allen, die am Projektbericht WEDAL mitgearbeitet haben, die Notwendigkeit der Entwicklung insbesondere für einen ganzheitlichen Ansatz sehr schnell deutlich. Die Ausgangssituation ist in den meisten Kapiteln des Projektberichtes zu WEDAL ausführlich dargestellt und hier sollen daher nur die wesentlichen Schwachstellen der heutigen Lösungen aufgezeigt werden.

Aus der sehr fortschrittlichen zentralen Datenverarbeitung der 60er und 70er-Jahre wurde die heutige Lösung entwickelt. Wir haben eine geteilte Datenverarbeitung mit zentralen und dezentralen Lösungen und damit sehr oft redundante Produkte. Heute müssen z.B. die vermessungstechnischen Programme auf verschiedenen Rechnern vorgehalten und gepflegt werden. Die Nachteile der geteilten Datenverarbeitung im einzelnen:

■ hoher Aufwand in der Bedienung und Betreuung der Systeme

■ langwierige und organisatorisch aufwendige Kommunikationswege

In den verschiedenen Arbeitsabschnitten müssen zur Erledigung von Arbeitsaufträgen im Bereich Register oder zum maschinellen Zeichnen immer wieder Arbeitsaufträge an die Lurest erteilt werden. Der sich hieraus ergebende Gesamtzeiteffekt ist nur schwer quantifizierbar. In der Regel werden im normalen Bodenordnungsverfahren nach dem FlurbG - sowohl Verfahren nach § 1 FlurbG aber auch solche nach § 91 FlurbG - ca. 15, manchmal mehr, solcher Arbeitsaufträge an die Lurest erteilt. Allein durch Postwege und Wartezeiten werden die Verfahren mit Sicherheit mehr als ein Jahr verzögert. Wenn man die Problembehandlung zusätzlich kalkuliert, ist mindestens ein Zeitraum von 2 Jahren, der nur bedingt organisatorisch ausgleichbar ist, pro Verfahren anzusetzen.

Dieser Zeitraum ist heute, wo die Installation autarker dezentraler DV-Anlagen technisch und finanziell möglich ist, nicht mehr vertretbar. Schon gar nicht, wenn man die politische Forderung zur Realisierung schnellwirkender Verfahren umsetzen möchte.

■ Redundante Datenhaltung

Wir halten heute praktisch alle auf Datenträger gespeicherten Daten sowohl zentral wie dezentral vor. Die hieraus resultierenden Kosten - bei der Datenerfassung, Datenpflege und dem Datenaustausch - sind nicht vertretbar.

Dezentral ist im Zeitablauf - seit Einführung der dezentralen Datenverarbeitung eine sehr heterogene DV-Landschaft entstanden. Vom VICTOR 9000 bis zum PC mit 486-er Prozessor sind heute sehr unterschiedliche Geräte einschließlich der sehr unterschiedlichen Peripherie mit dem damit verbunden großen Aufwand vorzuhalten. Auch die Einrichtung dieser dezentralen Einzelarbeitsplätze zeigt Nachteile:

■ hoher Aufwand in der Bedienung und Betreuung der Systeme

■ langwierige und organisatorisch aufwendige Kommunikationswege

■ Redundante Datenhaltung

Nicht nur zwischen zentraler und dezentraler Datenverarbeitung leisten wir uns Redundanzen. Sondern auch in der dezentralen Datenverarbeitung.

Die redundante Datenhaltung ist kein Problem der Datenverarbeitung sondern ein ganz allgemeines Problem. Hier sei beispielsweise an die Registerdatenhaltung in Verwaltung und tech-

nischen Büros, auf unterschiedlichen Datenträgern und/oder auf Papier erinnert. Gleiches gilt für die Graphik. In den unterschiedlichen Büros (Planungs- und Vermessungsbüro, Kataster- und Datenverarbeitungsbüro, bautechnisches Büro) und in der Landespflegegruppe werden immer die gleichen Katasterkarten, Planungskarten, Besitzstandskarten und Landeskarten als sogenannte Basiskartenwerke für den Raumbezug benötigt. Diese Karten müssen wegen des sehr oft zeitgleichen Gebrauchs in den verschiedenen Büros und Gruppen mit hohem Aufwand mehrfach vorgehalten und laufend gehalten werden.

- hoher Investitionsaufwand
- hoher Aufwand beim Datenschutz und der Datensicherheit
- hoher Datenermittlungs- und Datenerfassungsaufwand

Nach Erkennung der Schwachstellen der heutigen Installationen, aus der Analyse der Ausgangssituation gewonnen, wurden folgende Ziele formuliert:

- Die Nachteile der bisherigen Ausstattung sind zu beseitigen
- Die vorhandenen Einplatzsysteme müssen in das Netzwerk einbindbar sein
- Hohe Ausfallsicherheit und hohe Verfügbarkeit müssen gewährleistet sein.

Erst dadurch wird eine redundanzfreie und damit kostengünstige Datenhaltung möglich.

Künftig sollen alle Daten möglichst redundanzfrei vorgehalten werden. Damit wird die Notwendigkeit, zu jeder Zeit auf diese Daten zugreifen zu können, ganz besonders wichtig. Die Ämter werden ohne Realisierung dieses Zieles sehr schnell handlungsunfähig.

Ein Beispiel aus der Registerbearbeitung sei hier exemplarisch aufgeführt:

Bisher sind die Registerdaten auf unterschiedlichen Datenträgern und in unterschiedlichen Belegen (Listen und Verzeichnissen) redundant in den jeweils zuständigen Büros gleichzeitig verfügbar. Diese Redundanz soll aufgelöst werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn die notwendigen Daten auf allen Sachbearbeiterplätzen und bei allen Zugriffsberechtigten ständig in einer vertretbaren Zugriffszeit zur Verfügung stehen.

- Die Netzwerkausstattung ist für eine Dezentralisierung nahezu aller Arbeiten auszulegen.

D.h. alle Arbeiten sollen möglichst unmittelbar am Sachbearbeiterplatz und dort auch abschließend zu bewältigen sein.

D.h. auch, daß möglichst keine Teillösungen mehr eingeführt, sondern der ganzheitliche Ansatz von WEDAL genutzt werden soll. Die Sachbearbeiterplätze werden hierdurch entscheidend aufgewertet.

Wesentliche konzeptionelle Überlegungen sind in Kapitel 19 (Netzwerkkonzept), Kapitel 17 (Datenverbund), Kapitel 18 (Gerätekonzentration) und Kapitel 20 (Softwarekonzept) sowie Kapitel 10 (Büroautomation/Bürokommunikation) im Projektbericht "WEDAL" dargestellt. Allein diese Aufzählung zeigt, daß in einer Kurzdarstellung nicht die Einzelheiten des Konzeptes dargestellt, sondern im folgenden nur wichtige Eckpfeiler stichwortartig aufgezeigt werden können:

- Lokale Vernetzung (LAN) für die amtsinterne Kommunikation Ethernet (100 Mbit/s)

Jeder Arbeitsplatz wird besonders angeschlossen (sternförmig)

- Überörtliche Vernetzung (WAN) für die LKV-interne und -externe Kommunikation mit Landesnetz-Anschluß soweit verfügbar

Soweit für die externe Kommunikation das Landesnetz nicht zur Verfügung steht, müssen Postdienste (z.B. DATEX-P bzw. ISDN) genutzt werden.

- Client-Server Lösung

Client-Server Lösungen sind anerkannt, bilden heute einen Quasi-Standard und werden mit Schlagworten, wie:

- rationelle Ablauforganisation,
- flexibler und modularer Systemaufbau,
- leichte Erweiterbarkeit und
- mündiger Endanwender favorisiert.

Der Server bietet zentrale Dienste (z.B.: Disk- und File- Services, zentrale Anwendungen z.B. Bürokommunikation und Datenbankanwendungen, Print-Services, die externe Kommunikation sowie Datenverwaltung und Datensicherung). Durch die Datenhaltung auf dem Server kann auch dem Datenschutz umfassend Rechnung getragen werden.

Auf den Clients, den eigentlichen Arbeitsplätzen, stehen die arbeitsplatzbezogenen Ressourcen zur Verfügung. Die Clients können sehr unterschiedlich (flexibel) ausgestattet sein. Vom einfachen PC im Schreibdienst oder beim Amtsleiter bis hin zur sehr komplexen Graphikstation. Die Arbeitsplätze müssen den zum jeweiligen Beschaffungszeitpunkt geltenden ergonomischen Grundsätzen genügen.

- Eine graphische Benutzeroberfläche soll in Verbindung mit Fenstertechnik die einfache Bedienung garantieren

Das Konzept sei anhand von Abbildung 1 weiter verdeutlicht. Diese Abbildung zeigt im Kern die Verknüpfung der Büros und Gruppen des Amtes auf der Basis der Sachdaten (Verfahrensdaten, Teilnehmerdaten, Eigentumsdaten, Verm.- und Geometriedaten, Landespflegedaten, Planungsdaten, Baumaßnahmedaten, Finanzierungsdaten, Landwirtschaftsdaten und Statistikdaten).

Alle diese tlw. sehr unterschiedlichen Daten unterliegen unterschiedlichen Zugriffs- und Schutzbestimmungen. Diese gilt es zu wahren und dabei allen Berechtigten, das sind bei den Registerdaten ca. 80% der Mitarbeiter eines Amtes, möglichst zeitnah die notwendigen Informationen und Bearbeitungsmöglichkeiten zu erlauben.

Darüberhinaus wird durch die Einbindung der lokalen Netze in das Landesnetz eine Kommunikation mit Außenstellen ermöglicht, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

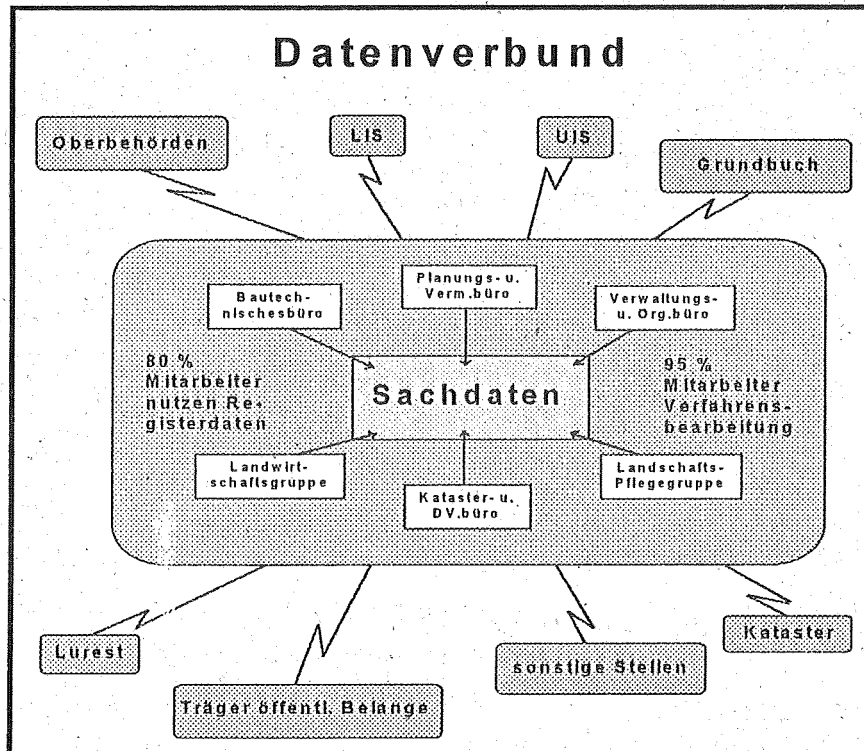


Abb. 1

Der folgenden Abbildung ist die Installationsreihenfolge zu entnehmen sowie die wichtige Information, daß durch zentrales Netzwerkmanagement von der Lurest auch die Netzwerke bei den Kulturämtern mit betreut werden können. Dies entbindet die Ämter allerdings nicht einer besonderen Verantwortung für die eigenen lokalen Netze und erspart auch nicht den fachkompetenten und engagierten Systembetreuer vor Ort. Durch zentrales Management können nur globale Leistungen erbracht werden.

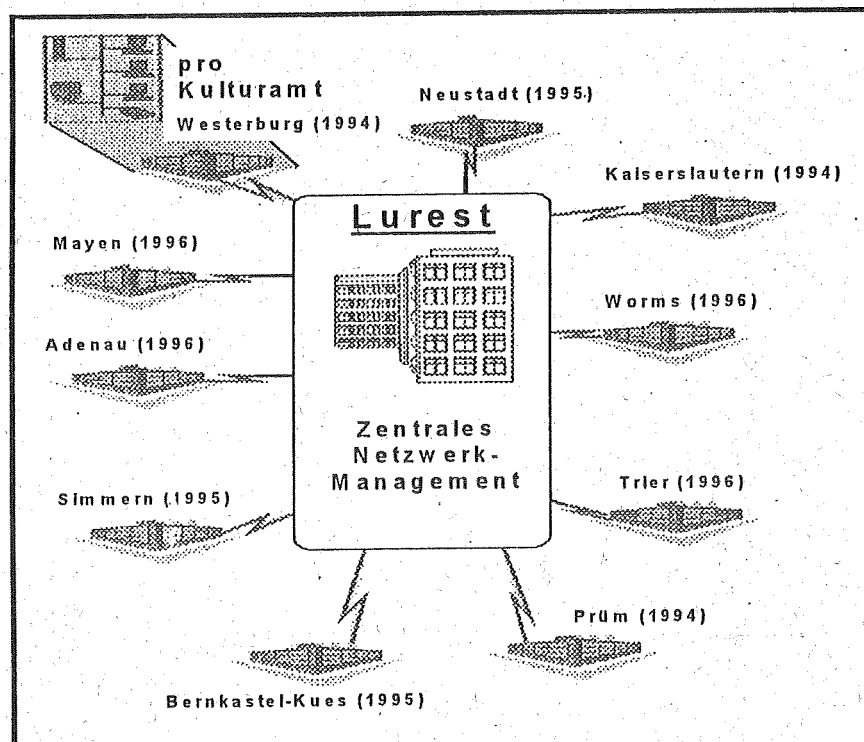


Abb. 2

Die Ausstattung soll in der der Abbildung 2 zu entnehmenden Reihenfolge vorgenommen werden, soweit nicht lokale Gegebenheiten (z.B. Baumaßnahmen) eine Veränderung erforderlich machen. Die Netzplanungen für die Ämter Prüm, Kaiserslautern und Westerbürg liegen vor. Die bautechnischen Arbeiten (Installation der Kabelkanäle) werden im Sommer dieses Jahres ausgeführt. Die DV-Geräte und Netzkomponenten (Hard- und Software) werden ebenfalls im Sommer dieses Jahres europaweit ausgeschrieben und sollen bis Ende 1994 installiert werden.

Die bisherigen Erfahrungen haben aufgrund der unterschiedlichen - teilweise schwierigen - örtlichen Gegebenheiten gezeigt, daß zur Ausführung der aufwendigen Detailplanungen der Netze eine gute Vorbereitung und Abstimmung zwischen Lurest, dem jeweiligen Kulturamt und dem jeweils zuständigen Staatsbauamt besonders wichtig ist. Diese Vorbereitung und Abstimmung wird in einem Termin mit allen beteiligten Stellen beim jeweiligen Kulturamt möglichst frühzeitig begonnen.

Abschließend sollen, neben dem gerade angesprochenen erwarteten Aufwand bei der Netzplanung und -konzeption auch die darüberhinaus erwarteten und bereits erkannten Problembereiche aufgezeigt werden:

Schwierige Sachfragen, Entscheidungen über die einzusetzende Hard- und Software insbesondere bezüglich des Betriebssystems, sind in nächster Zeit zukunftsweisend zu beantworten. Diese Aufgabe ist wegen der großen Innovationsschübe nicht leicht zu bewältigen.

Ein Schlüsselproblem stellt die Betreuung der DV-Anlage des jeweiligen Amtes dar. Vom Betrieb der Gesamtdatenverarbeitungsanlage ist später das "Funktionieren" des Kulturamtes abhängig!

Hier wird künftig eine Schwerpunktaufgabe des Büros Kataster und Datenverarbeitung liegen, welches die Anlagen verantwortlich zu betreuen haben wird. Engagierte Mitarbeiter des gehobenen Dienstes dieser Büros müssen für diese Tätigkeit gut ausgebildet und vorbereitet werden. Damit wurde zum Schluß auf ein weiteres Hauptproblem übergeleitet. Zur für den sachgerechten Einsatz der neuen Technologie notwendigen Aus- und Fortbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung sind erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Programmsystem REC 500 -Version RP- Einführung der Freien Stationierung in die Landeskulturverwaltung*)

von Vermessungsrätin z.A. Claudia Theuer, Mainz

1. Einleitung

Im Januar dieses Jahres wurde das Programmsystem Rec 500 -Version RP 4.0- vom Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz genehmigt.

Gleichzeitig mit der Entwicklung dieses Programmsystems wurden in den vergangenen Jahren bereits landesweit alle Kulturämter mit dem Gerätesystem Elta 3 + Rec 500 der Fa. Zeiss ausgestattet.

Mit dieser Geräteausstattung und der Entwicklung und Genehmigung des Programmsystems sind nun die Voraussetzungen geschaffen, die notwendig waren, um das Meßverfahren "Freie Stationierung", in der RiKaV als "Polarverfahren vom freigewählten Standpunkt" bezeichnet, auch in die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz einführen zu können.

*) Vortrag am 27. Mai 1994 in Emmelshausen

Vier ganz wesentliche Gründe sprechen für eine Einführung dieses Meßverfahrens:

- die große Wirtschaftlichkeit des Meßverfahrens
- die nachbarschaftstreue Anpassung der abgesteckten und aufgenommenen Grenzpunkte
- die durchgreifenden Kontrollen
- die Genauigkeitssteigerung

2. Derzeitige terrestrische Meßverfahren

Bislang wurden im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens zur terrestrischen Absteckung und Aufnahme der zu bestimmenden Grenzpunkte das Polarverfahren von einem vorgegebenen Standpunkt und das Orthogonalverfahren als Meßverfahren eingesetzt.

Die Situation dieser Absteckung bzw. Aufnahme von Grenzpunkten läßt sich wie folgt darstellen:

Ausgehend von Trigonometrischen Punkten (TPs) sind Polygonzüge gemessen und berechnet worden. Sind die Polygonzüge annähernd gesteckt und haben in etwa gleich lange Zugseiten, werden sich die Fehler in den Anschlußpunkten (TPs) etwa linear auf die Zwischenpunkte verteilen.

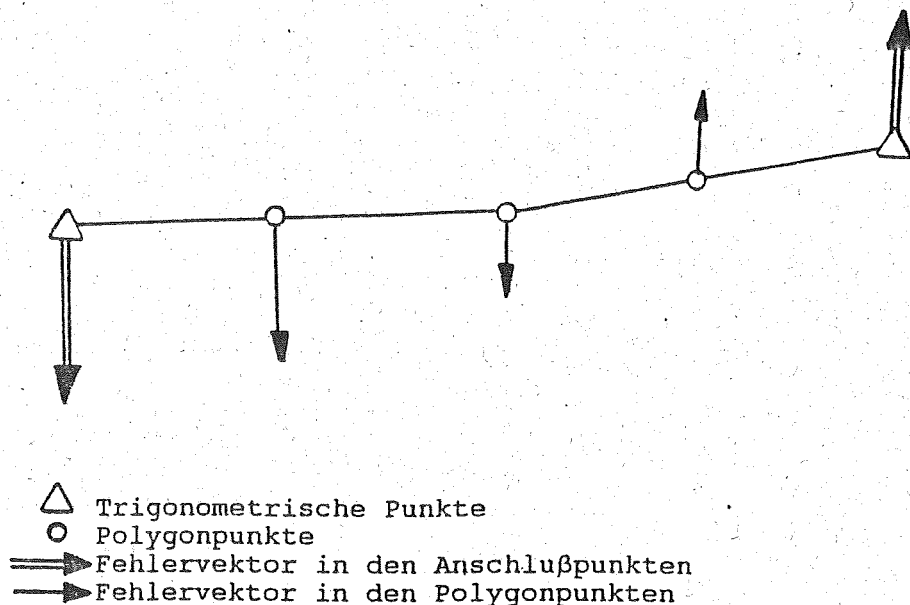


Abb. 1: Verteilung der Fehler von Anfangs- und Endpunkt auf die Zwischenpunkte eines Polygonzuges

Werden nun von einem Polygonpunkt aus Grenzpunkte polar abgesteckt bzw. aufgenommen, wird der Fehlervektor des Standpunktes auf die Grenzpunkte übertragen und von der Ungenauigkeit der Orientierung und der Entfernungsmessung überlagert.

Die mathematische Grundlage der "Freien Stationierung" ist eine Koordinatentransformation.

Entweder werden in einem übergeordneten Koordinatensystem (z.B. Gauß-Krüger-System) gegebene Punkte in ein örtliches Standpunktkoordinatensystem ($x'y'$ -System) transformiert oder in einem örtlichen Koordinatensystem gegebene Punkte in ein übergeordnetes System transformiert.

Der Instrumentenstandpunkt ist, im Gegensatz zur herkömmlichen Polaraufnahme, frei wählbar und bildet den Ursprung des örtlichen Koordinatensystems. Die x' -Achse fällt mit der Nullrichtung der reduzierten Richtung zusammen.

Zur Transformationsberechnung ist die Messung von **Richtung und Strecke** (= Messung von Polarkoordinaten im $x'y'$ -System) zu sogenannten identischen Punkten (Anschlußpunkten) notwendig, deren Koordinaten im übergeordneten System (xy -System) vorliegen müssen.

Mit Hilfe der nun in beiden Koordinatensystemen gegebenen identischen Punkte können die Transformationsparameter dieser Koordinatentransformation berechnet werden.

Es sind diese:

- die Verschiebung des Koordinatenursprungs des örtlichen Standpunktsystems in x -Richtung,
- die Verschiebung des Koordinatenursprungs des örtlichen Standpunktsystems in y -Richtung,
- die Drehung des örtlichen Systems um den Winkel t
- und der Maßstab.

Ist die Anzahl der identischen Punkte größer als zwei, ist eine Ausgleichung erforderlich. In der Regel wird zur Berechnung der Ausgleichung die Helmerttransformation angewandt. Der Vorteil der Helmerttransformation liegt im wesentlichen darin, daß keine Näherungskordinaten zu berechnen und keine Matrizenoperationen erforderlich sind. Die Helmerttransformation ist damit äußerst automationsfreundlich. Desweiteren liefert die Helmerttransformation eine formtreue Anpassung an die Festpunkt; Geradenbedingungen, Winkelbedingungen und Proportionen bleiben damit erhalten.

Die Ausgleichung mit Hilfe der Helmerttransformation erfolgt unter der Bedingung, daß die Fehlerquadratsumme minimiert wird ($[vv]=\text{Minimum}$).

Bedingt durch Spannungen zwischen den Ausgangspunkten und durch Ungenauigkeiten der Messung werden Restklaffungen in den Anschlußpunkten verbleiben.

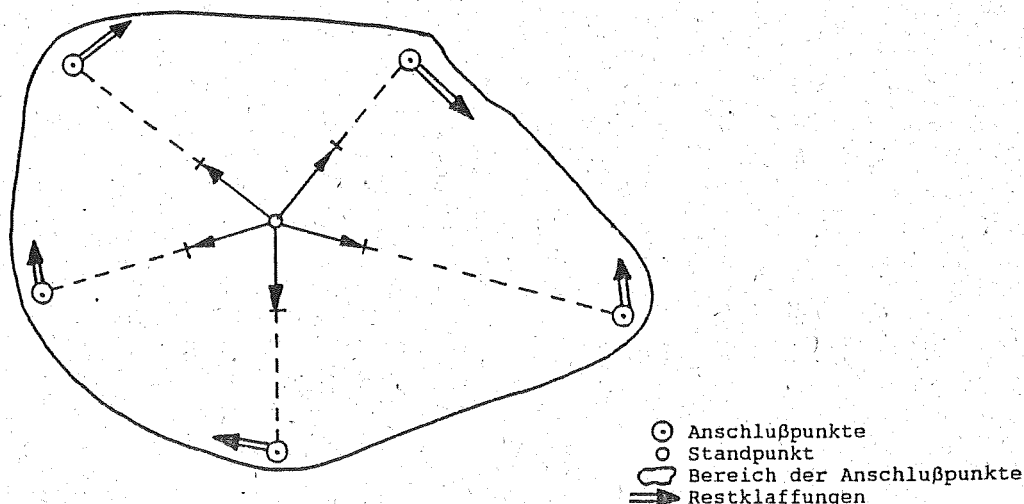


Abb. 4:

Freie Stationierung

Mit Hilfe dieser Restklaffungen und durch die Anwendung eines statistischen Tests lassen sich gegebenenfalls die verwendeten Anschlußpunkte beurteilen.

Aus den berechneten Transformationsparametern werden die zu bestimmenden Punkte berechnet und abgesteckt bzw. aufgenommen.

4. Gerätesystem Elta + REC 500

Seit etwa 1986 erfolgt die Ersatzbeschaffung von EDM-Geräten durch die LUREST. Insbesondere in den Jahren 1991 und 1992, begleitet durch die Entwicklung und Entscheidung für das Programmsystem REC 500, wurden die Kulturämter mit einer ausreichenden Anzahl des Gerätesystems Elta 3 + REC 500 ausgestattet.

Gründe der Entscheidung für das Gerätesystem Elta 3 + REC 500 waren neben der Einführung der "Freien Stationierung" in die Landeskulturverwaltung mit dem Programmsystem REC 500 -Version RP-, die robuste Bauweise des REC 500 und die umfangreiche Standardsoftware, die auch für andere Aufgaben der Landeskulturverwaltung einsetzbar ist. (z.B. Landespflege, Bautechnik)

Das REC 500 ist ein feldtauglicher Computer mit folgenden Möglichkeiten:

- Datenerfassung (automatisch)
- Datenspeicherung
- Datenaufbereitung
- Datenauswertung (online während der Messung)
- Berechnung mit Koordinaten
- Datenübergabe an Peripheriegeräte und Computer
- Datenübernahme von Peripheriegeräten und Computer

Über eine Schnittstelle kann das REC 500 mit allen registrierenden Vermessungsinstrumenten, Peripheriegeräten (Floppy, Drucker) und PC's zwecks Datenaustausch verbunden werden.

Das REC 500 ist mit folgenden Programmen ausgestattet:

1. Reine Registrierungen / Polaraufnahme
2. Polygonzugsmessung
3. Freie Wahl des Standpunktes
4. Datenübertragung REC 500 - Computer
5. Anzeige von Verfahrensdaten
6. Anzeige und Aufbereitung von Daten
7. Löschen von Files

5. Programm "Freie Wahl des Standpunktes"

Die fachlichen Vorgaben für das Meßverfahren "Freie Wahl des Standpunktes" findet man in der Katastervermessungsrichtlinie des Ministeriums des Innern und für Sport vom 27. Juni 1991 (RiKaV) im Abschnitt 3 "Meßverfahren" und der dazugehörigen Anlage 4.

Entsprechend den Vorgaben der RiKaV wurde das Programmsystem REC 500 - Version RP - konzipiert und aufgebaut.

Die praktische Handhabung des Programmsystems ist in der von der Landeskulturverwaltung bearbeiteten vorläufigen Bedienungsanleitung, Stand 24. Februar 1994, beschrieben.

Die folgende Darstellung des Programms "Freie Wahl des Standpunktes" soll einen groben Überblick über die wesentlichen Teile des Programmes geben. Detaillierte Beschreibungen findet man in den o. g. Richtlinien und Anleitung.

Zur Prüfung und Kontrolle des Messablaufs entsprechend der RiKaV Anlage 4(4) verfügt das Programm unter anderen über drei wesentliche Meßfunktionen:

- **DOPP = DOPPelaufnahme**
- **PRUE = PRUEfmessung**
- **HILF = HILFszielmessung**

Die Meßfunktion wird für einen Punkt, eine Messung oder Registrierung entweder automatisch vorgegeben, oder durch Anwahl der Funktion/Unterfunktion eingespielt. Eine manuelle Vorgabe oder Änderung ist nicht möglich.

Im einzelnen können diese drei Meßfunktionen wie folgt erläutert werden:

Meßfunktion "DOPP":

Bei der Vorgabe der Meßfunktion "DOPP" muß jeder Punkt doppelt aufgenommen werden.

Durch eine Fehlermeldung wird bei der Erstaufnahme dem Bearbeiter der freien Stationierung mitgeteilt, wenn der Punkt bereits koordiniert ist.

Bei der Zweitaufnahme wird geprüft, ob die lineare Abweichung zwischen Erst- und Zweitaufnahme $\leq 0,02$ m ist. Ist die Fehlergrenze überschritten, muß die Erst- oder Zweitaufnahme gelöscht werden.

Die Erst- und Zweitaufnahme eines Punktes müssen durch eine andere, z.B. eine Hilfszielmessung getrennt sein.

Am Ende der Stationierungsmessung wird geprüft, ob alle mit DOPP gekennzeichneten Punkte auch im Verlauf der aktuellen Stationierungsmessung doppelt aufgenommen wurden. Wird bei dieser Prüfung festgestellt, daß dies nicht der Fall ist, so werden die betreffenden Punkte aufgelistet. Die fehlenden Messungen können dann sofort, also ohne neue Stationierung, nachgeholt werden. Ein Abschließen der Stationierung ohne Nachmessung ist nicht möglich.

Meßfunktion PRUE:

Mit der Meßfunktion "PRUE" wird die Aufnahme eines identischen Punktes durch die Messung zu Kontrollpunkten (koordinierte Punkten) überprüft, kontrolliert oder verprobt. Ist die errechnete Koordinatenabweichung der Kontrollpunkte ≤ 7 cm wird vom Programm darauf hingewiesen und der Bearbeiter kann entscheiden, ob die Messung registriert werden soll oder nicht.

Meßfunktion HILF:

Zur Berechnung der Orientierungskontrolle ist unmittelbar vor und nach den Richtungsmessungen zu den Anschlußpunkten die Richtung zu einem möglichst genau anzielbaren Hilfsziel zu ermitteln. Bei der weiteren Aufmessung und Absteckung müssen die 1., jede 21. und die Abschlußmessung eine Messung zum Hilfsziel sein. Zu diesen Messungen wird vom Programm aufgefordert. Zusätzlich kann immer dann, wenn diese Funktion eingeblendet ist, eine zusätzliche Hilfszielmessung durchgeführt werden. Ab der 2. Hilfszielmessung wird die Richtungsdivergenz zwischen der ersten und der aktuellen Messung in eine Querabweichung am entferntesten Anschlußpunkt umgerechnet. Diese darf 0,02 m nicht übersteigen.

Ist diese Querabweichung $> 0,02$ m und $< 0,05$ m, so werden alle Messungen (maximal 20) bis zurück zur letzten ordnungsgemäßen Hilfszielmessung gelöscht und der Meßvorgang programmgesteuert abgeschlossen. Es wird dabei angezeigt, welche Messungen gelöscht wurden.

Ist die Querabweichung $> 0,50$ m, so ist die Wiederholung der Messung möglich.

Die durch die Löschung weggefallenen Messungen müssen in einer neuen Stationierung wiederholt werden.

Der **Arbeits-/Programmablauf** einer freien Stationierung kann mit folgendem Flußdiagramm beschrieben werden:

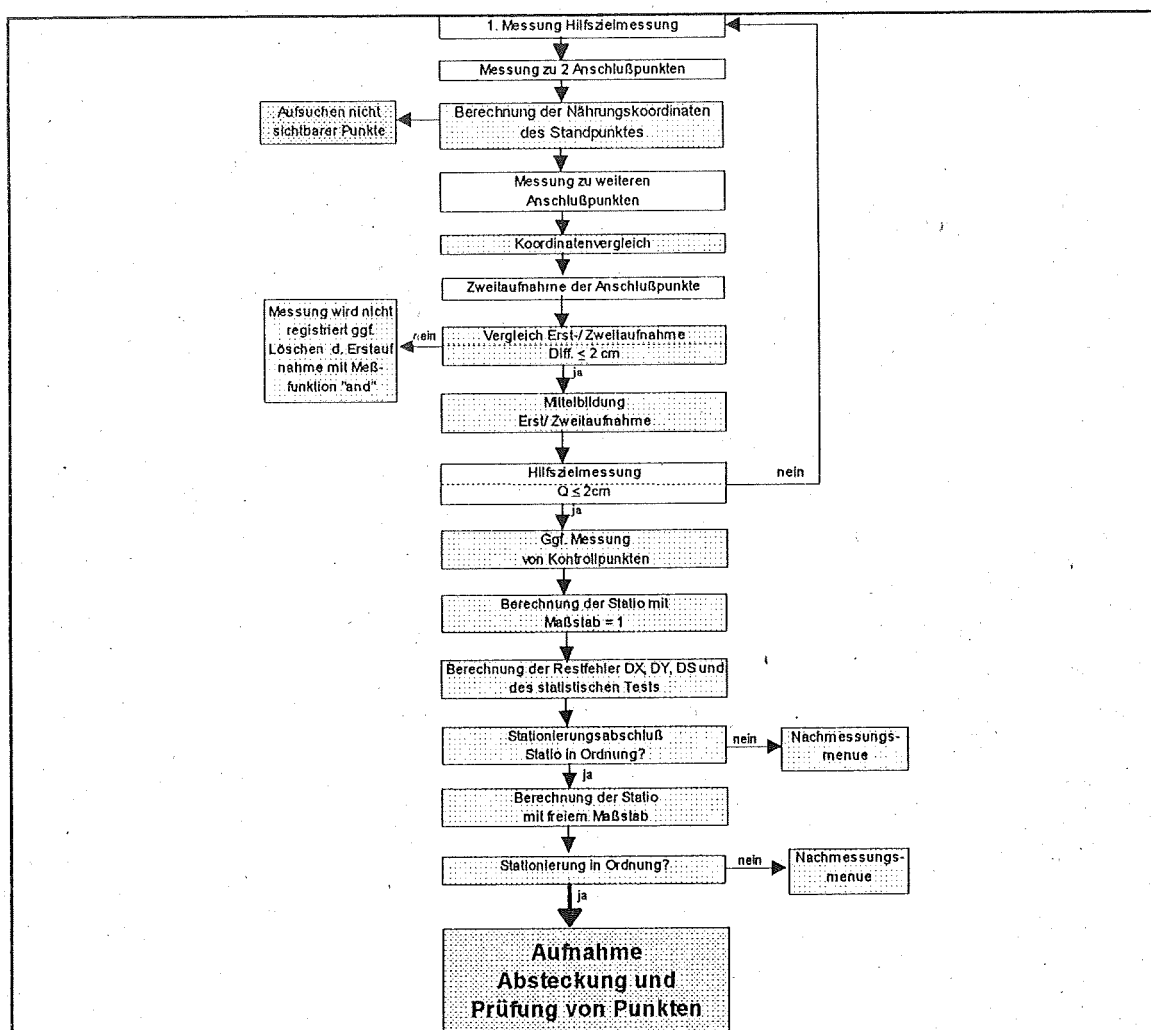


Abb. 6: Arbeits-/ und Programmablauf

Sämtliche Aufnahmepunkte am Rande und innerhalb des Bereichs, in dem Punkte aufgenommen oder abgesteckt werden sollen, sind als Anschlußpunkte in die Stationierung einzubeziehen.

Mindestens 3 Aufnahmepunkte sind notwendig, maximal 10 Aufnahmepunkte verarbeitet das Programm.

Die 1. Messung muß zum Hilfsziel erfolgen.

Zur Erkennung von groben Fehlern werden aus den Messungen zu den ersten zwei Anschlußpunkten Nährungskordinaten des Standpunktes berechnet.

Aus diesen Nährungskordinaten und den nachfolgenden Richtungs- und Streckenmessungen zu weiteren Aufnahmepunkten werden jeweils die IST-Koordinaten dieser Aufnahmepunkte berechnet und mit den SOLL-Koordinaten verglichen. (Koordinatenvergleich)

Die Zweitaufnahme der Anschlußpunkte ist durch eine andere Messung (z.B. Hilfszielmessung) zu trennen. Es folgt der Vergleich zwischen der Erst- und Zweitaufnahme. Die Messungen werden nur akzeptiert, wenn die Differenz ≤ 2 cm ist.

In die Berechnung der freien Stationierung fließt das Mittel aus Erst- und Zweitaufnahme.

Die letzte Messung vor der Berechnung muß eine Hilfszielmessung sein. Ist die Richtungsdivergenz zwischen der ersten und der aktuellen Messung, umgerechnet in eine Querabweichung am entferntesten Aufnahmepunkt größer als 2 cm, muß neu stationiert werden.

Die freie Stationierung ist durch die Aufnahme von mindestens 3 Kontrollpunkten zu prüfen. Bei Bodenordnungsverfahren mit Neuvermessung handelt es sich bei den Kontrollpunkten um bereits koordinierte Punkte an der Nahtstelle benachbarter Stationierungen (Vergleichspunkte) oder um bereits koordinierte Punkte an der Gebietsgrenze.

Mittels der Helmertransformation werden zunächst die Transformationsparameter und die linearen Abweichungen in den Anschlußpunkten mit dem Maßstab 1 berechnet.

Die freie Stationierung ist zulässig, wenn die lineare Abweichung bei keinem der Anschlußpunkte den Betrag von 0,06 m überschreitet.

Mit Hilfe der linearen Abweichungen und eines statistischen Tests können grobe Fehler in den Anschlußpunkten erkannt werden.

Ist die freie Stationierung zulässig, folgt die Berechnung der Transformationsparameter und der linearen Abweichungen mit freiem Maßstab.

Wurde die Fehlergrenze von 0,06 m überschritten oder wurde die freie Stationierung als nicht in Ordnung angesehen, erscheint ein Nachmessungs-Menü, das dem Bearbeiter folgende Wahlmöglichkeiten bietet:

1. Nachmessung weiterer Punkte
2. Löschen eines Punktes
3. Löschen der gesamten Stationierung
4. Neue Anzeige der Ergebnisse
5. Berechnung trotz Fehlergrenzüberschreitung

(Alle Koordinaten werden dann als vorläufig gekennzeichnet)

Ist auch die Berechnung der freien Stationierung mit freiem Maßstab in Ordnung, kann sofort mit der Aufnahme, Absteckung und Berechnung von Punkten begonnen werden.

Zur nachbarschaftlichen Anpassung werden hierbei die linearen Abweichungen (Restfehler) der Anschlußpunkte mit dem Gewicht $p=1/s^2$ berücksichtigt.

6. Vorteile der "Freien Stationierung"

Gegenüber den herkömmlich in der Landeskulturverwaltung angewandten terrestrischen Meßverfahren hat die "Freie Stationierung" unter Anwendung des Programmsystems REC 500 -Version RP- zusammenfassend somit folgende Vorteile:

- durch die **freie Wahl des Standpunktes** ist keine Standpunktzentrierung über einem vorgegebenen koordinierten Punkt notwendig;
- der Standpunkt läßt sich besser an die Topographie anpassen;
- örtliche Hindernisse (z.B. Gebäude, Gräben, Erdhaufen, Böschungen, Bewuchs, Verkehr) lassen sich besser umgehen;
- von einem Standpunkt kann eine größere Zahl von Punkten abgesteckt oder aufgenommen werden;
- enges **koordinatenbezogenes Arbeiten**;
- durch den Einsatz von Theodoliten in Kombination mit einem elektronischen Entfernungsmesser kann ohne besonderen Aufwand eine **höhere Lagegenauigkeit** als bei einer Orthogonal-aufnahme erreicht werden;
- durch die Berücksichtigung sämtlicher am Rand und innerhalb des vom frei gewählten Standpunkt aus bearbeiteten Bereichs gelegenen Anschlußpunkte wird eine **Genauigkeitssteigerung** erreicht;
- es erfolgt eine bestmögliche **umgebungstreue Anpassung** der im Anschluß an die Stationierung vorgenommenen Absteckung und Aufmessung, die nicht nur linienhaft wirkt, wie bei herkömmlichen Verfahren, sondern **flächenhaft**;
- die Programmversion RP liefert **durchgreifende Kontrollen** der Messungen;
- **wirtschaftlich** durch die automatische Dokumentation der Absteckung bzw. Aufnahme.

7. Einsatzbereiche der "Freien Stationierung"

Das Meßverfahren "Freie Stationierung", unter Anwendung des Programmsystems REC 500 - Version RP - ist in der Landeskulturverwaltung vielseitig einsetzbar.

Liegt ein entsprechend gutes, übergeordnetes Netz von Anschlußpunkten vor, läßt sich das Meßverfahren grundsätzlich für alle örtlichen Vermessungsarbeiten im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens einsetzen.

Die Anwendung des Verfahrens bei Grenzfeststellungen und Fortführungsvermessungen wird hierbei von untergeordneter Bedeutung sein.

Ganz besonders wirtschaftlich ist das Meßverfahren immer dann, wenn eine größere Anzahl von Grenzpunkten abgesteckt oder aufgenommen werden soll.

Bei der Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren ist dies fast ausschließlich immer der Fall:

- bei der Aufnahme der Grenzen der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen,
- bei der Planabsteckung sowie
- bei der Planaufmessung.

Bei der Anwendung des Meßverfahrens "Freie Stationierung" wird eng koordinatenbezogen gearbeitet. Es ist somit für Arbeiten im Koordinatenkataster besonders gut geeignet.

Vorweg koordinierte Grenzpunkte, wie sie auch bei dem jetzt eingeführten Verfahren der Punkt-festlegung durch Digitalisierung entstehen, lassen sich, ganz besonders in größeren flächenhaften Bereichen, mit Hilfe der "Freien Stationierung" hervorragend abstecken.

Schulungskonzept für die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz*)

von Vermessungsrätin Birgit Kilian, Mainz

1. Einleitung

Die Weiterentwicklung im Informationstechnikeinsatz und deren Anwendung in der Landeskulturverwaltung bedingt eine effektive Fortbildung in Fragen der IT-Nutzung.

Aus- und Weiterbildung dienen

- der Vertiefung, Ergänzung und Erweiterung vorhandener oder
- dem Erwerb neuer Kenntnisse, Fähigkeiten und Qualifikationen
- sowie der Motivationsförderung eines jeden Mitarbeiters.

Im Rahmen der vorgegebenen **finanziellen Voraussetzungen** und der **zeitlichen Realisierung von WEDAL** ist ein Schulungskonzept zu erstellen, das

- bedarfsgerechte,
- praxisbezogene,
- zeitnahe Grund- und Aufbauschulungen sowie
- Spezialausbildungen der Berater umfaßt.

Verändern sich die Rahmenbedingungen (wie Finanzmittelkürzungen, Verzögerungen bei der Hard- und Softwareausstattung der Ämter, Bedarfsänderungen), so muß das Konzept darauf flexibel reagieren und entsprechend fortgeschrieben werden.

*) Vortrag am 27. Mai 1994 in Emmelshausen (gekürzt)

Eine regelmäßige Überprüfung der Rahmenbedingungen ist daher unerlässlich.

Die Effektivität der Aus- und Weiterbildung hängt in erheblichem Maße von den Beratern, insbesondere deren Kenntnisstand, aber auch vom persönlichen Engagement der geschulten Mitarbeiter ab.

2. Aus- und Weiterbildung der letzten 10 Jahre

Die Landeskulturverwaltung hat für ihre Mitarbeiter in den letzten 10 Jahren Einweisungen und Lehrgänge aus den verschiedensten Themenbereichen angeboten.

Das Aus- und Fortbildungsangebot erfaßt die Bereiche

- allgemeine Fortbildung (bisher 1-3-tägig),
- IT-Fortbildung (bisher 1-3-tägig) und
- Ausbildung der Anwärter und Vermessungsreferendare bei der Lurest bzw. MLWF

Die Gesamtzahl der Seminarteilnehmer (TN) schwankt in diesem Zeitraum zwischen 146 (im Jahr 1984) und 604 (im Jahr 1985).

Im Schwerpunktjahr 1985 besuchten mehr als 70% aller Mitarbeiter durchschnittlich eine Veranstaltung, während dieser Anteil im Vorjahr das Minimum von 17% erreichte.

Über den Erhebungszeitraum wurden durchschnittlich 0,5% der Gesamt-AK-Tage für die Aus- und Weiterbildung verwandt.

Insgesamt ist für 1994 geplant, **mehr als 500 Seminarteilnehmer** aus- und weiterzubilden.

Die nachfolgende Graphik verdeutlicht den **Verlauf im Bereich der IT-Fortbildung** (ohne Berücksichtigung sonstiger Seminare).

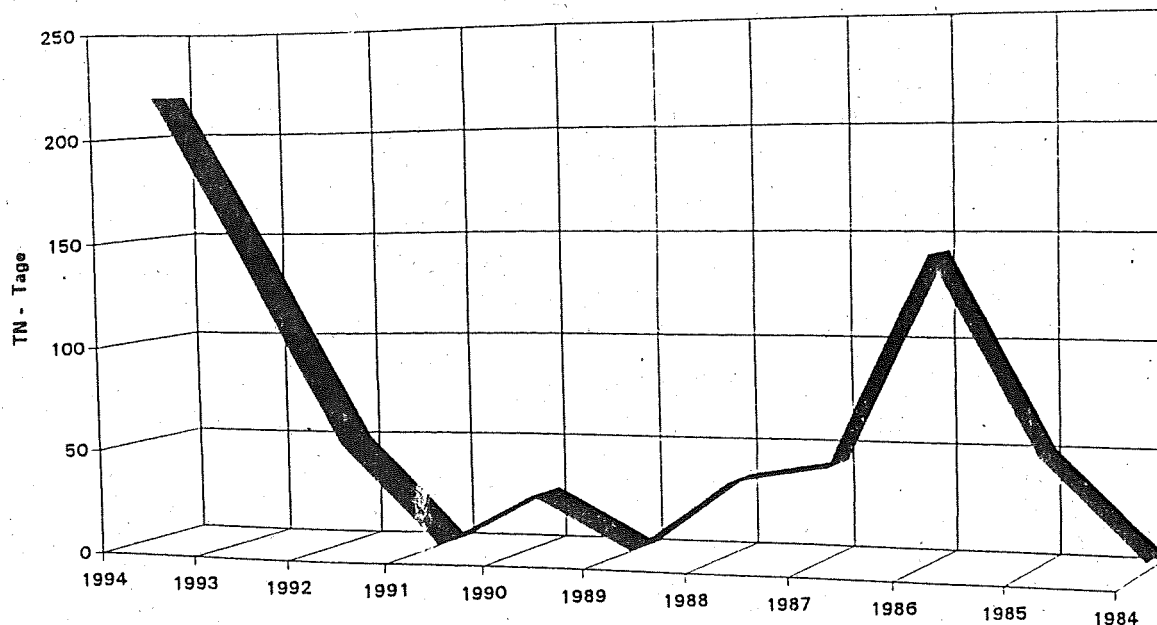


Abb. 1: IT- Fortbildung

Die Kurve läßt 2 Ausbildungshöhepunkte erkennen.

- Mit der Einführung der dezentralen Datenverarbeitung (DezDV) auf den Kulturämtern begannen 1986 Einweisungen in die Blockteil- und Zuteilungsberechnungsprogramme.

Der Anteil der IT-Fortbildung an der Gesamtanzahl der Aus- und Fortbildungstage betrug im Jahr 1986 rund 25%. Diese Größenordnung wird 1994 erstmals überschritten.

- Im Jahr 1991 wurden neue Richtlinien für die DezDV herausgegeben und damit die Anwendungsbereiche im dezentralen Sektor erweitert. Seit 1992 steigt der Prozentanteil der IT-Fortbildung mit den Einweisungen in die Programme BVP und Finanzierung über Schulungen im Jahr 1993 zu den Themen Framework, MS-Projekt, Register und Finanzierung, Textmaker, Word Perfekt (LUREST), Umstellung der PLZ, REC 500-Einweisung und Niederschlagsabflußmodell bis 1994 mit vorwiegend EXCEL-Lehrgängen stetig an.

Etwa die Hälfte aller Schulungsteilnehmer werden in diesem Jahr einen IT-Lehrgang besuchen.

Geschult wurden im wesentlichen 2 TN-Gruppen:

- Kontaktleute der Kulturämter von LUREST-Mitarbeitern in 1-2-tägigen Einweisungen und
- Programmierer durch die Hard- und Softwarehersteller neuerwerbener Produkte.

Zur Beratung kann der Anwender sich entweder an die Kontaktperson vor Ort oder über Hotline an den zuständigen LUREST-Mitarbeiter wenden, sofern DV-Probleme nicht mit Hilfe von Nachschlagewerken zu beheben sind.

Zusammenfassung:

Trotz der DV-Schulungsangebote und im Hinblick auf die künftigen Erweiterungen im IT-Bereich ist die Erstellung eines längerfristigen Fortbildungskonzeptes unbedingt erforderlich, da bisher lediglich 0,5% der Gesamt-AK-Tage zu Aus- und Weiterbildungszwecken genutzt werden.

Es zeigt sich jedoch bereits seit der Einführung der neuen Richtlinien eine steigende Tendenz im Bereich IT-Aus- und Weiterbildung, die sich mit der Realisierung des WEDAL-Konzeptes fortsetzen wird.

3. Schulungsressourcen

Der Schulungsbedarf für Fremdsoftware und Eigenentwicklungsprogramme kann über

- offene Kurse,
- Firmenschulungen,
- Inhouseschulungen und
- Eigenschulungen gedeckt werden.

Inhouse- und Eigenschulungen bieten die wirtschaftlich sinnvollsten Vorteils kombinationen (zeitnahe, praxisorientierte, kostengünstige Schulungen mit variabler TN-Zahl und variablem Tagungsort). Anbieter sind

- Hard- und Softwarehersteller
- reine Schulungsbetriebe
- sonstige Weiterbildungsstätten

Schulungen über Hard- und Softwarehersteller sind sinnvoll für Programmierer und Systembetreuer mit Auslieferung der Systeme.

Reine Schulungsbetriebe stellen in der Regel ein breites, entsprechend der Nachfrage erweiterbares Schulungsangebot zur Auswahl.

Verschiedene Weiterbildungsstätten können auf Grund ihrer Bezuschussung kostengünstig anbieten. Mit dem Statistischen Landesamt RP (StaLa) und dem BISOWE (DBB) wurden bereits erste Seminare vereinbart.

Die Einrichtungen des Bildungsseminars für die Agrarverwaltung in **Emmelshausen** können u.a. von der LKV kostenlos genutzt werden.

Neben Seminarräumen für allgemeine Fortbildungsveranstaltungen sind dort PC-Labors für DV-Lehrgänge eingerichtet. Unterkunft und Verpflegung ist integriert. In beschränktem Umfang stehen auch hauseigene Referenten zur Schulung von Textverarbeitung und EXCEL unentgeltlich zur Verfügung. Die Nutzung dieser Tagungsstätte ist daher vorrangig zu betreiben.

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in **Bad Ems** hat seit Januar dieses Jahres Aufgaben im Bereich informationstechnische Fortbildung von Landesbediensteten übernommen. Mit der Erweiterung ihres Aufgabenfeldes einher gehen Erweiterungen von Schulungskapazitäten. Derzeit sind jedoch ihre Schulungsressourcen weitgehend ausgeschöpft.

Generell bietet das StaLa Kurse im Rahmen des ISM-Programmes im PC-Labor in Bad Ems sowie Inhouseschulungen über freizustellende Mitarbeiter an.

Der Raum 015 der LUREST ist im wesentlichen geeignet, Einweisungen in Eigenentwicklungssoftware durch die Programmierer durchzuführen.

Schulungen vor Ort, d.h. in Tagungsräumen der Ämter oder direkt am Arbeitsplatz werden von vielen Mitarbeitern bevorzugt. Multiplikatoren der Ämter können als Referenten eingesetzt werden ("Anwender schulen Anwender").

Zusammenfassung:

Im Rahmen der gegebenen personellen und finanziellen Möglichkeiten sind Einweisungen/Schulungen in eigenentwickelte Programme wirtschaftlich sinnvoll mit Hilfe der zuständigen Programmierer bzw. Projektleiter i. V. mit dem Einsatz von Multiplikatoren durchzuführen.

Fremdsoftware ist weitgehend über externe Referenten und z.T. externe Tagungsstätten zu realisieren.

Offene Kurse sind nur in Ausnahmefällen (wie geringe Teilnehmerzahl, kurzfristige Termine) in Anspruch zu nehmen.

Inhouse-/Firmenschulungen stellen eine flexible, praxisnahe und wirtschaftliche Lösung dar.

Die Anzahl der für die LKV verfügbaren TN-Plätze im Rahmen des ISM-Programms ist sehr begrenzt und für die weitere Ressourcenplanung vernachlässigbar.

Vorrangig sind die Einrichtungen des Bildungsseminars in Emmelshausen als Tagungsort zu nutzen. Der Raum 015 der LUREST steht für die Ausbildung in den eigenentwickelten Programmen zur Verfügung.

4. Bedarfserhebung

Um bedarfsgerechte, praxisorientierte Angaben über den Nachholbedarf für derzeit verfügbare Software sowie den künftigen Aus- und Weiterbildungsbedarf im IT-Bereich zu gewinnen, sind an alle Angehörigen der LKV Fragebogen verteilt worden.

Rd. 75% aller Mitarbeiter in der LKV beantworteten die Umfrage.

Unter Berücksichtigung der wegen Urlaub, Krankheit u.ä. während der Befragungsdauer nicht erreichbaren Mitarbeiter fand diese Aktion eine sehr hohe Resonanz.

134 Befragte gaben an, bisher durch die LKV im DV-Bereich geschult/eingewiesen worden zu sein, darunter 32 Mitarbeiter, die einen IT-Einführungs- und z.T. auch einen IT-Aufbaukurs des Innenministeriums belegt hatten.

Im wesentlichen wurden folgende **LKV-Schulungen** aufgeführt:

Vermessung und Digitalisierung, Verwaltung, MS-Projekt, PC-Einweisung, Textverarbeitung, Framework, BVP, EDV-Betreuerschulung, Einweisung ins REC 500-Pr., NA-Modell.

Private EDV-Kurse belegten insgesamt 35% der Befragten, hauptsächlich EDV-Grundkurse, DOS, Studium, Programmiersprachen, Textverarbeitung und WINDOWS.

4.1 Erhebung des Bedarfs für derzeit verfügbare Software:

Neben den Schulungen für die geplanten neuen Softwareeinführungen besteht Bedarf für die bereits ausgelieferten, in Anwendung befindlichen Programme. Die Auswertung der diesbezüglichen Erhebung erfolgte funktionsgruppenweise:

- Gruppe I : Amtsleiter, nichttechnisch höhere Beamte
- Gruppe II : LtB, ptB, BV I, BV II
- Gruppe III : SGL, SB u. Mitarb. Planung und Verm., SGL und SB des Kataster- und DV-Büros
- Gruppe IV : GLB, SGL Verw., Verwaltungsachb., Mitarb. Verw.
- Gruppe V : Bautechnikbüros
- Gruppe VI : Landespflegegruppen
- Gruppe VII : Landwirtschaftsgruppen
- Gruppe VIII : Ref. 53 der Bez.Reg.

Die in nachfolgender Tabelle angegebenen Teilnehmerzahlen wurden den Umfrageergebnissen entsprechend prozentual auf die Gesamtmitarbeiterzahl hochgerechnet.

Thema \ Gruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	TN
EXCEL	15 PIB	10	240	85	35	20	10	25	425
MS-Projekt	15	60	100	30	10	5	0	10	230
Verm./Digit.-Programme	0 BV	15	295	5	0	0	0	0	315
Finanzierung	7 PIB/LtB	15	40	45	10	0	0	0	110
LW-Programme	10	0	10	20	0	0	15	0	55
NA-Modell	0	5	5	0	25	0	0	5	40

Abb. 2: Schulungsbedarf für derzeit verfügbare Anwendersoftware

Bewertung unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen:

EXCEL:

Die für 1994 bereits feststehenden Termine sind in obiger Tabelle berücksichtigt. Als TN sind die LtB, PtB, Kulturbauarbeiter, Landespfleger, BV I und BV II vorgesehen. Die Reihenfolge der für die nächsten Kurse ab 1995 einzuladenden Teilnehmer ist insbesondere abhängig von der Auslieferung der PC's (zeitnahe Schulung), der Vernetzung (begrenzte Lizenzanzahl). Vorrangig sind dabei die Hauptanwender zu schulen, d.h. zunächst die Inhaber von Leitfunktionen und die SGL Planung und Vermessung. Mittelfristig sind die Bezirksregierungen zur Erledigung der Verbundlösung u.a. mit EXCEL auszustatten. Sie sind daher in den TN-Kreis mit aufzunehmen, d.h. alle Bediensteten der Landeskulturverwaltung erhalten eine Einweisung.

MS-Projekt:

Das Programm zur Arbeits- und Projektplanung erfordert nur einen eingeschränkten Nutzerkreis (siehe WEDAL Kapitel 7, Ziffer 4.4). Zur Laufendhaltung des Programmes werden dieses Jahr, nachdem die LtB bereits eingewiesen wurden, zusätzlich 20, von den Ämtern/Bez.Reg. vorgeschlagene Mitarbeiter geschult. Weitere Mitarbeiter sind zur Erledigung dieses Aufgabenbereiches derzeit nicht erforderlich. Auch im Hinblick auf die Programmkomplexität sollten nur TN eingewiesen werden, die regelmäßig mit dem Programm arbeiten. Zusätzliche Seminare sind nur bedarfsweise vorgesehen.

Vermessungs- und Digitalisierprogramme:

Rd. 320 Mitarbeiter haben Bedarf in diesem Programmkomplex angemeldet. Der TN-Kreis besteht überwiegend aus Mitarbeitern der Gruppe III und den Bürovorstehern I und II. Aufgrund der derzeit begrenzten PC-Zahl vor Ort arbeiten nur einige Mitarbeiter regelmäßig mit diesem Programmkomplex. Bis zur Auslieferung der nächsten Programmänderung ist der Bedarf über Einweisungen durch Kontaktleute vor Ort abzudecken.

Finanzierungsprogramm:

Bisher wurden nur Kontaktleute unterrichtet. Eine erstmalige Information über Inhalt und Möglichkeiten des Programms oder eine Einweisung in die praktische Anwendung kann wegen begrenzter Kapazität nur über Multiplikatoren vor Ort erfolgen. Die Weiterentwicklung dieser Software kann frühestens für 1998 eingeplant werden.

Landwirtschaftsprogramme:

Neben derzeitigen Anwendern zeigen insbesondere die nichttechnischen höheren Beamten besonderes Interesse an einer Ausbildung. Wie für die anderen eigenentwickelten Programme ist vorläufig eine Einweisung oder Information zunächst nur über die jetzigen Nutzer vor Ort möglich.

Niederschlagsabflußmodell:

Die Unterrichtung einer Gruppe von Bautechnikern und Sachbearbeitern (SB) der Bez.Reg. bei Ausgabe der Kulturbau-PC's haben Mitarbeiter des Amtes für Wasserwirtschaft durchgeführt. Für weitere Schulungen stehen keine entsprechend ausgebildeten Programmierer bei der LUREST zur Verfügung. Schulungen müssen vorerst über die bereits eingewiesene Mitarbeiter auf den Ämtern/Bez.Reg. erfolgen.

Insgesamt können folgende Termine den Schulungsbedarf für die derzeit verfügbare Software abdecken. Änderungen ergeben sich in Abhängigkeit der freien Ressourcen und dem konkreten Inhalt der Termine.

EXCEL	40 Termine * 3 Tage * 12 TN = 1380 TN-Tage
MS-Projekt	vorerst 0 TN-Tage (außer den eingekl. 20 Mitarb.)
Verm/Dig	über SB vor Ort
Finanzierung	über SB vor Ort
LW-Progr.	über SB vor Ort
NA-Modell	über SB vor Ort

4.2 EINWEISUNGS-/Schulungsbedarf insgesamt nach Vernetzung

Die in nachfolgender Tabelle angegebenen Teilnehmerzahlen wurden den Umfrageergebnissen entsprechend prozentual auf die Gesamtmitarbeiterzahl hochgerechnet.

Thema/Gruppe	Bez.Reg.	I	II	III	IV	V	VI	VII	TN
Textverarbeitung	10	10	50	300	155	40	25	20	610
Bürokommunikation	20	15	50	190	140	25	15	15	470
Windows	15	15	40	300	180	45	20	20	635
DOS	5	5	25	305	95	35	15	10	495
GEOBASE	0	0	5	20	0	0	25	0	50
HPF	5	0	45	115	0	30	25	0	220
REDAS	0	0	20	275	65	0	0	0	360
Datenbank.	5	0	5	60	15	10	0	5	100
Netzwerk.	5	5	30	95	25	10	5	10	185
Datenschutz	5	15	30	155	55	5	0	10	275
Waldflurb.	0	0	10	100	15	5	0	0	130
Organis./Stat.	15	15	60	105	50	15	0	15	275

Abb. 3: Einweisungs- und Schulungsbedarf insgesamt nach Vernetzung

Bewertung unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen:

Textverarbeitung:

Dieses Programm steht künftig allen Angehörigen der LKV zur Verfügung und erfordert daher entsprechend erstmalige Schulungen mit funktionsgruppenweise zusammengefaßten TN-Kreisen. Darüber hinaus sind anwenderbezogene Weiterbildungskurse vorgesehen (u.a. für Verwaltungsmitarbeiter).

Bürokommunikation:

Teilbereiche stehen allen Mitarbeitern zur Verfügung (z.B. Vorgangsbearbeitung, Textverarbeitung). Zur allgemeinen Einführung ist eine Unterrichtung über Multiplikatoren geplant. Einige Mitarbeiter benötigen darüber hinausgehende anwenderbezogene Spezialschulungen. Rund 10 Termine sind hierfür vorgesehen.

WINDOWS:

Die benutzerfreundliche Bedieneroberfläche läuft künftig unter WINDOWS. Eine Einweisung ist für alle Mitarbeiter erforderlich. Hierin werden auch PC-Grundkenntnisse in notwendigem Umfang ver-

mittelt. Diese Einführung wird mit der Schulung im Bereich Textverarbeitung oder EXCEL kombiniert.

DOS:

Die Bedieneroberfläche soll so gestaltet werden, daß der Anwender keine Betriebssystemkenntnisse mehr benötigt. Die Art des Betriebssystems steht erst nach der Geräteausschreibung im Herbst 1994 fest. Die für den Anwender ansonsten erforderlichen Grundkenntnisse werden mit der WINDOWS-Einführung vermittelt. Nur für die Mitarbeiter der DV-Büros und der LUREST ist eine gesonderte Betriebssystemschulung erforderlich.

PC-Grundkurs:

Soweit erforderlich und nach Abstimmung mit der Personalvertretung, ist ein solcher Kurs einzuplanen. Die Auswertung der Befragung ergab, daß ein geringer, aber nicht vernachlässigbarer Prozentsatz der Befragten einen entsprechenden Bedarf haben. Wegen der geplanten bedienerfreundlichen Oberflächen, den bereits vorhandenen Vorkenntnissen und dem WINDOWS-Grundkursangebot ist ein solcher Kurs nicht generell für alle Mitarbeiter vorzusehen. Ggf. ist eine Einführung am Arbeitsplatz (AP) über Mitarbeiter des DV-Büros oder sonstigen Kollegen eher geeignet und auch ausreichend, zunächst die Hemmschwelle vor der "black box" zu nehmen.

GEOBASE:

Dieses Programm soll in diesem Jahr getestet und an die Landespflegegruppen ausgeliefert werden. Vorrangig sind daher die Landespflegegruppen in Verbindung mit der PC-Auslieferung bei der LUREST zu schulen.

HPF:

Die Programmierungsarbeiten sind derzeit in Vorbereitung. Eine erste Einweisung erfolgt noch in diesem Jahr für Hauptanwender, mit dem nächsten EXCEL-Kurs. Eine erweiterte Version wird voraussichtlich 1995 herausgegeben.

REDAS:

Die Programmierarbeiten sind begonnen. Einweisungen sind für fast alle Bedienstete erforderlich. Mit der Auslieferung des Programmkomplexes auf die Ämter ab 1997 können die Schulungen beginnen (ggf. unter Einschaltung von Multiplikatoren). Die Heimstätte ist in die Bedarfsplanung einzubeziehen.

Datenbank:

Die Menueoberfläche soll so gestaltet werden, daß Anwender keine Datenbankkenntnisse mehr benötigen. Soweit Anwenderprogramme Kenntnisse aus diesem Bereich erfordern (z.B. REDAS) werden diese in den entsprechenden Einweisungen vermittelt. In Problemfällen stehen Systembetreuer bzw. Multiplikatoren zur Beratung bereit. Gesonderte Schulungen erhalten zunächst die zuständigen Mitarbeiter des DV-Büros und der LUREST.

Netzwerk:

Die Betreuung liegt im Zuständigkeitsbereich des DV-Büros. Eingehende Netzwerkkennnisse sind für Benutzer nicht erforderlich. Gesondert geschult werden die Mitarbeiter des DV-Büros (insb. die Systembetreuer) und der LUREST.

Datenschutz, -sicherung:

Die erforderlichen Kenntnisse für Nutzer werden in den Einführungskursen für die Anwenderprogramme (insbes. REDAS, Bürokommunikation) vermittelt. Im übrigen stehen entsprechend ausgebildete

Ansprechpartner vor Ort zur Beratung zur Verfügung. Die für die rechtliche Seite des Datenschutzes zuständigen nichttechnisch höheren Beamten erhalten allgemeine Fortbildungen zu diesem Thema. Datensicherung wird u. U. ein vor Ort eingewiesener Mitarbeiter des DV-Büros (Operator) übernehmen.

Waldflurbereinigung:

Der Bedarf wurde nicht nur von vermessungstechn. Mitarbeitern, sondern auch aus dem Verwaltungsbereich und den Landwirtschaftsgruppen angemeldet. Für Programmierarbeiten stehen derzeit noch keine Ressourcen zur Verfügung. Eine Einweisung erfolgt nach Programmerstellung (voraussichtlich nicht vor 1998) vorrangig für die im planerischen Bereich tätigen Mitarbeiter.

Organisation/Statistik:

Derzeit stehen keine Ressourcen zur Verfügung, um weitergehende Programmierarbeiten zu beginnen. Schulungen werden erst nach Einführung von REDAS, d.h. ab 1998 einzuplanen sein. Teilbereiche sind bereits über bestehende Programme (MS-Projekt, EXCEL) abgedeckt. Einzuweisen sind nur bestimmte Mitarbeiter der Ämter, Bez.Reg. und Heimstätte.

Insgesamt sind folgende Schulungen einzuplanen:

Textverarbeitung	~50 Termine * 12 TN * 2-3 Tage ~ 1500 TN-Tage
Bürokommunikation	~10 Termine * 10 TN * 2 Tage = 200 TN-Tage
WINDOWS	(60 Termine i.V. m. anderen Kursen)
DOS	Betriebssystemschulungen für DV-Büro u. LUREST
PC-Grundkurs	je nach Bedarf
HPF	2 Termine * 10 TN * 1 Tag = 20 TN-Tage
GEOBASE	1 Termin * 10-15 TN * 1 Tag = 15 TN-Tage
REDAS	offen
Datenbank	für DV-Büro- und LUREST-Mitarbeiter
Netzwerk	wie Datenbank
Datenschutz, -s.	wie Datenbank
Waldflurb.	offen
Org./Statistik	offen

Um zeitnahe Schulungen anbieten zu können müssen wegen der hohen TN-Zahl neben den zuständigen Programmierern weitere Mitarbeiter (Multiplikatoren) eingesetzt werden. Spezialschulungen der Mitarbeiter des DV-Büros und der LUREST übernehmen externe Referenten.

5. Benutzerunterlagen, Ansprechpartner

Bei der Planung des Konzeptes ist davon auszugehen, daß langfristig jeder Mitarbeiter mit den Anwenderprogrammen vertraut sein muß. D.h. im Hinblick auf die Verfahrenslänge können größere Zeiträume auftreten, in denen nicht ständig mit der verfügbaren, z.T. komplexen Spezialsoftware gearbeitet wird. Um die Wiedereinarbeitungsphase nach verfahrensbedingter längerer Pause so einfach wie möglich zu gestalten und erneute Schulungen/Einweisungen zu vermeiden, ist besondere Sorgfalt auf die Erstellung verständlicher Schulungsunterlagen und die Verfügbarkeit von Nachschlagewerken zu legen.

Seitens der Nutzer wird verstärkt gewünscht, regelmäßige Schulungen und Fortbildungsveranstaltungen anzubieten, um

- in der praktischen Anwendung auftretende Probleme gemeinsam zu erörtern,
- den eigenen Wissensstand aufzufrischen und zu erweitern
- in die Hard- und Softwareneuerungen eingewiesen zu werden.

Die Realisierung dieser Forderungen erfolgt durch Einführung von regelmäßigen Veranstaltungen, wie Erfahrungsaustausch für Systembeauftragte, Workshops für bestimmte Anwender oder Weiterbildungslehrgänge. Aufbauschulungen, z.B. für anwenderbezogene Textverarbeitung, sind vorgesehen.

Zur Betreuung bzw. Beratung der Mitarbeiter vor Ort müssen Multiplikatoren wie Systembetreuer (DV-Büro) ständig ansprechbar sein. Vorteil einer solchen Konzeption gegenüber der eingerichteten Hotline ist, daß der Ansprechpartner die Probleme aus eigener täglicher Erfahrung kennt und leicht verständliche, d.h. weitgehend ohne Nutzung von Fachbegriffen, Erklärungen abgibt.

6. Kosten

Im Gesamtfinanzierungsrahmen des WEDAL-Projektes ist der Schulungsaufwand mit 250000.-DM veranschlagt worden.

Seit 1992 gibt es für den IT-Bereich einen eigenen Titel (525.99), aus dem die entsprechenden Schulungskosten beglichen wurden.

Hierin enthalten sind Schulungen der Programmierer durch Privatfirmen sowie Reisekosten zu diesen Seminaren. Interne Fortbildungen der Kontaktleute durch LUREST-Mitarbeiter verursachten bisher nur interne Kosten.

Im Vergleich hierzu haben die befragten Verwaltungen (Forstverwaltung RP, HLVA) ein Vielfaches für ihre Mitarbeiterschulung ausgegeben.

Für die vom Projektleiter bereits durchgeführten und im 2.Halbjahr 1994 zu vervollständigenden MS-Projekt-Schulungen fallen nur interne Schulungskosten, die im wesentlichen die Reisekostentitel der Ämter belasten, an.

Die notwendigen Lehrgänge in den bereits angewandten von der LUREST entwickelten Programmen erfordern ebenfalls lediglich Reisekostenansätze.

Eine Aus- und Fortbildung eines Systembetreuers wird voraussichtlich Kosten in Höhe von rd. 20000.-DM verursachen.

Für 1994 ist der Haushaltsansatz, nach Schulung der ersten 6 Systembetreuer sowie unter Anrechnung der für dieses Jahr bereits fest eingeplanten Seminare, weitgehend ausgeschöpft. Zusätzliche Schulungstermine sind daher in diesem Jahr nicht mehr vorgesehen.

Für das Folgejahr stehen ebenfalls 100000.-DM für Schulungszwecke bereit. Die einzuplanende Anzahl an IT-Lehrgängen wird sich daher in ähnlicher Größenordnung wie 1994 bewegen.

7. Fortschreibung

Das DV-Büro sollte zur Laufendhaltung des Fortbildungskonzeptes (in Anlehnung an die Erfahrungen der Forstverwaltung RP) regelmäßig oder bedarfsweise der LUREST weitergeben, welche Fragen und Probleme überwiegend vor Ort auftreten.

Wie in anderen Verwaltungen bereits eingeführt, muß eine bedarfsorientierte Aktualisierung des Schulungsangebote jährlich im voraus erfolgen. Eine Wiederholung der Fragebogenaktion in einigen Jahren wird angestrebt. Die Fortschreibung des Konzeptes unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen ist als Daueraufgabe weiterzuführen.

Ein breites Angebot an Einweisungen und Schulungen allein ist nicht ausreichend, um die Effektivität der Datenverarbeitung nutzen zu können. Es ist wichtig, daß den Mitarbeitern genügend Zeit zur Übung und Einarbeitung zur Verfügung steht und ihnen die notwendigen Hilfestellungen durch Berater vor Ort zu gewähren.

EHRUNGEN

Laudatio für Karl Anton Mayer zum 85. Geburtstag am 6.4.1994

Sehr geehrter Herr Mayer, liebes Geburtstagskind

Der 6. April 1994 ist für Sie, Ihre Familie und eine große Schar von "Landeskulturisten in Rheinland-Pfalz" ein ganz besonderer Tag. Sie begehen den 85. Geburtstag, und das, wie jeder aus Ihrem Lebensumfeld weiß, in "Best-Verfassung" an Körper, Geist und Seele.

Wir, das sind frühere Mitarbeiter der Kulturämter, der Bezirksregierungen und der früheren Abteilung "Landeskultur" im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, aber auch einige Kollegen, die noch heute im aktiven Dienst stehen.

Wir sagen Ihnen alle nur denkbaren guten Wünsche für die nahe und weitere Zukunft, ganz besonders aber:

- bleiben Sie gesund und so vital, wie bisher
- bleiben Sie zufrieden und so optimistisch, wie das nur einem Rheinland-Pfälzer schlesischer Provenienz gegeben ist
- bleiben Sie uns das "Landeskulturelle Urgestein", das Sie in mehr als 4 Jahrzehnten der Gemeinsamkeit für uns geworden sind.

und haben Sie jetzt etwas Geduld, wenn ich einige Daten und Fakten aus Ihrem Leben vortrage.

Wer Ihr Leben betrachtet entdeckt zunächst, daß Sie ein Schlesier sind, geboren in dem kleinen Ort Ullersdorf, Kreis Grottkau, nahe dem großen Stauwerk von Ottmachau. Ihre Eltern waren Eigentümer eines Betriebes, der nach dem "Schlesischen Güteradressbuch von 1921" eine Fläche von 170 ha hatte, mit einem Viehbesatz von 300 Schafen im Zeitpunkt der Übernahme, 1902. Hier wuchsen Sie auf, lernten die Landwirtschaft gleichsam "Von Kinds-Beinen an" und erlebten den Aufbau des Gutes mit, insbesondere auch der Rotbunten Milchviehherde. Dieses Leben zu Hause im Gutsbetrieb der Eltern, wo damals neben einem Betriebs-Assistenten, dem Kutscher, dem Melkermeister und den Gespannführern auch ein sog. "Weiberschaffer" zur Aufsicht über die sonstigen Arbeitskräfte im Einsatz war, hat Ihre Jugendzeit sehr nachhaltig geprägt. Wir, die damaligen LKV-Zöglinge sind Zeugen für diese Schlesien-Prägung: Standen Fragen der Acker- oder Viehwirtschaft an oder auch solche des landwirtschaftlichen Bauwesens zur Diskussion, so kam von Ihnen der einführende Satz: "Bei uns in Schlesien...."

Da in ihrer Heimat das sog. "Ältestenrecht" in der Gutsnachfolge bestand, Sie aber der "Mittlere" von 3 Brüdern waren, besuchten Sie in der Kreisstadt Neisse das kath. Gymnasium "Karolinum". Sie wohnten im Schulort, gemeinsam mit 7 weiteren Gymnasiasten in einer Schülerpension, die von einer Frau Kutsche geleitet wurde, einer Dame mit fast symbolischen Namen für schlesische Agrar-Verhältnisse. Besondere Vorkommnisse über den Gymnasiasten Karl-Anton Mayer nicht nicht überliefert.....

Dem Abitur folgte ein Jura-Studium in Freiburg, München und Breslau, anschließend die Referendarzeit mit 2. jur. Staatsprüfung und ein Volontariat im elterlichen Betrieb. Nach verschiedenen Tätigkeiten in landwirtschaftsnahen Einrichtungen absolvierten Sie den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn eines Kulturamtsvorstehers in Preußen, den Sie 1940 mit der "Aussprache" abschlossen.

Ihr kriegsbedingter beruflicher Einsatz führte Sie nach Polen, Sie wurden dabei verwundet und kamen nach Kriegsende und abenteuerlicher Flucht mit Ihrer Frau und 2 kleinen Kindern nach Niedersachsen. Das wurde Ihre erste Heimat im Westen. Jede Arbeit nahmen Sie an, waren zeitweise Waldarbeiter, auch Postbote. Später konnten Sie in Papenburg mit Büroarbeiten in einem Torfwerk das tägliche Brot verdienen. Selten nur erzählten Sie von dieser schweren Zeit für Ihre Familie und Sie selbst, von den oft bitteren Erlebnissen durch "die Einheimischen", aber auch von helfenden Händen für Sie als Heimatvertriebene aus Schlesien.

Erst 1950 hatte Ihre schon 1945 erfolgte Rückmeldung beim Leiter der Abteilung "Flurbereinigung/Wasserwirtschaft" in Koblenz, Herrn ORR Hahn Erfolg. Sie wurden als Regierungs- und Kulturrat Leiter des Kulturamtes in Simmern und sammelten rheinland-pfälzische Berufserfahrungen; gemeinsam mit dem unvergessenen LtB dieses Amtes, Herrn Schöllhammer und gut qualifizierten PtB's wie den Herren Achtermann, Schnitzler und Esser.

Schon nach 2 Jahren Tätigkeit als KAV mußten Sie dem Ruf nach Mainz folgen, wohl eher "Nolens-Volens", nachdem schon damals die KAV-Position den höheren Stellenwert besaß. Sie übernahmen in der damaligen Abteilung "Landeskultur und Wasserwirtschaft" die Aufgaben des Vorsitzenden der "Oberen Spruchstelle für Umliegungen", später "Spruchstelle für Flurbereinigung", dann die eines "Unterabteilungsleiters Flurbereinigung" bevor Sie zum "Abteilungsleiter Landeskultur" avancierten.

12 Jahre lang, von 1962 bis 1974 leiteten Sie die Kulturämter des Landes und die LUREST mit großem Erfolg, unter den Ministern Stübinger und Mayer; und brachten Ihre Erfahrung/Ihren Rat im Aufsichtsrat der Landsiedlung ein. In dieser Zeitspanne vollzog sich in Rheinland-Pfalz ein stetiger Aufschwung des Gemeinwesens einschließlich von Landwirtschaft, Weinbau und Forsten.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch für die Neugestaltung vieler ländlicher Gemeinden haben Sie, Herr Mayer einen herausragenden Beitrag geleistet: Durch Ihre fachliche Kompetenz, ihren bewundernswerten Fleiß und die von Ihnen gemeinsam mit den leitenden Herren entwickelten Arbeitsgrundsätze. Ihr unermüdliches Engagement fand auch eine besondere Anerkennung durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse im Jahr 1973, eine öffentliche Ehrung, die selten einem "Nur-Beamten" verliehen wird.

Sie standen in hohem Ansehen: Bei den Mitarbeitern der Abt. IV, den Kollegen und Bediensteten des Landwirtschafts-Ministeriums, den Berufsorganisationen, den beiden Siedlungsgesellschaften und dem Agrar-Ausschuß des Landtages. Als Gesprächspartner der Bauern und Winzer, auch der Bürgermeister und Landräte hatte Ihre Meinung Gewicht und Überzeugungskraft. Bekannt als "Mayer mit der Fliege" waren Sie für Ihre Gesprächspartner ein kompetenter Beamter der Ministerial-Instanz, einer der genau wußte, wovon er sprach. Dazu kam Ihre Objektivität, auch dann, wenn Sachverhalte "politisch relevant" geworden waren oder personell von Gewicht. Sie hielten es mit Bismarck, der 1876 einmal sagte: "Je nachhaltiger die parlamentarischen Einflüsse auf das Staatsleben einwirken, desto notwendiger ist eine straffe Disziplin im Beamtenstande". Aber auch Ihre Menschlichkeit war in bestimmten Situationen klar auszumachen; etwa, wenn Armut und Notlagen sichtbar wurden.

Ihr berufliches und menschliches Verhalten ist deshalb beispielhaft gewesen, für uns und die Verwaltung schlechthin.

Aus dem Maßnahmen-Bündel Bodenordnung/Eingliederung-Siedlung/ Aussiedlungs- und Umbau-Maßnahmen/Landschaftspflege/ Dorferneuerung/ das in Ihrer Zeit großes Gewicht besaß, ist aus Zeitgründen nur die Schwerpunkt-Aufgabe Flurbereinigung/ beschl. Zusammenlegung anzusprechen. Die Flurzersplitterung, im Weinbau bis herunter auf wenige qm, die fehlenden Wege und weitere Mängel belasteten damals alle Betriebe. In den Dörfern fehlte den Bauern der Platz für neue Gebäude ebenso wie jungen Familien ein Bauplatz. Damit waren die Standortnachteile greifbar, besonders bei Ihren Ortsbesichtigungen. Sie lernten die Mentalität der Menschen ebenso kennen wie die Probleme der verschiedenen Betriebs- und Eigentumsgrößen sowie die speziellen Fragen der ja sehr verschiedenen Landschaften. Ein wichtiges Nebenprodukt dieser Arbeit: Sie erhielten Einblick in die Arbeitsmethoden der 14 Kulturämter und der jeweils agierenden Personen. So entstand für Sie ein besonderer Fundus an organisatorischen und personellen Wissen, der viele Ansätze zur Leistungssteigerung enthielt.

Besonders galt dies für den Zeitraum, als Sie für die Gebiete Haushalt, Personal und Organisation zuständig gewesen sind.

Als Abteilungsleiter ab 1962 wuchs Ihr Einfluß auf die Arbeit, auch deshalb, weil Sie mit den Mitarbeitern der Bereiche Planung/ Vermessung, Verwaltung/Recht, Kulturtechnik und Siedlung ein gutes Arbeitsklima herstellen konnten. Gemeinsam mit den Herren Schirmer/Schleupen/Dr. Kersting, Wenzel und Dr. Hohn und den qualifizierten Mitarbeitern in der Abteilung richteten Sie für alle Dienste der LKV eine systematische Aus- und Fortbildung ein. Sie schlug sich zunehmend in verbesserten Arbeitsergebnissen nieder, nicht nur im Bereich der Mengen sondern in der Qualität.

Eine Aktivität besonderer Art waren die jährlichen KAV-Tagungen, mit einer Vielfalt von aktuellen Themen, oft heißen Diskussionen und stets über 2 Tage hinweg. Das hatte den Vorteil, daß Sie uns abends im "Haus des Deutschen Weines" einen Ihrer Leitsätze für die Arbeit mit auf den Weg geben konnten: "Des Rats Herrn Trunk ist edle Pflicht, ne trockne Lampe leuchtet nicht....".

Und schließlich ist von den jährlichen Geschäftsbesprechungen bei den Kulturämtern zu berichten, meist mit einer gewissen Spannung von den Ämtern erwartet. Sie waren gespickt mit Fragen der laufenden und neu-geplanten Verfahren und eng verknüpft mit der Personal-Situation einschließlich der "heißen" Themen von Beförderung/ Höhergruppierung. So agierten Sie stets "orts- und bürgernah", wobei der Grundsatz von "Wahrheit und Klarheit" in Ihren kurzgefaßten Niederschriften das festhielt, was im laufenden Jahr an Leistung erbracht werden sollte.

Mit dieser Methodik konnten Sie Ihrem Minister und Staatssekretär, aber auch dem Landtag mit seinen Fraktionen jederzeit zutreffend und praxisnah Bericht erstatten. Das galt für jede Frage, die zur Diskussion stand. Welch kurzer Weg von "oben nach unten" das damals doch war.

Ihr permanenter Einsatz galt der Vermehrung des Personals in allen Diensten und Sparten, besonders aber der im höheren und gehobenen Dienst. Juristen, Geodäten und Landwirte absolvierten unter Ihrer Leitung eine zusätzliche Ausbildung samt Prüfung, der Aussprache, um die Leiter-Stellen qualifiziert zu besetzen. Mit großem persönlichen Einsatz, insbesondere im Ausbildungsabschnitt "Ministerium/Spruchstelle" brachten Sie uns, den "Nachwuchsfahrern der 50er Jahre" nahe, "was Sache ist". Das galt für alle Segmente der Pflanzenproduktion/ Viehhaltung/ Betriebswirtschaft. Überall waren Sie "zu Hause" und zudem mit einem extrem guten Ortsgedächtnis ausgestattet, mit dem Sie oft beeindrucken konnten.

Mit uns, Ihren damaligen "Lehrlingen" exercierten Sie regelrecht das Absetzen von Bescheiden unter dem Leitsatz: "Worauf kommt es denn hier an" und wir alle erinnern uns heute sicher mit einigem Schmunzeln an die Erörterung von Entwürfen zu Abfindungs- oder sog. 42er Beschwerden. Ich sehe Ihre Korrekturen "in Blei", das Korrekturwort "überflüssig", aber auch manches kaum lesbare Gekritzel, das wir im "stillen Kämmerlein" nur unter Einschaltung insoweit sachkundiger Personen - wie etwa des stets hilfsbereiten Ludwig Moog - definieren konnten.

Noch heute sind wir Ihnen dafür dankbar, wir, die Herren Dahlem/Staab, Primavessy/Neuser und Dr. Hörster/Zillien, die hier stellvertretend für die vielen anderen, auch aus dem gehobenen Dienst, genannt werden.

All dieses und weitere Aktivitäten von Ihnen führten zu einer Leistungssteigerung in dem damals so wichtigen und richtigen Messwert: Leistung Besitzübergangsfläche/Jahr.

Sie stieg in den 50er Jahren im Vergleich zu 1948/49 mit rd. 23 000 ha/Jahr auf das vierfache und erreichte von 1960-1969 mit einem Durchschnitt von 28 000 ha den Höhepunkt für dieses tragende Arbeitsgebiet der Kulturämter. Es herrschte sozusagen ein "edler Wettstreit" unter den Ämtern, ihren meist jungen und ehrgeizigen Amtsleitern und deren Mitarbeitern mit den Nachbar-Kulturämtern. Der Ehrgeiz einzelner soll - einer Story zufolge - bunte Blüten getrieben haben, als eine Leistungsbilanz der 14 KÄ in der Mittagspause einer KAV-Tagung von besonderen Interessenten unerlaubter Weise "mitgenommen wurde".....

Am hohen Leistungsstand "Besitzübergang" Ihrer Jahre als Abteilungsleiter waren die "Landsiedlung Rheinland-Pfalz" und die damalige "GFK" mit rd. 30 % der jährlichen Zuteilungsflächen beteiligt. Sie, Herr Mayer und weitsichtige Herren in der Abteilung wie Herr Schirmer hatten schon damals den hohen Stellenwert einfacher und kostengünstiger Verfahren ebenso erkannt, wie das besondere Gewicht der Weinbergs-Flurbereinigung im "Land der Reben und Wälder". Im Spitzenzuteilungs-Jahr Ihrer Amtszeit konnten rd. 1500 ha Rebflächen in den neuen Zustand überführt werden, wobei das Kulturamt Neustadt mit seinem agilen Amtsleiter Benning "vorne lag".

Natürlich waren diese Arbeitserfolge nur möglich, weil die öffentlichen Mittel kontinuierlich erhöht werden konnten: Die Politik in Bund und Land stand damals eindeutig hinter den agrarpolitischen Zielen der Landeskultur, ebenso die Mehrheiten der bäuerlich/ländlichen Bevölkerung und deren berufliche Vertretungen.

So konnten im Spitzenjahr 1970 insgesamt 86 Mio. Ausführungskosten mit 67 Mio. öffentlichen Zuwendungen in die Verfahren der Bodenordnung nach dem FlurbG einfließen.

Auch die weiteren Arbeitsfelder der Kulturämter wie Wegebau außerhalb der Flurbereinigung, Siedlung, Aussiedlung und bauliche Maßnahmen und Dorferneuerungsmaßnahmen durch Bodenordnung hatten ähnliche Steigerungsraten, auf die hier nicht näher eingegangen wird.

Sie, lieber Herr Mayer, können stolz sein auf diese Ihre Berufsjahre in unserem Land. Denn: Vielen Tausenden von Bauern/Winzern und mehr als 500 Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben die agrarstrukturellen Maßnahmen, die von Ihnen initiiert wurden, Nutzen gebracht, der noch bis in unsere Zeit und darüber hinaus fortwirkt.

Seit 20 Jahren sind Sie nun nicht mehr im Beruf; und dennoch an allen Fragen der LKV und der Landwirtschaft schlechthin interessiert und bestens informiert, wie wir immer wieder bei unseren monatlichen Treffen hier in Mainz feststellen.

Sie hatten ja schon immer ein offenes Ohr: Im Strandkorb auf der Nord- oder Ostsee-Insel, als Teilnehmer der jährlichen DLG-Tagungen in Wiesbaden, bei der Vogel-Exkursion in Ungarn oder auch beim "small-talk mit Insidern", etwa in der Bibliothek des Landwirtschafts-Ministeriums.

Beim OLG in Naumburg/Saale streiten Sie um die Rechte am Nachlass eines früheren Mitarbeiters, betreuen uns Mainzer Pensionäre bei Geburtstagen, aber auch bei traurigen Anlässen. Noch mehr: Sie kümmern sich um Ihre Nächsten in Ihrem Lebensumfeld, wobei auch die wesentlich jüngeren Menschen spüren: Dies kommt aus dem Herzen und einer guten christlichen Grundhaltung, die Ihnen Ihre Eltern und vielleicht auch die Schlesische Namenspatronin, die HL. Hedwig mit auf den Lebensweg gegeben hat.

Wir danken Ihnen heute noch einmal dafür, daß Sie als Vorgesetzter und Mensch in so vielen Jahren gemeinsamer Arbeit uns so viel gegeben haben.

Wir wünschen Ihnen Gottes Segen für Ihr weiteres Leben, "ad multos annos".

Mainz, im März 1994
Dr. Otto Jestaedt

Nachtrag zur Geburtstagsliste:

Seinen 65. Geburtstag feierte Kulturamtsvorsteher a.D. Franz-Josef Neuser am 29. Mai 1994. Wir hatten ihn in unserer Liste versehentlich vergessen. Herzlichen Glückwunsch im Nachhinein.

A. Lorig

LITERATURÜBERSICHT

Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- Kraffert, W.: Bestandssicherung von Bäumen in Flurbereinigungsverfahren, Heft 11, 1993, S. 281
- Kraffert, W.: Bestandssicherung von Bäumen als Rechtsproblem der Planung, Heft 4, 1994, S. 85
- Hoecht, H.: Landentwicklung als Flurbereinigungsziel, Heft 2, 1994, S. 29
- Dippold, R.: Grundstücksbewertungen in Neuordnungsverfahren der Beitrittsländer, Heft 2, 1994, S. 32
- Zillien, F.: Flurbereinigung und Bodenschutz, Heft 3, 1994, S. 57
- Baur, H.-W.: Ländliches Siedlungsrecht in Rheinland-Pfalz, Heft 3, 1994, S. 59

Allgemeine Vermessungsnachrichten

- Goerlich, H.-P.: Die Verantwortung des Geodäten für die Natur, Heft 5, 1994

Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung

- Van den Brink, A.: Die neue Landentwicklungspolitik in den Niederlanden, Heft 2, März/April 1994, S. 81
- Perpeet, M.: Landschaftserlebnis als Planungs- und Gestaltungsaufgabe, Heft 3, Mai/Juni, 1994, S. 189
- Hösl, R.: Landentwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen, Heft 4, 1994, S. 221
- Menzinger, H.: Künftige Aufgaben in der ländlichen Entwicklung, Heft 4, 1994, S. 224
- Gerdorf, H.: Flurneuordnung in ostdeutschen Agrarregionen, Teil 1, Heft 4, 1994, S. 230
- Rose, W.: Flurneuordnung in ostdeutschen Agrarregionen, Teil 2, Heft 4, 1994, S. 236
- Maier, J.: Die Zukunft ländlicher Räume in Deutschland, Heft 4, 1994, S. 241
- Schüttler, K.: Dorf- und Regionalentwicklung in Hessen, Heft 4, 1994, S. 247
- Wagner, W.: Agrarstrukturverbesserung und Kulturlandschaft, Heft 4, 1994, S. 256
- Grabski-Kieron, U.: Erwartungen von Landschaftspflege und Naturschutz an die Flurbereinigung der neunziger Jahre, Heft 4, 1994, S. 261

- Reschke, K.: Expertengespräch "Ökologischer Wiederaufbau geschädigter Agrarlandschaften", Heft 4, 1994, S. 267

Vermessungswesen und Raumordnung

- Hecker, L.: Baulandumlegung und Naturschutz, Heft 2, 1994
- Dippold, R.: Zu Problemen der Wertermittlung in der ländlichen Neuordnung im Gebiet der neuen Bundesländer, Heft 2, 1994
- Maucksch, W.: Die Sicherung der Erholung in der freien Landschaft durch Flurbereinigungsmaßnahmen, Heft 1, 1994

Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik

- Hiestand, O. u. Kuratli, B.: Moderne Meliorationen, Heft 3, 1994
- Weiss, H.: Meliorationen als Chance für den Naturschutz und die Landschaftsökologie, Heft 3, 1994
- Oberholzer, G.: Die Flurbereinigung auf dem Weg zur Landentwicklung in Deutschland und die Auswirkungen auf die universitäre Lehre und Forschung, Heft 3, 1994

Bitumen

- Bleise, A.: Straßenunterhaltung im ländlichen Raum, 1994, Heft 2, S. 66

Die Naturstein-Industrie

- Kurth, N.: Pflasterbefestigungen - Probleme bei der Ausführung, Einsatz im Hochbau, 1994, Heft 2, S. 28

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 76 bis 78

INFORMATIONEN AUS DER LKV

**Statement von Staatsminister Karl Schneider
anlässlich der Besichtigung der Bodenordnungsmaßnahmen Reil,
Landkreis Bernkastel-Wittlich,
am 22. August 1994**

Meine Damen und Herren, liebe Winzer aus Reil,

durch die bekannte Überschußsituation auf den europäischen Weinmärkten befindet sich der Weinbau ganz allgemein in einer schwierigen Entwicklungs- und Anpassungsphase. Dies gilt insbesondere für die Moselbetriebe, die durch die Steillagen und eine ungünstige Flurverfassung mit hohen Arbeits- und Maschinenkosten belastet sind.

Zwar wurden inzwischen 85% der Rebflächen an der Mosel flurbereinigt. Wegen der großen Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben unter 1 ha liegt aber die durchschnittliche Größe der einzelnen Teilflächen

Zwar wurden inzwischen 85% der Rebflächen an der Mosel flurbereinigt. Wegen der großen Zahl von Klein- und Kleinstbetrieben unter 1 ha liegt aber die durchschnittliche Größe der einzelnen Teilflächen bei nur 0,12 ha. Im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer gewinnt deshalb die innerbetriebliche Kostensituation als Wettbewerbsfaktor zunehmend an Bedeutung. Minimierte Arbeits- und Maschinenkosten werden genauso wichtig wie verbesserte Erzeugerpreise.

Die neue Weinrechtsreform wird den Anpassungsdruck auf den einzelnen Betrieb fortsetzen und sogar noch verstärken, weil ab 1997 grundsätzlich nur noch 20% der jährlichen Vermarktungsmenge überlagert werden darf.

Um dem Weinbau an der Mosel - auch unter den erschwerten Bedingungen der Zukunft - eine Perspektive zu geben, werden wir zum Abbau der Kostennachteile die Bodenordnung trotz weniger Förderungsmittel fortführen. Dies ist zum einen notwendig, um die Existenzfähigkeit der Vollerwerbsbetriebe zu sichern. Sie können nur bestehen, wenn die Flurverfassung verbessert und bisherige Kostennachteile aufgehoben werden.

Zum anderen ist die Bodenordnung erforderlich, um die im Strukturwandel freiwerdenden Flächen aktuell zu ordnen, d.h. um sie - wie das hier in Reil geschehen ist - in Rodungsbereiche zu tauschen. In diesen Rodungsbereichen werden die Bewirtschaftungszuschüsse solange weitergezahlt, wie die Bewirtschaftung aufrecht erhalten wird. Die Option auf Rodungsprämien, die im Zuge der EG-Weinmarktreform erhöht werden sollen, bleibt dennoch erhalten. Damit wird erreicht, daß gute Weinbaulagen in Bewirtschaftung bleiben und das bekannte Zahnlückenproblem nicht entsteht.

Bodenordnungsverfahren zur Lösung solcher Probleme müssen aber schnell und kostengünstig durchgeführt werden. In den neuen Leitlinien für die Bodenordnung, die im Herbst vom Ministerrat beschlossen werden sollen, ist eine erhebliche Verkürzung der Verfahrensdauer unter weitgehendem Verzicht auf bauliche Erschließungsmaßnahmen vorgesehen.

Die Verfahren sollen künftig - wie hier in Reil - in aller Regel als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren unter Beachtung des Prinzips der Einvernehmlichkeit durchgeführt werden, wobei die Erschließung ggf. über technische Einrichtungen in Form von Monorackbahnen sichergestellt werden soll.

Sie hier in Reil sind, wie mir der heutige Besuch gezeigt hat, Ihrer Zeit voraus gewesen, als Sie bereits Ende 1992 ein derartiges Verfahren beantragt haben.

Ich freue mich, daß die Einleitung so zügig realisiert werden konnte. Der Zusammenlegungsplan soll noch im Herbst diesen Jahres vorgelegt werden. Ich denke, daß dieses Verfahren in seinen neuen bodenordnerischen Elementen auch für andere Weinbergsgemeinden an der Mosel Zeichen setzt und damit beispielgebenden Charakter hat.

Trierischer Volksfreund · Nr. 197
Donnerstag, 25. August 1994



Weinbauminister Karl Schneider (vorne Mitte) informierte sich über das Bodenordnungsverfahren in Reil. Einer der Gesprächspartner war der Leiter des Kulturstamtes, Klaus Berg (vorne links).

Foto: C. Beckmann

Eine Chance nicht nur für den Ort Reil

Modellhaftes Bodenordnungsverfahren soll Strukturveränderung Rechnung tragen

Vom unserem Redakteur
CLEMENS BECKMANN

Reil. Eigentlich war das Bodenordnungsverfahren in Reil, mit dem den Strukturveränderungen im Weinbau Rechnung getragen werden soll, das zentrale Thema beim Besuch des rheinland-pfälzischen Weinbauministers Karl Schneider in der Gemeinde. Doch da die Ereignisse im Weinbau manchmal auch Politiker überholen, war natürlich das Verbot der weiteren Übermengenverwertung an Mosel, Saar und Ruwer die eigentliche Diskussionsgrundlage (TV vom 24. August). Dabei bot das Thema, über das sich Karl Schneider an Ort und Stelle informierte, Gesprächsstoff genug, weil es vielleicht einen Weg bietet, um dem Weinbau doch noch eine Zukunft zu bieten.

In Reil läuft zur Zeit im Distrikt „Im Pfahl“ ein Bodenordnungsverfahren zur Entflechtung der künftigen Nutzung von Rebflächen. Die Areale rodungswilliger Winzer werden in Rodungsbereichen zusammengefaßt. Die Grundstücke der Weinbaubetriebe werden durch Flächentausch vergrößert. Dadurch werden in den nächsten fünf Jah-

ren rund fünf Hektar Weinberge aus der Nutzung herausgenommen und zum Beispiel landschaftspflegerischen Zwecken zugeführt. Wie Minister Schneider vor Ort mitteilte, ist eine erhebliche Verkürzung der Verfahrensdauer solcher Maßnahmen vorgesehen. Das Verfahren in Reil habe Modellcharakter und könne auch für andere Weinbaugemeinden an der Mosel Zeichen setzen und beispielhaften Charakter haben. Für diese Maßnahme hat das Land mehr als 320 000 Mark investiert.

Allein 200 000 Mark wurden für den Landverkauf eingesetzt. Damit wurden in der gesamten Gemarkung viele kleine Parzellen erworben, die bisher Winzern gehörten, die ihren Betrieb verkleinern oder schließen möchten. Sie sollen den Winzern zugeteilt werden, die auch in Zukunft ihrem Beruf nachgehen wollen und jetzt noch Weinberge in dem Gebiet haben, das gerodet werden soll.

Der Distrikt „Im Pfahl“ bot sich deshalb für das Verfahren an, weil dort die Stützwände, die den Hang sicherten, einsturzgefährdet waren beziehungsweise teilweise schon eingestürzt waren. Eine Sanierung hätte nach Auskunft von

Klaus Berg, dem Leiter des Kulturstamtes Bernkastel-Kues, rund eine Million Mark gekostet. In dieser Situation seien die Gemeinde und das Kulturstamt initiativ geworden und hätten das Bodenordnungsverfahren auf den Weg gebracht. Mit dieser Maßnahme soll, wie es der Reiler Beigeordnete Robert Scherrer ausführte, „eine Verödung der Landschaft verhindert werden“. Minister Schneider, der vorher geklagt hatte, daß normale Flurbereinigungsverfahren zu lange dauern und damit den aktuellen Problemen hinterherhinken, zeigte sich erfreut, daß die Einleitung des Verfahrens, das Ende 1992 beantragt wurde, zügig realisiert wurde und der Zusammenlegungsplan noch im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden soll.

Daß die Zeit drängt, wenn es um die Zukunft des Weinbaus an der Mosel geht, wurde bei der Diskussion zu diesem und anderen Themen deutlich. „Helfen Sie uns, damit an der Mosel noch lange Weinbau betrieben werden kann“, richtete dann auch Beigeordneter Robert Scherrer einen Hilferuf an Minister Karl Schneider, der so auch für alle Weinbauorte an der Mosel Geltung besitzt.

In Reil wurde ein modellhaftes Bodenordnungsverfahren vorgestellt

– Minister vor Ort

Brachflächen an den Rand legen

Durch Landtausch Flickenteppich vermeiden

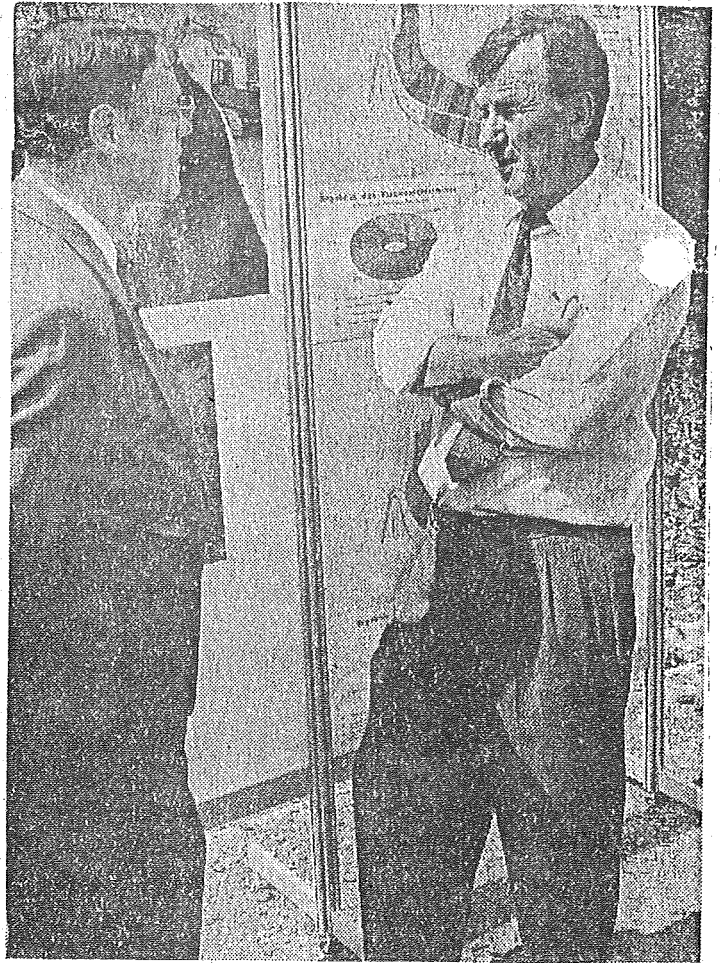
REIL. SIM. Wachsen in den guten Weinberglagen der Mosel bald nur noch Brombeerhecken oder Fichtenbäume? Wird sich das Landschaftsbild des Moseltales in den kommenden Jahren und Jahrzehnten völlig ändern?

Der Strukturwandel im Weinbau schreitet rasant voran – die Auswirkungen können noch nicht ganz abgeschätzt werden.

Um das Schlimmste zu verhindern, gehen jetzt die Kulturämter neue Wege. In Reil wurde ein modellhaftes Bodenordnungsprogramm vorgestellt, mit dem erreicht werden soll, daß der Strukturwandel „in geordneten Bahnen verläuft“. Konkret heißt das: Durch Landtausch werden die stillgelegten Flächen geschlossen dorthin gelegt, wo sie auch hingehören. Zum Beispiel an den Waldrand, wo sowieso nur geringe Weinqualitäten geerntet wurden.

„Wir müssen verhindern, daß in der Landschaft ein Flickenteppich mit Weinbergen und Brachflächen entsteht“, erklärt dazu der Leiter des Kulturamtes Bernkastel, Klaus Berg. Außerdem müsse es den verbleibenden Betrieben ermöglicht werden, größere Wirtschaftseinheiten zu schaffen, um die Bewirtschaftung ihrer Weinberge besser zu rationalisieren. Ein weiterer Vorteil des Verfahrens: Es wird erreicht, daß die auslaufenden Betriebe Rodungsprämien erhalten können.

In Reil wurden insgesamt fünf Hektar stillgelegte Flächen zusammengefaßt. Das Verfahren soll modellhaften Charakter für die Mosel haben. Auch deshalb, weil die Dauer des Verfahrens wesentlich verkürzt werden konnte. Weinbauminister Karl Schneider, der sich vor Ort über die Maßnahme informierte, kündigte an, daß die Landesregierung die Bodenordnung fortführen werde. Flurbereinigungen dieser Art sollen, so Schneider, in aller Regel als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren durchgeführt werden.



Weinbauminister Karl Schneider informierte sich in Reil über das Verfahren. Links Ortsbeigeordneter Robert Scherrer. Foto: Winfried Simon

Presseauschnitt aus:

RZ Golem-Zell

KURZNACHRICHTEN

Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

- Nr. 243:** **40 Jahre Spruchstelle für Flurbereinigung.** Aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens der Spruchstelle für Flurbereinigung fand am 10. Juni 1994 in Mainz eine Feierstunde statt. Landwirtschaftsminister Schneider würdigte in einer Ansprache die Leistungen der Spruchstelle, die in den zurückliegenden 40 Jahren mit rund 14.000 Widerspruchsverfahren befaßt war. Er hob dabei die hohe Befriedigungswirkung hervor, die mit der Tätigkeit der Spruchstelle einhergehe. Nahezu 80 % der Widerspruchsverfahren, so der Minister, würden auf gütlichem Wege beendet. Nach seiner Einschätzung sei dies vor allem darin begründet, daß an den Entscheidungen der Spruchstelle neben Fachbeamten auch Landwirte bzw. Winzer als ehrenamtlich tätige Beisitzer gleichberechtigt mitwirken.
- Nr. 244:** **Musterplantexte** liegen nun für alle Verfahrensarten nach dem Flurbereinigungsgesetz vor. Grundlage waren die Texte der Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung des Bundes und der Länder (ArgeFlurb), die auf die rheinland-pfälzischen Verhältnisse übertragen wurden. Den Ämtern wurde je eine "Musterlanddiskette" übergeben.
- Nr. 245:** **Das Symposium "Bodenordnung und Landespflege"** am 02. Dezember 1994 hat die Vorstellung der neuen "Leitlinien für die Bodenordnung", die Zusammenarbeit mit Gemeinden, Landespflegestellen, Landespflegeverbänden und vielen anderen Planungsträgern sowie die Diskussion über den Wandel der Flurbereinigung hin zu einem modernen "Landmanagement" zum Ziel. Das Symposium findet im Elzer Hof in Mainz statt.
- Nr. 246:** **Am 78. Deutschen Geodätentag** hat sich die Landeskulturverwaltung organisatorisch und fachlich intensiv beteiligt. An den organisatorischen Vorbereitungen hatten mehrere Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung im örtlich vorbereitenden Ausschuß für den Geodätentag (ÖVA) über 3 Jahre wesentlichen Anteil. Die Verwaltung präsentierte sich durch die Ausstellung "Weinbergsflurbereinigung" im Rathaus, acht Fachexkursionen (sechs zu Verfahren der Flurbereinigung in den Bezirken von vier Kulturämtern, zwei Besichtigungen der Luftbild- und Rechenstelle) und fachliche Vorträge. Alle Beiträge fanden im Rahmen dieser größten jährlichen Veranstaltung der Bodenordnungsfachleute sehr guten Zuspruch.
- Nr. 247:** **Das Datenverarbeitungsprogramm "Niederschlagsabflußmodell"** der Wasserwirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz wurde auf neuen Rechnern in den bautechnischen Büros der Kulturämter installiert. Die mit dem Programm arbeitenden Mitarbeiter wurden von Fachleuten des Landesamtes für Wasserwirtschaft in die Anwendung eingewiesen.
- Nr. 248:** **Das Datenverarbeitungsprogramm "Finanzierung"** wurde mit Schreiben vom 24.03.1994 geändert.
- Nr. 249:** **Die Richtlinien für die Anwendung der Luftbildmessung** bei Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz wurden mit Schreiben vom 21. Januar 1994 durch die in neun Pilotprojekten erprobte Verfahrensweise "Punktfestlegung durch Digitalisierung (Pu-Dig)" ergänzt. Bei der Neufassung dieser Richtlinien wurden auch rechtliche Veränderungen (z.B. Freigabeverfahren), technische Neuerungen und Begriffe (z.B. RiKaV) und neue Geräteausstattungen (photogrammetrische Geräte der LUREST) berücksichtigt.
- Nr. 250:** **Das Programm Geobase (Biotopkartierung** des Landes Rheinland-Pfalz) wird vom Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht auf elektronischen Datenträgern unter

Einschaltung der LUREST auf neue Rechner übernommen, die in den Landespflegegruppen der Kulturämter installiert werden.

- Nr. 251:** Das Projekt **"Analyse der Verfahrensabläufe der Bodenordnung und Vorschläge zu ihrer Optimierung"** soll im Herbst 1994 begonnen und in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Die durch das Projekt WEDAL ausgelösten Vereinfachungen und Beschleunigungen werden mit vielen weiteren, planerisch-technischen, organisatorischen und verfahrensablaufbezogenen Optimierungen aller Verfahrensabläufe der Bodenordnung verknüpft.
- Nr. 252:** Für den **Förderschwerpunkt "Naheprogramm"** wurde eine gemeinsame Initiative von Landwirtschafts- und Umweltministerium ins Leben gerufen. Durch diese konzertierte Aktion der Bodenordnung, Wasserwirtschaft, Dorferneuerung unter Einschluß von Naturschutz und Landschaftspflege in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen sollen der Auen- und Flächenrückhalt des Wassers wiedergewonnen und Gewässer renaturiert werden. Die Initiative zielt vor allem auf den passiven Hochwasserschutz. In einem Gespräch mit rd. 150 kommunalen Stellen, Verbänden und Behörden am 29.08.1994 in Oberndorf an der Alsenz wurde die Vorgehensweise abgeklärt. Für die Projektbearbeitung wurden Beauftragte verschiedener Behörden benannt. Sie arbeiten behörden- und bezirksübergreifend als Arbeitsgruppe zusammen.
- Nr. 253:** Die **Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG)** fand vom 04. bis 08. Mai 1994 als Großveranstaltung im Raum Kusel statt. Vielfältige Vorträge, Fachdiskussionen und Exkursionen beschäftigten sich mit den Problemstellungen peripherer ländlicher Räume. Ein besonderer Schwerpunkt der großen Exkursion war das Thema "Konversion militärischer Liegenschaften".
- Nr. 254:** In einem **"Steillagenerlaß"** wurde das Verfahren zur Ausweisung sogenannter "Rodungsflächen" mit der Zielsetzung geregelt, den im Weinbau andauernden Strukturwandel aktuell zu ordnen und Ausführungskosten zu minimieren. Mit einer "Minimalerschließung" in der Bodenordnung, die an den Rahmenbedingungen des § 44 Flurbereinigungsgesetz orientiert ist, wird der Gefahr von "Investitionsruinen" vorgebeugt.
- Nr. 255:** Durch die **Verknüpfung von beschleunigtem Zusammenlegungsverfahren und technischen, betriebsbezogenen Investitionen** (Bahnerschließungssysteme wie z.B. Monorack-Einschiennenzahnradbahn, Mauersanierung) wird auch in Zukunft in Steillagen in Einzelfällen noch wirksam punktuell geholfen werden können, ohne kurzfristig neue teure Weinbergsflurbereinigungsverfahren in den Steillagen einzuleiten.
- Nr. 256:** Die **"Leitlinien" zur Bodenordnung** werden, nachdem sie vom Ministerrat beschlossen sind, in einer Broschüre veröffentlicht, um sie allen Gemeinden, interessierten Stellen und Bürgern zur Verfügung stellen zu können.
- Nr. 257:** Das **Schulungskonzept** für die Aus- und Fortbildung bei der Anwendung neuer Datenverarbeitungsprogramme wird als Fortschreibung von Kapitel 21 WEDAL vorgelegt. Um eine breite Akzeptanz dieser Schulungen zu erreichen, wird Teil 21 von WEDAL in der neuen Fassung allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeskulturverwaltung zur Verfügung gestellt.
- Nr. 258:** Die **Vernetzungsarbeiten** in Kulturämtern laufen plangemäß. Das ausgezeichnete Zusammenspiel von LUREST, staatlichen Hochbauämtern und Kulturämtern läßt erwarten, daß alle Arbeiten - wie vorgesehen - bis Ende 1996 in den Kulturämtern ausgeführt sein werden.
- Nr. 259:** Die **Verwaltungsvorschrift für die agrarstrukturelle Vorplanung** und die Gliederung für die AVP werden geändert. Die Bearbeitung der AVP soll zukünftig 2-4 Wochen, ihr Umfang etwa 15 Seiten nicht überschreiten. Anhand verschiedener Muster-AVP's ist erkennbar, daß

dieser Rahmen erreicht werden kann.

- Nr. 260:** **Zur Beschleunigung der Verfahrensabläufe** werden vielfältige Ansätze der Delegation, die das Flurbereinigungsgesetz den Ländern bietet, im Rahmen einer Landesverordnung umgesetzt. Im weiteren werden Vorbehalte der Oberbehörden aufgehoben (siehe zu diesem Thema den Aufsatz von B. Orning in diesem Heft).
- Nr. 261:** **Im Vollzug des Personalwirtschaftskonzeptes** der Landesregierung (Einsparung von 3500 Stellen in den Verwaltungen im Zeitraum 1995 bis 2000 einschließlich) ist die Anpassung der Personaleinsparungen an die künftige regionale Aufgabenentwicklung vorzunehmen. Dabei wird es zu einer Konzentration bestimmter Teilaufgaben der Kulturämter auf bestimmte Ämter für den ganzen Regierungsbezirk kommen. In Ämtern, in denen aufgrund der regionalen Aufgabenentwicklung der Personalbestand überproportional zurückgeführt wird, ist die Anpassung der Organisationsstruktur an die künftigen Aufgaben erforderlich.
- Nr. 262:** **Der Bewertungsrahmen "landespflegerische Bestandsaufnahme und -bewertung in Verfahren nach dem FlurbG"** wurde überarbeitet.
- Nr. 263:** **Im August 1994 hat Landwirtschaftsminister Schneider die Bodenordnungsverfahren Reil und Bettenfeld besucht** und sich dabei von gelungenen Beispielen für eine Neuausrichtung der Bodenordnung in Rheinland-Pfalz überzeugt. Beide Bodenordnungsverfahren sind sehr weitgehend auf die Ziele von Naturschutz und Landschaftspflege ausgerichtet. Sie dienen mit besonderem Vorrang der Umsetzung gemeindlicher landespflegerischer Planungen. Für das Beispiel "Bettenfeld" wird ein Faltblatt vorbereitet, das im kommenden Jahr auch in eine Veröffentlichung des Bundesernährungsministeriums integriert wird.
- Nr. 264:** **Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Bodenordnung zum Vollzug der Dorfentwicklung"** liegen vor. Sie werden z.Zt. noch endgültig abgestimmt und drucktechnisch aufbereitet. Diese Empfehlungen liefern wertvolle Impulse für die Verfahrensbearbeitung und Verfahrensbeschleunigung der Dorf-Flurbereinigungsverfahren. Durch einen umfangreichen Anhang stellen sie die Verbindung zu den zu berücksichtigenden Rechtsbereichen (z.B. Nachbarschaftsrecht) her und enthalten Text- und Kartenmuster.
- Nr. 265:** **Die Fortbildungstagung des höheren Dienstes** am 26./27. Mai 1994 in Emmelshausen hatte am ersten Tag landespflegerische und wasserwirtschaftliche Themen zu einem besonderen Schwerpunkt. Am zweiten Tag lag der Schwerpunkt bei den Themen Planung, Technik und Automation der Bodenordnung. Ein Teil der in dieser Veranstaltung gehaltenen Vorträge - soweit schriftlich bei der Schriftleitung eingereicht - ist in diesem Heft abgedruckt.
- Nr. 266:** **Für das Projekt "Graphik"** ist die LUREST seit Ende 1993 mit zwei Arbeitsplätzen des interaktiven graphischen Systems "DAVID" ausgestattet. Im Zeitraum 1994 bis 1997 sollen in der LUREST diese Arbeitsplätze für den Praxiseinsatz bei den Kulturämtern in Rheinland-Pfalz wesentlich vereinfacht werden.
- Nr. 267:** **Nach Ausstattung aller Kulturämter und der LUREST mit einer ausreichenden Anzahl moderner selbstregistrierender Tachymeter (ELTA 3 mit REC 500)** sind auch weitere Schulungen für die Mitarbeiter des gehobenen technischen Dienstes der Fachrichtung Liegenschaftswesen durchgeführt worden. Weitere Schulungen - teils zentral, teils über die bisher vertieft eingewiesenen Mitarbeiter (= Moderatoren), sind in den kommenden Jahren erforderlich.

Impressum

- Herausgeber:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz -
Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 55116 Mainz
- Schriftleitung:** Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)
und Oberamtsrat H. Jens,
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 55116 Mainz
- Gestaltung,
Reproduktion
und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4,
55116 Mainz
- Druck:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 55116 Mainz
- Ständige Mitarbeiter:** Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rh. -Pf.)
Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm)
Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Regierungsdirektor Senfleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerburg)
Obervermessungsrat Friedrich (Kulturamt Mayen)
Obervermessungsrat Hausmann (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern)
Obervermessungsrat K. Wagner (Kulturamt Simmern)
- Erscheint:** halbjährlich
- Abgabe:**
1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
 2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
 3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen

